

10.15 Politische Wissenschaft
Otto-Suhr-Institut
31. MAI 1974
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK I

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Mai 1974 Einzelpreis 1,75 DM XIV. Jahrgang **D 21 395 E**

5/74

Aus dem Inhalt:

Gegen Rechtsentwicklung demokratische Rechte verteidigen	2
Am 1. Mai: Für Mitbestimmung und Bändigung der Konzerne	3
Weiter im Mittelpunkt: Kampf um den Reallohn	5
Erste Tarifabschlüsse in der chemischen Industrie	6
Konzerne diktieren Lage auf dem Arbeitsmarkt	8
Die Tatsachen über Ölpreise und Konzerngewinne	9
Kompromiß über Mitbestimmung wird verstärkt abgelehnt	11
Vetter: „Lehrstellenboykott ist Klassenkampf von oben“	12
Jusos und Gewerkschaften: Beziehung mit Fragezeichen	13
Auszüge aus Mai-Reden; Erklärung über DDR-Besuche; Presseschau	15–22
Gewerkschaftsbarometer 1973: Politisierung der Arbeiterschaft	23
Angriff auf Einheitsgewerkschaft: Fristers Attacke auf die DKP	24
Satzungsentwurf der IG Metall mit einigen Fragwürdigkeiten	26
NGG-Jugend fordert: Konzerne in Gemeineigentum	28
Interview mit Kari Tapiola: Finnlands Gewerkschaftsbund SAK wird Mitglied des EGB	29
Kommunalwahlen in der DDR: Arbeiter sind Kandidaten	31
Noch viele Forderungen für bessere Gesundheitssicherung	33

Am 23. Mai 1949, vor nunmehr 25 Jahren, verabschiedete der damalige Parlamentarische Rat das Grundgesetz der Bundesrepublik. Vor ebenfalls 25 Jahren, im Oktober 1949, wurde in München der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet. Beide Jahrestage spielten in den Reden auf den Kundgebungen des 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, eine starke Rolle. Zieht man eine Bilanz der vergangenen 25 Jahre vom Arbeiterstandpunkt aus, dann ist das Ergebnis negativ. Die alten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse sind, wie es im DGB-Grundsatzprogramm heißt, nicht nur wiederhergestellt, sondern die Macht des Großkapitals und die Macht des kapitalistischen Staates ist heute stärker denn je. Die Herausbildung von Superkonzernen, die Profitexplosion, eine bisher nicht gekannte Preislawine verbunden mit einem Generalangriff auf die Reallöhne, verschärfte Arbeitshetze und Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten, sind schlagende Beweise dafür, daß der in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes geforderte soziale und demokratische Bundesstaat nicht verwirklicht worden ist.

Während auf der einen Seite durch die von den Gewerkschaften bekämpften Notstandsgesetze wesentliche Grundrechte eingeschränkt wurden und durch die undemokratischen Berufsverbote für konsequente Vertreter der Arbeiterklasse noch mehr beschnitten werden, erweist sich heute – wie früher die CDU/CSU-Regierungen – die SPD/FDP-Koalition als Erfüllungsgehilfe für die Profit- und Machtinteressen der großen Monopole. Das zeigte sich in jüngster Zeit bei der von den Mineralölkonzernen erfundenen „Erdölkrise“ besonders deutlich.

Grundgesetz muß verwirklicht werden

Den sozialen und demokratischen Rechtsstaat verwirklichen – wie von immer mehr Gewerkschaften gefordert, zum Beispiel im Programmentwurf der Postgewerkschaft und einer beschlossenen Satzungsbestimmung der Gewerkschaft HBV – heißt, die ökonomische und politische Macht der großen Konzerne einschränken und überwinden. Ein wesentlicher Schritt auf diesem Wege ist die in den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes vorgesehene Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum, verbunden mit demokratischer Kontrolle. Ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat ist ohne die von den Gewerkschaften seit ihrer Gründung geforderte Mitbestimmung nicht möglich. Der jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Mitbestimmung muß eher als ein Versuch zur Verhinderung der Mitbestimmung und zur Sicherung des kapitalistischen Herrschaftssystems eingeschätzt werden. Die notwendige Verwirklichung des sozialen und demokratischen Rechtsstaats kann niemals im Selbstlauf geschehen, sondern bedarf einer starken Arbeiterbewegung und auf den Arbeiterinteressen basierender einheitlich handelnder Gewerkschaften.

Gegen Rechtsentwicklung demokratische Rechte verteidigen

Vor 25 Jahren, am 23. Mai, wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Entgegen dem Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung, eine echte Demokratie mit allen Rechten für das werktätige Volk aufzubauen, wurde eine volksfeindliche Kapitalherrschaft errichtet. Die im Grundgesetz verankerten Rechte für das Volk werden mißachtet und in der Praxis vielfach in ihr Gegenteil verkehrt. Statt „mehr Demokratie zu wagen“, wie SPD-Bundeskanzler Brandt es ankündigte, ist eine deutliche Rechtsentwicklung in der BRD zu verspüren.

Der Rechtstrend geht von den Monopolen, der Regierung und allen im Bundestag vertretenen Parteien aus. Die Monopole nutzen rigoros ihre wirtschaftliche Macht, treiben die Preise zur eigenen Bereicherung in die Höhe, um noch mehr Absatzmärkte zu erobern und einen noch größeren Produktionsapparat in ihrer Verfügungsgewalt zu vereinigen. Sie verleumdete die Gewerkschaften, verlangen vom Staat, die Gewerkschaften zu zügeln, ihnen das Recht der Tarifautonomie zu nehmen.

Für die CDU/CSU als Hauptpartei der Monopole forderte deren Generalsekretär Biedenkopf in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“, Ostern 1974, ganz in diesem Sinne, z. B. Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst vom Bundestag ratifizieren zu lassen. Bundeskanzler Brandt will einen „Stabilitätspakt“ zwischen Bundesregierung, Bundesbank, Unternehmen und Gewerkschaften. Was den Arbeitern und Angestellten dabei blühen würde, zeigen die Orientierungsdaten, die Gutachten der Sachverständigen und vor allem die Erklärung des Bundeskanzlers selbst, es könne jetzt keine Steigerung der Einkommen geben. Auch führende Gewerkschafter lehnen darum einen „Stabilitätspakt“ ab, der nur der Sicherung der Profite der Monopole dienen würde.

Es gehört zu den tragenden Grundsätzen der Verfassung der BRD, daß die Bundesregierung verpflichtet ist, eine Politik des Friedens zu machen. Obwohl ein ganzes Vertragssystem zur Festigung des Friedens in Europa durchgesetzt werden konnte, sind Regierung SPD, FDP und CDU/CSU völlig darin einig, noch mehr zu rüsten. Modernere Waffen für Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei, noch straffere Organisation der Herrschaftsinstrumente gegen das Volk ist die gemeinsame Losung. Das längst verschlissene Feindbild vom „drohenden Kommunismus“ wird neu aufgeputzt und Egon Bahr verkündet als Grundsatz der Außenpolitik der BRD, daß die DDR „zum Verschwinden“ gebracht werden müsse.

Das alles steht im Widerspruch zur realen Lage in Europa, die nicht Rüstung verlangt, sondern Abrüstung ermöglicht.

Kanzler-Rücktritt

Kurz vor Andruck dieser Ausgabe erreichte uns die Nachricht vom Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler. Zweifellos ist dieser nicht auf den Fall Guillaume zurückzuführen, sondern fällt nur zeitlich damit zusammen, was immer auch offiziell erklärt werden mag.

Gewichtigere Gründe sind für den Rücktritt ausschlaggebend: Das was als Brandt'sche Reformpolitik apostrophiert wurde, ist unter den Bedingungen sozialdemokratischer Inkonsistenz gegenüber den wirklich Mächtigen in diesem Lande, den großen Konzernen und Unternehmerverbänden, am Ende. Die Systemtreue und das ständige Zurückweichen rechter sozialdemokratischer Politiker vor den Angriffen der CDU/CSU hindern sie daran, die nötigen politischen Maßnahmen zu treffen, die tiefgehende demokratische Reformen möglich machen, nämlich die Vormacht des Großkapitals in Wirtschaft und Gesellschaft zu brechen.

Brandt konnte nicht ewig von den Vorschußlorbeeren der „neuen Ostpolitik“ leben. Die Arbeiterschaft und die Masse der SPD-Mitglieder wartet immer ungeduldiger auf die versprochenen Reformen. Die Systemtreue und der Antikommunismus der führenden SPD-Politiker stehen diesen jedoch im Wege. Da Brandt kein Allende ist, nahm er den Hut. Sollte der nächste Kanzler Helmut Schmidt heißen, dürfte erst recht kein Kurswechsel eintreten. Die Arbeiterschaft, die Gewerkschafter werden nur so viele Reformen bekommen, wie sie selbst in demokratischer Aktion durchsetzen. Sb.

25 Jahre NATO und Rüstungspolitik haben bewiesen, daß mit NATO-Feindbildern und Antikommunismus weder Frieden noch Fortschritt gesichert werden können. Diese Politik war immer Ursache großkapitalistischer Reaktion und antidemokratischer Maßnahmen gegen das Volk. Darum muß nun im Sinne der schon abgeschlossenen politischen Verträge auch im militärischen Bereich die Entspannungspolitik verwirklicht werden. Abrüstung und Truppenverminderung sind realistische Aufgaben.

Ein anderer Ausdruck der Rechtsentwicklung in der BRD ist die Absicht der Regierung, der CDU/CSU, der FDP- und SPD-Führung, das Berufsverbot noch mehr zu verschärfen. Schon seit Jahren werden Bewerber für den öffentlichen Dienst, z. B. als Lehrer, Juristen und Professoren zurückgewiesen, wenn sie sich zum Sozialismus bekennen oder auch nur unangenehme Kritiker der Regierung sind. In besonderem Maße sind davon Mitglieder der DKP betroffen.

Jetzt hat Bundesinnenminister Genscher einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den praktisch noch schärfere Ausschlußmaßnahmen vom öffentlichen Dienst ermöglicht werden. Schon persönliche Äußerungen antikapitalistischer Art oder jede Sympathie und Aktivität für eine sozialistische Gesellschaftsordnung sollen ausreichen können, um als „Staatsfeind“ gebrandmarkt und gemaßregelt zu werden. Der CDU/CSU ist das aber noch nicht genug; nach ihrer Vorstellung soll jeder, der einer Partei angehört, die vom politischen Geheimdienst, dem sogenannten Verfassungsschutzamt, als verfassungsfeindlich eingestuft wird, automatisch vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen sein.

Auch die SPD-Führung ist in den allgemeinen Rechtstrend eingeschwenkt. Erschreckt durch Verluste an Wählerstimmen und getrieben von der CDU/CSU, macht die SPD-Führung in der eigenen Partei und in der Öffentlichkeit gegen links Front. In der Erklärung des Parteivorstandes der SPD zu den Wahlniederlagen wird die Fortsetzung der Regierungspolitik festgelegt, die offenkundig dem Großkapital nützt, und angekündigt, daß die SPD sich von den Sozialdemokraten trennen werde, „die Aktionseinheiten mit den Kommunisten praktizieren“. Das ist rechtsgefärbte Kampfansage gegen alle Sozialisten in der SPD.

Gegen die Rechtstendenzen in der BRD, einschließlich bei der SPD-Führung, gibt es jedoch auch eine aktive und breiter werdende Bewegung für gemeinsames Handeln, um dem Abbau der Demokratie Einhalt zu gebieten, Abrüstungsmaßnahmen zu erzwingen, die Macht der Monopole abzubauen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Josef Ledwohn

Am 1. Mai: Für Mitbestimmung und Bändigung der Konzerne

In allen Städten der Bundesrepublik brachten auf Kundgebungen und in Demonstrationen am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, die abhängig Beschäftigten ihren nachdrücklichen Willen zum Ausdruck, zusammen mit ihren Gewerkschaften für Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Wirtschaft und Gesellschaft und für Bändigung der Konzernmacht zu kämpfen. Wie überall in der Welt bekräftigten die Arbeiter an diesem Tag ihren Willen zum Frieden, brachten sie ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern und Gewerkschaftern, insbesondere dem Volk Chiles, zum Ausdruck.

Frieden und Solidarität standen auch auf den Mai-Veranstaltungen in den sozialistischen Ländern im Mittelpunkt; man zog Bilanz und orientierte auf den weiteren erfolgreichen Aufbau der krisenfreien Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus. Die DDR verkündete am 1. Mai einen gemeinsamen Beschluß von Regierung, SED und FDGB, der eine Reihe sozialer Verbesserungen vorsieht. So wurde der gesetzliche Mindesturlaub für alle Beschäftigten von 15 auf 18 Tage, für Schichtarbeiter auf 21 Tage erhöht. Außerdem wurden Lohnerhöhungen, verschiedene Zulagen, Prämien und — im Textilbereich — Preissenkungen angekündigt bzw. wirksam.

Die Mai-Kundgebungen in der BRD waren dagegen eine Widerspiegelung der Instabilität und Unsicherheit des kapitalistischen Systems. Die Arbeiter und Gewerkschafter demonstrierten ihre Entschlossenheit, für die Sicherung und Verbesserung ihres sozialen Standards, gegen die Bedrohung der Tarifautonomie und der demokratischen Rechte zu kämpfen. Losungen wie „Weg mit dem Berufsverbot!“, „Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in Betrieb und Verwaltung“, „Die Preise explodieren — Kampf der Preistreiber!“, „Kontrolliert die Konzerne!“ oder „Wir fordern echte Mitbestimmung“ prägten das Bild der Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg wie in München, Frankfurt und anderen Städten.

In Hamburg veranstalteten die Gewerkschaften zum erstenmal seit Jahren wieder eine Demonstration durch die Straßen der Stadt. In Sprechchören forderten die Demonstranten Beendigung der Preistreiber, Enteignung der Ölkonzerne, Mitbestimmung und Unterbindung der Berufsverbotspraxis. Die Senkung der Rüstungskosten war ebenso eine Forderung der Demonstranten.

Die Aussagen der Redner auf der zentralen DGB-Kundgebung, die von 25 000 bis 30 000 Arbeitern, Angestellten und Beamten besucht wurde,

standen zu den Forderungen der Demonstranten zum Teil in schroffem Gegensatz. Bürgermeister Schulz und Bundeskanzler Brandt nahmen die Gelegenheit wahr, um im Stile einer Wahlkundgebung die Krise des Kapitalismus und die eigene inkonsequente Politik gegenüber CDU/CSU und den Konzernen zu beschönigen. Als einzige Gefahr im Lande wurden dagegen „Linksextremisten“ hingestellt. Brandt machte deutlich, daß in der Mitbestimmungsfrage keine Zugeständnisse mehr von seiner Regierung zu erwarten seien.

Der DGB-Vorsitzende Vetter wiederholte in seiner Rede die Forderung der Gewerkschaften nach voller paritätischer Mitbestimmung. Die wachsende Macht der großen Konzerne müsse wirksamer Kontrolle unterworfen werden. Vetter sprach von der Existenz einer „unheiligen Allianz der Unternehmer- und Wirtschaftsverbände“, die zusammen mit allen politischen Reaktionen gesellschaftliche Reformen der Bundesregierung zu verhindern suche. Er forderte zu einem „großen Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte“ gegen Reaktion und Volksverdummung auf.

In München, vor ebenfalls rund 25 000 Kundgebungsteilnehmern, stellte der IG-Metall-Vorsitzende Loderer fest: „Im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik steht nach wie vor die Solidarität der Vielen der Macht der Wenigen unversöhnlich gegenüber.“ Zur Verhinderung der Mitbestimmung hätten sich „Strauß, Dregger, Biedenkopf, Schleyer und Company... zur Rettung der Unternehmerrmacht vor gewerkschaftlichem Einfluß zusammengetan.“

Auf der Kundgebung in Frankfurt forderte der Landesbezirksvorsitzende der Gewerkschaft ÖTV in Hessen, Karl-Heinz Wolf, vor über 10 000 Teilnehmern die Verwirklichung des DGB-Grundsatzprogramms. Ziel müsse die Vergesellschaftung der marktbeherrschenden Unternehmen sein. Den Ausbleibsstreik der Unternehmer nannte Wolf einen „verbrecherischen Akt“. Zentrales Thema war auch die von den

Gewerkschaften, der DKP und anderen Organisationen abgelehnte Erhöhung der Verkehrstarife in Frankfurt. Gegen diese Absicht findet am 21. Mai eine Demonstration und Großkundgebung statt.

Auch in diesem Jahr, fast stärker noch als 1973, zeigte sich wieder, daß insbesondere Spitzenfunktionäre des DGB und seiner Gewerkschaften oft nicht bereit waren, in ihre Kritik sozialdemokratische Regierungspolitik mit einzubeziehen. So waren viele Reden nur Zustandsbeschreibungen von Mißständen.

Abrüsten!

Bundesverteidigungsminister Leber, der wegen seiner anachronistischen Aktivität für verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr in den Gewerkschaften, Teilen der SPD selbst und in den sozialistischen Ländern zunehmend als einer der letzten kalten Krieger apostrophiert wird, sucht nach Verbündeten. Mitte April hatte er den DGB-Bundesvorstand zu sich ins Ministerium geladen.

Erstaunlicherweise steht in der Mitteilung des DGB über dieses Treffen nicht, daß etwa die DGB-Spitze den Minister aufgefordert hätte, sich angesichts der Entspannungstendenzen in Europa und entsprechend zahlreicher Beschlüsse von gewerkschaftlichen Organen für die Senkung oder doch wenigstens einen Stopp der Rüstungslasten einzusetzen. Stattdessen konnte man im DGB-Nachrichten-Dienst (Nr. 83/74) lesen: „Beide Seiten waren sich einig über die Notwendigkeit, die Demokratie im Innern wie nach außen zu verteidigen.“

Den Forderungen der Organe der DGB-Gewerkschaften auf allen Ebenen entspricht jedoch die jüngste Initiative der Staaten des Warschauer Paktes, die von ihrer Tagung in Warschau am 18. April an die NATO appellierte, die Militärorganisationen beider Gruppierungen aufzulösen. Der politischen Entspannung müsse die militärische folgen. Aus diesem Grunde sei es auch notwendig, die Beratungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu beschleunigen und mit Erfolg abzuschließen.

Das Echo in Kreisen der NATO ist — wie so oft — negativ. Es bestätigt abermals, daß Schritte in Richtung Entspannung und Abrüstung nur unter dem Druck der demokratischen Kräfte erzwungen werden, wie auch die Ostverträge der Bundesregierung Ergebnis solchen Drucks sind. Dabei haben die Gewerkschaften eine große, historische Aufgabe zu erfüllen. Sb.

den, bei zutreffender Kritik an CDU/CSU und den Unternehmerverbänden und Konzernpraktiken, aber ohne konkrete Maßnahmeforderungen an die Regierung und erst recht ohne Offenlegung Bonner Versäumnisse und Inkonsistenzen. Die richtigen Akzente setze vor allem die Masse der Orts- und Bezirksfunktionäre der Gewerkschaften, die auf vielen hundert Kundgebungen das kämpferische Bild prägen halfen.

Besondere Bedeutung erhielten unter diesem Gesichtspunkt auch die weit über 100 Veranstaltungen der DKP am Vorabend des 1. Mai und nach den gewerkschaftlichen Kundgebungen und Demonstrationen. Wie in jedem Jahr haben auch an diesem 1. Mai wieder mehrere Mitarbeiter von NACHRICHTEN als offizielle Mai-Redner auf DGB-Kundgebungen gesprochen; so Peter Baumöller in Xanten, Emil Carlebach – Mitglied des dju-Bundesvorstandes – in Neu-Isenburg und Heinz Schäfer auf der zentralen DGB-Kundgebung für das obere Fulda in Gersfeld.

Die Losung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1974 lautete: „25 Jahre DGB – Menschlichkeit und sozialer Fortschritt“. Sie ist jedoch nicht an den Tag gebunden; sie ist Verpflichtung und Auftrag für die gewerkschaftliche Arbeit jetzt und in der Zukunft.

GLOSSE

Theater fürs Volk

Eine Geschichte, die das Leben schrieb: Fünf Bösewichter, die immer nach Petroleum stinken, terrorisierten monatelang die Leute, plünderten ihnen die Geldbörsen aus. Die Menschen waren empört, aber die Obrigkeit drohte nur mit dem Finger. Die Bösewichter lachten und – zack – griffen den Leuten wieder ins Portemonnaie. Und wieder und wieder.

Da murrten die Leute immer lauter, und einige forderten die Köpfe der Bösewichter. Doch die Obrigkeit sagte: Wir haben hierzulande die Freiheit der Bösewichter, da können wir den Bösewichtern nichts tun. Sonst geht die Freiheit hin. Und die Bösewichter fielen wieder über die Leute her und erbeuteten viele Milliarden Mark. Die schafften sie in fremde Länder.

Schon sagten einige aus der Obrigkeit: Wenn die so weitermachen, ist die Freiheit der Bösewichter in Gefahr. Wir müssen was unternehmen. Just in dem Augenblick, da die Bösewichter – etwas gesättigt von den Milliarden, und nur um zu zeigen, daß sie noch da und mächtig sind – den Leuten einen Pfen-

Rechte Kräfte in der BRD verschärfen Berufsverbotspraxis

Verstärkte Gesinnungsschnüffelei gegen Lehrer in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und anderen Bundesländern, neue Berufsverbote gegen demokratische Lehrer und die Versuche von Bundesinnenminister Genscher, in Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Kräften in der CDU/CSU eine gemeinsame „Legalisierung“ der Berufsverbotspraxis durchzusetzen, kennzeichnen die Situation in der BRD zum 25. Jahrestag der Verfassung und spiegeln wider, wie rigoros die herrschenden Kräfte mit der Verfassung umspringen.

Jeden Tag werden neue Berufsverbotsfälle bekannt. Der Lehrer Hans-Joachim Müller, Oldenburg, ist lediglich aufgrund seiner Mitgliedschaft in der DKP aus dem Schuldienst entlassen worden. Vier schleswig-holsteinische Lehramtsanwärter werden nicht eingestellt. Dem Verwaltungsangestellten Wolfgang Wendt aus Pinneberg, Schleswig-Holstein, wird die Übernahme ins Beamtenverhältnis verweigert. Der aktive Gewerkschaftsfunktionär und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher in der GEW, Rüdiger Offergeld (SPD), ist von Kultusminister Maier zum 1. Juli 1974 aus dem bayerischen Schuldienst entlassen worden.

In Hessen versucht die CDU in einer gezielten Kampagne gegen den Stadtverordneten Arno Grieger aus Rheingheim und den parteilosen Lehrer Dr. Güthler aus Großbieberau, der sich dadurch „verdächtig“ machte, daß er im Unterricht ein Buch aus der DDR benutzt hat, das in jedem Buchladen zu kaufen ist, Berufsverbote zu erzwingen.

Dabei zeigt sich immer mehr, daß Berufsverbote zwar heute noch in erster Linie DKP-Mitglieder treffen, daß aber – und das belegt das Vorgehen gegen Rüdiger Offergeld besonders eindrucksvoll – alle Demokraten, vor allem in den Gewerkschaften bedroht sind. Die „Hessische Lehrerzeitung“, die Mitgliederzeitung der hessischen GEW, stellt in ihrer Ausgabe 4/74 zutreffend fest,

nig nehmen wollten, wurde die Obrigkeit zornig. Sie schickte den Polizisten, Herrn Kartell. Und der sagte, das dürft ihr nicht. Und die Bösewichter sagten, das dürfen wir doch.

Dann machten sie ein schlimmes Theater. Und das alles in Herrn Kartells Amt. Theater für die Leute. Doch die kennen das Stück schon. Es heißt: „Gewöhnlicher Kapitalismus.“ Die Handlung ist immer dieselbe. okolus

daß mit der Entlassung von Rüdiger Offergeld „die Berufsverbotspraxis nun die Gewerkschaften zentral ansteuert“.

Das diejenigen Kräfte, die die Berufsverbote im öffentlichen Dienst durchsetzen, auch diejenigen sind, die in den Betrieben die Disziplinierungen gegen aktive Gewerkschaftskollegen verstärken, durch einen gezielten Ausbildungsstopp jede Verbesserung der Lehrlingsausbildung verhindern wollen und alle Mitbestimmungsbestrebungen hart bekämpfen, wird immer offensichtlicher. In einem auf ihrem Bezirkstag in Stuttgart angenommenen Antrag, der sich für die ersatzlose Streichung des Radikalerlasses ausspricht, stellte die IG Druck und Papier fest, daß diejenigen, die die Berufsverbote propagieren, „die gleichen sind, welche gegen die paritätische Mitbestimmung aufzutreten“.

Die Hetze gegen alles, was nach Fortschritt riecht, wird dabei nicht nur von der CDU/CSU betrieben. Auch Teile der SPD schließen sich da nicht aus. Gegen den Landtagsabgeordneten Richard Bünemann aus Schleswig-Holstein ist von der SPD ein Parteiaus-schlußverfahren eingeleitet worden, weil er in einer Bürgerinitiative gegen Berufsverbote mitarbeitet. In der Begründung lastet dabei die SPD Bünemann die Aussage an, daß er der Meinung sei, die DKP und der MSB Spartakus wollten auf dem Boden des Grundgesetzes arbeiten.

Mit großer Entschiedenheit haben namhafte Wissenschaftler und Juristen in der Bundesrepublik (Prof. Dr. Abendroth, Ridder, Stuby, Heinrich Hannover, Theo Schiller u. a.) die Berufsverbotspraxis als verfassungswidrig verurteilt. In Stellungnahmen zu dem „Genscher-Entwurf“ vom 6. März 1974 (vgl. NACHRICHTEN 4/74), die in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ (Heft 4/74) abgedruckt sind, rufen sie zum verstärkten Kampf gegen den offensichtlichen Verfassungsbruch auf und warnen eindringlich vor der Gefahr einer faschistischen Entwicklung. Barbara Degen

Weiter im Mittelpunkt: Kampf um den Reallohn

Nachdem in der Metallverarbeitung, der Stahl- und Bauindustrie, im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post sowie Teilen der chemischen Industrie neue Lohn- und Gehaltstarife abgeschlossen wurden, wird in den Betrieben und Gewerkschaften über die Bedeutung und die Ergebnisse dieser großen Lohnbewegung, von der über 7 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte erfaßt waren, diskutiert. Die Frage lautet, ob diese Ergebnisse der Lage entsprechen, in der sich die Arbeitenden befinden oder ob mehr erreicht werden konnte.

Entscheidend für die Beurteilung der Lohnbewegungen 1974 ist die Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Monopolen und dem Staat einerseits und allen Arbeitern, Angestellten und Beamten andererseits. In der Lohnbewegung kam das in den gegensätzlichen Forderungen und Zielstellungen zum Ausdruck. Während Monopole und Staat klar eine Senkung der Reallohne anstrebten – die Regierung und die Metallindustriellen hatten anfangs nur 7,5 bzw. 8,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt geboten –, forderten die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben überwiegend 17 bis 20 Prozent.

Während der Tariffbewegungen selbst übten Staat und Unternehmer einen starken Druck auf die Gewerkschaften aus, denen die Schuld an den Gebrechen des Kapitalismus in die Schuhe geschoben werden sollte. Zweifellos ist die rapide inflationäre Entwicklung ein Zeichen für die Unfähigkeit der als Marktwirtschaft bezeichneten Monopolherrschaft, mit diesem Problem fertig zu werden. Das ruft große Unruhe in der Bevölkerung hervor.

Um von sich selbst abzulenken, wurden die Gewerkschaften von Unternehmern und Regierung beschuldigt, sie seien mit ihren Lohnforderungen die Schuldigen an den Preissteigerungen. Auch für Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sollten die Gewerkschaften die Verantwortung tragen. Das Großkapital versuchte auf Kosten der Lebenslage der Arbeitenden seine Profite zu erhöhen, die Profit- und Machtsituation auf dem Weltmarkt langfristig zu stärken. Hier stoßen die Monopole der BRD auf die verschärfte Konkurrenz der japanischen und USA-Monopole sowie auf das zunehmende Selbstbewußtsein der Rohstoff produzierenden Länder.

Das alles erklärt, warum die Monopole und der Staat mit Härte den gewerkschaftlichen Forderungen entgegen-traten. Die krisenhafte Entwicklung des kapitalistischen Systems ist also die tiefere Ursache für das verschärfte soziale Klima. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten, die Streiks

und Kundgebungen im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie bewiesen, daß die Arbeiterklasse in der BRD sich nicht kurzerhand in das herrschende System integrieren läßt und der Klassenkonflikt schnell große Massen in Kämpfe mit den Monopolen und dem Staat verwickeln kann.

Das materielle Resultat der bisherigen Lohnbewegung liegt etwa bei 11 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Vielfach wurden noch Zusatzabkommen vereinbart, die für untere Lohngruppen positive Ergebnisse brachten. Im ganzen ist jedoch festzustellen, daß Unternehmer und Staat ihre Zielsetzung erreichen konnten, eine Realloohnerhöhung zu verhindern und in vielen Bereichen eine Reallohnsenkung einzuleiten.

Die Ausgangsforderungen der Arbeiter und Angestellten – 17 bis 20 Prozent – waren indessen vollauf berechtigt, denn die Preissteigerungen 1973, gestiegene Arbeitsproduktivität und erhöhte Abzüge für Steuern und Sozialversicherungen hatten derartige Prozentsätze notwendig gemacht, wenn die Reallohne gegenüber dem 1. Januar 1973 angehoben werden sollten. Die Überlegungen entsprechen auch den Mindestanforderungen einer aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die als unterste Marke für Realloohnerhöhungen

12 Prozent mehr im bayerischen Einzelhandel

Die rund 300 000 Beschäftigten im bayerischen Einzelhandel erhalten ab 1. Mai 1974 durchschnittlich 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Diese Vereinbarung haben die DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und die Deutsche Angestelltengewerkschaft mit dem zuständigen Unternehmerverband abgeschlossen. Der neue Tarifvertrag sieht die Zahlung des Endgehaltes künftig ab dem neunten statt dem zehnten Berufsjahr vor.

den Prozentsatz der Produktivitätssteigerung nehmen muß. Dabei ist die gewerkschaftliche Zielsetzung, durch den Lohnkampf einen größeren Anteil am Sozialprodukt für die Arbeitenden zu erreichen, noch nicht berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Lohnbewegungen blieben also weit hinter den Erfordernissen einer aktiven Lohnpolitik zurück. Da jede Lohnerhöhung vom Kräftemessen zwischen den Monopolen und den Arbeitern abhängig ist, ergibt sich, was auch der Ablauf zeigte, daß die vorhandene Kampfbereitschaft der Gewerkschafter nicht voll genutzt worden ist. Die teilweise Entfaltung des aktiven Kampfes führte zwar zu dem Resultat, daß der beabsichtigte generelle Reallohnabbau nicht durchgesetzt werden konnte, aber der Masse der Arbeiter und Angestellten dennoch eine augenblickliche Stagnation der Realeinkommen aufgezwungen wurde, wobei große Teile der Lohn- und Gehaltsempfänger sogar empfindliche Einbußen hinnehmen mußten.

Mit den Tariflohnabschlüssen ist die Lohnfrage weder gegenwärtig noch für das ganze Jahr 1974 gelöst. Die Sicherung und die Erhöhung der Reallohn-einkommen stehen weiterhin als gewerkschaftliche Aufgabe auf der Tagesordnung. Das trifft besonders zu für die Arbeiter und Angestellten, die noch im Tariffkampf stehen bzw. jetzt für die effektive Durchsetzung vollzogener Abschlüsse ringen müssen.

Um die Arbeiter und ihre Gewerkschaften von den notwendigen Kämpfen abzuhalten, hat Willy Brandt einen sogenannten Stabilitätspakt zwischen Regierung, Bundesbank, Unternehmern und Gewerkschaften gefordert. Das soll offenbar ein weiteres Instrument sein im Sinne der konzertierten Aktion, der Orientierungsdaten und der Sachverständigengutachten.

Angesichts der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Systems, die Unsicherheit und Instabilität hervorruft, kann und darf es keinerlei Paktieren mit den Monopolen und der Regierung geben. Das entscheidende Mittel, den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten zu sichern und zu verbessern, ist der aktive, allein von den eigenen Interessen geleitete Lohnkampf der Gewerkschafter.

Die Erfahrungen der ersten Monate 1974 beweisen aber auch, daß man das Übel an der Wurzel packen, nämlich die Macht der Monopole direkt bekämpfen muß. Es gilt grundlegende gesellschaftliche Reformen durchzusetzen, vor allem Betriebe und Unternehmen der Konzerne in öffentliches Eigentum zu überführen und eine wirk-same demokratische Kontrolle darüber zu praktizieren. Dazu braucht die Arbeiterschaft einheitliche, starke und unabhängige Gewerkschaften. jo!

Erste Tarifabschlüsse in der chemischen Industrie

Vereinbarung neuer Löhne und Gehälter in den Tarifbezirken Rheinland-Pfalz und Hessen, Scheitern der Schlichtung im Bezirk Nordrhein — das war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe der Stand der Tarifrunde in der chemischen Industrie. In den übrigen Tarifbezirken hatten noch keine Verhandlungen zwischen der IG Chemie-Papier-Keramik und den Chemieunternehmen stattgefunden. Die ersten Abschlüsse brachten eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen.

In Rheinland-Pfalz vereinbarte die Gewerkschaft für 90 000 Beschäftigte die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 12 Prozent, mindestens 153 DM. In der untersten Lohngruppe bedeutet das 14,9 Prozent. Da schon vorher 1,5 bzw. 2 Prozent zusätzliche Anhebung für zwei Leichtlohngruppen vereinbart worden waren, beträgt die Aufbesserung nach Angaben der IG Chemie hier 15,8 bzw. 16,8 Prozent. Durchschnittlich seien 13,4 Prozent erreicht worden. Die Angestelltegehälter wurden in zwei Gruppen um 153 DM erhöht, in den übrigen um 12 Prozent.

Die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen beträgt 54 bzw. 82 DM. Vereinbart wurde hier ferner für 1975 eine Verringerung der Differenz zwischen den beiden Altersstufen (Ausbildungsbeginn vor bzw. nach Vollendung des 18. Lebensjahres) um die Hälfte und für 1976 der Wegfall des Unterschiedes. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate.

Der Tarifabschluß in Hessen entspricht bei den Löhnen und Gehältern den Vereinbarungen von Rheinland-Pfalz und bezieht sich auf 120 000 Beschäftigte. Die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen beträgt 50 bis 70 DM.

Dagegen lehnten die Chemieunternehmen in Nordrhein in der Landesschlichtung einen Abschluß auf der Basis der vorangegangenen Vereinbarungen ab. Die Gewerkschaft hatte einen Sockelbetrag von 100 DM plus 7,5 Prozent gefordert, während sie in Rheinland-Pfalz 15 Prozent, mindestens 190 DM, und in Hessen 15 Prozent, mindestens 180 DM, verlangt hatte. Die Bundes-schlichtung für Nordrhein sollte am 9. Mai erstmalig zusammentreten.

Die Forderungen in den übrigen Tarifbezirken der chemischen Industrie lauten: Westfalen/Ruhr-Lippe — Sockelbetrag von 80 DM plus 10 Prozent Lohn und Gehaltserhöhung; Hamburg, Schleswig-Holstein und Westberlin — 16 Prozent, mindestens 190 DM; Niedersachsen und Bremen — 60 Pfennig pro Stunde plus 7 Prozent. In Baden-Württemberg hatte die Tarifkommission der IG Chemie-Papier-Keramik die

Forderungen noch nicht beschlossen. In diesen Tarifbezirken liefen die Lohn- und Gehaltstarife zum 30. April aus. Für die Tarifbereiche Bayern und Saarland, wo die Verträge erst am 31. Mai ablaufen, waren bis Redaktionsschluß noch keine Tarifforderungen aufgestellt.

Ogleich die ersten Tarifabschlüsse in der chemischen Industrie weder der außerordentlich guten Gewinnsituation in dieser Branche noch den Ausgangsforderungen der Gewerkschaftsmitglieder entsprechen, ist es der Gewerkschaft andererseits gelungen, vom Ritual der 11-Prozent-Vereinbarungen wegzukommen, die in der Regel ein Sinken der realen Kaufkraft der Löhne und Gehälter zur Folge haben. Die Vereinbarungen von Rheinland-Pfalz und Hessen sind für die nachfolgenden Bezirke der Beweis, daß bei Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft noch mehr „drin“ ist. Hier bietet sich die Gelegenheit, eine Absicherung und Verbesserung der Realeinkommen durchzusetzen. Sb.

Versicherungen diktieren das Gehalt

Die Schlichtungsbemühungen im Tarifkonflikt im privaten Versicherungswesen sind Ende April gescheitert. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften lehnten die Versicherungsunternehmen den Einigungsvorschlag des Schlichters ab. Dieser sah die Anhebung der Gehälter für die 200 000 Versicherungsangestellten rückwirkend ab 1. April um 12 Prozent, mindestens 165 DM, vor. Ab 1. Dezember sollte eine weitere Gehaltsanhebung um 2 Prozent wirksam werden. Die Sparförderung nach dem 624-DM-Gesetz sollte ab 1. Januar 1975 voll ausgenutzt werden.

Gleichzeitig mit der Ablehnung des Einigungsvorschlages empfahl der zuständige Unternehmensverband den Versicherungen, von sich aus die Gehälter um 11 Prozent, mindestens um 140 DM, anzuheben. In derselben Weise gingen bereits die Banken vor. Die Gewerkschaften HBV und DAG sehen darin

die Praktizierung eines Lohndiktats und die Infragestellung der Tarifautonomie. (Siehe zu dieser Problematik auch unser Interview mit Günter Volkmar, HBV, NACHRICHTEN Nr. 4/74.)

13,5 Prozent mehr Lohn in der Feinkeramik

Für die Beschäftigten der feinkeramischen Industrie hat die IG Chemie, Papier, Keramik die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 13,5 Prozent rückwirkend zum 1. März 1974 durchgesetzt. Die niedrigste Lohngruppe I wird zusätzlich um 11 Pfennig je Stunde angehoben. Ab 1. Dezember 1974 werden die Löhne um weitere 2 Prozent angehoben. Die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen beträgt einheitlich 70 DM. Die Laufzeit beträgt zwölf Monate.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und -bezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

- **30. Mai 1974**
Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (30 000), Steine und Erden (20 000).
- **30. Juni 1974**
Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Hessen und Niedersachsen (65 000), Steine und Erden (15 000).
- **31. August 1974**
Glasindustrie (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000), Brauereien in den Bezirken Nordrhein-Westfalen und Hessen (27 000).
- **30. September 1974**
Holzverarbeitung — restliche Bezirke (240 000 insgesamt).
- **15. Oktober 1974**
Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).
- **31. Dezember 1974**
Schuh- und Lederwarenindustrie (75 000).
- **31. Dezember 1974**
Metallverarbeitende Industrie (4 300 000), öffentlicher Dienst (1 800 000), Bundespost (140 000), Bundesbahn (240 000), Papierverarbeitung (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Holzverarbeitung — nur ein Tarifbezirk (240 000) insgesamt.

„Forderung und Ergebnis viel zu niedrig angesetzt“

Gespräch mit Konstantin Fox, IG Druck und Papier

Im Eilverfahren hat die IG Druck und Papier die Tarifrunde 1974 hinter sich gebracht: Der magere 11,2-Prozent-Abschluß in der Papierverarbeitung Anfang des Jahres wurde zu einer merkwürdigen „Lohnleitlinie“. Im graphischen Gewerbe kam es im April zu einem Schlichtspruch von 11,3 Prozent, den die Gewerkschaft sang- und klanglos akzeptierte. Im gleichen Monat wurde dann auch ein Abschluß von 11,2 Prozent Gehaltserhöhung für Journalisten nach 14monatiger Tarifpause unter Dach und Fach gebracht. Für die zwei überhängenden Monate Februar und März 1974 wurde eine Pauschale von 600 DM (250 DM für Volontäre) vereinbart. Zwischenzeitlich schloß die IG Druck einen neuen Manteltarifvertrag ab, der Vereinbarungen über ein 13. Monatsgehalt, verlängerten Urlaub und mehr Urlaubsgeld enthält, wobei sich die Urlaubszeitregelung bis zum Jahr 1980 ausdehnt. Zur Verankerung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb wurde ein Sondervertrag abgeschlossen. Wie sind die Ergebnisse zu beurteilen? Das fragte unser P.B.-Mitarbeiter Konstantin Fox, Mitglied der Tarifkommission des graphischen Gewerbes in der IG Druck und Papier.

„Wenn ich mir die inflationäre Preisentwicklung vor Augen halte, wachsende Steuer- und Soziallasten dazu, wenn ich gleichzeitig die Bestrebungen der Unternehmer wahrnehme, durch betriebliche Maßnahmen Lohnkürzungen durchzusetzen, dann komme ich nach wie vor zu dem Schluß, daß unsere Lohnforderung von 15 Prozent von vornherein zu niedrig angesetzt war“, sagt Konstantin Fox. „Diesen Standpunkt habe ich zum Anfang der Lohnrunde '74 vertreten, und darin sehe ich mich durch das Ergebnis bestätigt.“

Der Tarifpolitiker der IG Druck meint, man werde am Ende des Jahres '74 sehr wahrscheinlich feststellen müssen, daß „unter dem Strich ein Minus herausgekommen“ ist. Dies werde um so schwerer wiegen, da die Arbeitsleistung in den Betrieben ständig zunehme. „Wir werden daraus zweifellos Konsequenzen ziehen müssen und auf dem Gewerkschaftstag im Oktober dieses Jahres sicher Gelegenheit haben, sachlich und offen darüber zu diskutieren.“

„Als positiv werte ich“, sagt Fox, „daß wir für das kommende Jahr zeitgleiche Verhandlungen zwischen dem graphischen Gewerbe und den Journalisten erreicht haben. Das graphische Gewerbe als die stärkste gewerkschaftliche Potenz sollte meiner Meinung nach überhaupt die tariflichen Akzente setzen, schon bei der Vorbereitung einer Lohnrunde und erst recht bei der Durchsetzung der notwendigen Tarifierhöhungen.“

Zum neuen Manteltarifvertrag sagt Konstantin Fox: „Sicher hat er einige be-

grüßenswerte Verbesserungen gebracht. Daß die Verhandlungen darüber so lange verzögert wurden und praktisch mit

DGB-Kritik an Gutachten der Wirtschaftsinstitute

Anfang April haben die den Unternehmen nahestehenden fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in einem Gemeinschaftsgutachten die Wirtschaftslage beurteilt. Sie sagten für 1974 ein reales Wachstum von 2,5 Prozent, 450 000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt und einen Preisanstieg von rund 10 Prozent voraus. Als angebliche Ursache dieser Preissteigerung haben die Institute erneut die Unternehmerlüge von der Lohn-Preis-Spirale aufgetischt.

Der DGB-Bundesvorstand hat an dem Gutachten der Unternehmerinstitute scharfe Kritik geübt. Die Forderung nach verstärkten Restriktionsmaßnahmen, d. h. weitere Verknappung der Kredite durch noch höhere Zinsen, müsse zwangsläufig zu „wachsender Arbeitslosigkeit mit bedenklichen Folgen für die soziale und politische Stabilität führen“.

Die wesentliche Ursache des inflationistischen Preisauftriebes, nämlich der „fortschreitende Konzentrations- und Marktvermachtungsprozeß“ sei von den

den Lohntarifverhandlungen kollidierten, war für uns ein Manko. Die Abschlüsse an unseren Grundforderungen, die dabei hingenommen wurden, haben die Unternehmer bei den Lohnverhandlungen nicht honoriert. Auch daraus gilt es zu lernen.“

„Mein kritischster Einwand“, stellt der IG-Druck-Funktionär fest, „gilt jedoch der Vereinbarung über Vertrauensleute. Ich meine, daß es nicht nur darauf ankam, die Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb durchzusetzen, sondern auch während der Arbeitszeit, und daß unseren Vertrauensleuten ein tariflicher Kündigungsschutz zukommt.“

Grundsätzlich stellt Konstantin Fox fest: „Wir müssen uns nach den jüngsten Erfahrungen darauf einstellen, daß die Auseinandersetzungen in den Betrieben unter einem gesteuerten ‚Klassenkampf von oben‘ härter werden. Dazu wird nicht zuletzt auch die sichtbare Konzentration in unserem Industriezweig beitragen. Ich brauche hier nur auf das Beispiel Baden-Württemberg hinzuweisen. Wenn dort Vertrauensleute und Betriebsräte beschlossen, zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch zu ‚außergewöhnlichen Maßnahmen‘ zu greifen, dann ist das ein für uns alle bedeutsames Signal.“

Instituten ausgeklammert worden, obwohl gerade die Preispolitik der Ökonomen dafür schlagende Beweise liefere. Statt dessen machten die Institute den Versuch, „der gewerkschaftlichen Lohnpolitik die Schuld an den inflationären Preissteigerungen anzulasten“. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten müsse sich der DGB mit Entschiedenheit dagegen wehren, daß auf diese Weise die Tarifautonomie angegriffen werde.

Nicht Stellung genommen hat der DGB bisher zu dem Vorschlag von Bundeskanzler Brandt, einen Stabilitätspakt zwischen Unternehmen und Regierung auf der einen und Gewerkschaften auf der anderen Seite abzuschließen. Brandts Vorschlag läuft ebenfalls, wie die Prognose der Unternehmerinstitute, auf eine Reallohnsenkung hinaus und muß als ein schwerwiegender Eingriff in die Tarifautonomie gewertet werden. Die Gewerkschaften sollten in dieser Situation ihren bereits früher festgelegten ablehnenden Standpunkt zu Lohnleitlinien und Stabilitätspakten erneut bekräftigen. ick

Konzerne diktieren die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Ende März 1974 wurden von der offiziellen Statistik 562 000 Arbeitslose und 256 000 Kurzarbeiter registriert. Zudem hat der Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte zu einem Rückgang ihrer Zahl um 400 000 innerhalb des ersten Quartals geführt. Damit hat der Beschäftigtenrückgang Größenordnungen erreicht, wie sie in der jüngeren Vergangenheit nur in den Krisenjahren 1966/67 registriert worden sind.

Damals aber war es zu einer Rezession mit realen Produktionsrückgängen gekommen. Zwar sind auch in der Gegenwart Wachstumsverluste zu verzeichnen, es wird aber immer noch mit einem realen Wachstum in der Größenordnung von 2 Prozent gerechnet. Reales Wachstum und Arbeitslosigkeit sind also durchaus gleichzeitig möglich — die Beispiele der meisten anderen kapitalistischen Industrieländer demonstrieren, daß es sich um keinen Einzelfall handelt.

Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit sich in einigen Branchen besonders einschneidend gestaltet — es sind vor allem konsumnahe Bereiche betroffen — gibt vielfach Anlaß, diese Erscheinung auf „strukturelle Anpassungsschwierigkeiten“ zurückzuführen, wie es z. B. die Bundesanstalt für Arbeit tut. Damit wird jedoch nicht die Ursache, sondern nur die Erscheinungsform eines Teils der Beschäftigungslosigkeit beschrieben.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist wesentlich Ergebnis und Mittel einer von Konzernen und Regierung betriebenen rigorosen Umverteilungspolitik. Der anhaltende Druck auf die Massenkaukraft hat natürlich auch Konsequenzen für die konsumnahen Bereiche der Wirtschaft, wobei die noch stark mittelständisch strukturierten Branchen besonders anfällig sind.

Die mit den steigenden Preisen begründete staatliche Restriktionspolitik nimmt in immer stärkerem Maße Arbeitslosigkeit als Folge in Kauf und setzt sie wiederum als Instrument dieser Politik selbst ein. Im Ergebnis steht jedoch nicht die Preisstabilität — die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen das eindringlich —, sondern die Stärkung der Position der großen Konzerne. Diese reagieren auf eine sinkende Nachfrage nicht mehr mit Preissenkungen, sondern ganz im Gegenteil mit Produktionseinschränkungen und Preiserhöhungen.

Musterbeispiel ist der VW-Konzern, der bei wachsenden Wagenhalden Kurzarbeit einführt und bereits zum zweitenmal in diesem Jahre Preiserhöhungen vornimmt. Der durch die Wirtschafts-

politik verstärkte Druck auf Löhne und Gehälter führt im Ergebnis tatsächlich nur zu einer Profitabsicherung für die Monopole, während die noch weitgehend vom Markt im klassischen Sinne abhängigen kleineren Unternehmen von der Restriktionspolitik voll getroffen werden.

Es wäre jedoch falsch, wollte man nur die Wirtschaftspolitik zum Hauptverantwortlichen für die Arbeitsmarktlage machen. Denn diese ist nur Ausdruck der Konzerninteressen und überdies systembedingt. Der Druck auf die Arbeits-

Zeitungssterben durch Fusion

Die Konzentrationswelle grassiert auch auf dem Pressesektor. „Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Zeitungsmarkt der BRD droht in den nächsten zwei bis drei Jahren die vom Grundgesetz geforderte Presse- und Informationsfreiheit für viele Millionen Zeitungsläser zu beseitigen und Tausende Arbeiter, Angestellte und Redakteure um ihren Arbeitsplatz zu bringen“, heißt es in einer Erklärung der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier vom 11. April 1974. Am 3. April wurde bekannt, daß im Südwesten der Bundesrepublik durch die Verschmelzung der „Südwestpresse“, Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH und „Stuttgarter Nachrichten“ ein großer württembergischer Zeitungskonzern gezimmert wird. Die „NWZ“, Göppingen, mit ihren Kopfblättern wird als erste publizistische Einheit dem Profit- und Machtdenken geopfert. Weitere noch selbständige Zeitungen im Stuttgarter Raum stehen auf der Abschußliste. Das Zeitungssterben droht auch in anderen Städten wie München, Köln, Hannover, Dortmund und Essen. Wirtschaftlich gesunde Zeitungsbetriebe sollen im Profitinteresse fusioniert werden.

Nach Bekanntwerden der Pressekonzentration im Stuttgarter Raum protestierte der Hauptvorstand der IG Druck

einkommen schafft den Monopolen den Spielraum, der ihnen die verschärfte Rationalisierung erlaubt, sie international konkurrenzfähig erhält und die Mittel für die Kapitalexpansion ins Ausland freimacht. Die kapitalistische Rationalisierung und die Expansion sind aber selbst wieder Ursachen der Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Erst der Teufelskreis von Konzerninteressen und einer an diese Interessen gefesselten Wirtschaftspolitik führt zu wachsender Unterbeschäftigung bei unverändert steigenden Preisen. Auch eine Lockerung der Restriktionspolitik allein — wie sie vielfach in den Gewerkschaften gefordert wird — kann daran nichts Entscheidendes ändern. Denn können zusätzliche „Lohnkosten“ nicht überwältigt werden, so bewirken sinkende Profite weitere Produktionseinschränkungen oder -verlagerungen seitens der Konzerne.

Je größer und mächtiger die Konzerne werden, je weniger sie vom „Markt“ abhängig sind, desto wirkungsloser sind alle Maßnahmen der indirekten „Globalsteuerung“, desto notwendiger sind direkte Eingriffe und Kontrollen in die Entscheidungen der Großunternehmen. J. G.

und Papier „scharf gegen die undurchsichtigen Machenschaften von Zeitungsverlegern und hinter ihnen stehenden Kapitalgruppen“. Weiter heißt es: „Tausende von Beschäftigten in den unmittelbar betroffenen Presseunternehmen werden unter extensiver Ausnutzung des Tendenzschutzparagraphen in entwürdigender Weise über ihr eigenes Schicksal und die Zukunft ihrer Arbeitsplätze im unklaren gelassen. Ohne Information zu erhalten, sind sie dem taktischen Spiel von Vertretern der Kapitalinteressen ausgeliefert. Dieser im Effekt zynische Umgang mit Menschen hat mit dem Schutz der Pressefreiheit, welchem der Tendenzschutzparagraph angeblich dient, nicht das mindeste zu tun.“

Deshalb fordert der dju-Bundesvorstand: Vorrangig gehe es um die Erhaltung der Arbeitsplätze, der Informations- und Meinungsfreiheit der Leser und Journalisten; die wirtschaftliche und personelle Mitbestimmung in allen Presseunternehmen müsse eingeführt und der „Tendenzparagraph im BetrVG ersatzlos gestrichen werden“. Weiterhin soll geprüft werden, wie alle Monopolbetriebe im Bereich der Presse nach dem Vorbild der Rundfunk- und Fernsehanstalten unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle zu stellen sind. HP

Die Tatsachen über Ölpreise und Konzerngewinne

Die wiederholten Erhöhungen der Heizöl- und Benzinpreise durch die internationalen Ölkonzerne unter Einschluß der mehrheitlich vom Staat kontrollierten Aral AG haben unter den Verbrauchern zu einem derartigen Protest geführt, daß selbst in der stockbürgerlichen Presse davor gewarnt wurde, den Bogen zu überspannen. Entgegen der Wahrheit begründen die Ölkonzerne ihren Preiswucher mit der Preispolitik der erdölproduzierenden Länder. Außerdem behaupten einige Ölgesellschaften, sie arbeiteten mit Verlusten. Wie sehen aber die Tatsachen aus?

Der Benzinpreis wurde seit dem letzten Herbst an den Tankstellen um mindestens 25 Pfennig je Liter erhöht. Das bedeutet, daß jeder Autofahrer mit einer durchschnittlichen Jahres-Kilometerleistung von 15 000 Kilometern und einem durchschnittlichen Benzinverbrauch von 10 Litern je 100 Kilometer im Jahre 1974 zwischen 350 und 400 DM an Mehrkosten aufbringen muß. Die ebenfalls beträchtlich gestiegenen Heizölpreise blieben dabei noch unberücksichtigt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ölkonzerne die Öffentlichkeit irreführen wollen, indem sie für die seit Herbst 1973 gestiegenen Rohölpreise zu hohe Steigerungsraten nennen. Die Masse der Preissteigerungen, die den

gewaltigen Umfang zugenommen haben, wie gerade in der Erdölindustrie.

Einen gewissen Eindruck darüber vermitteln die in der amerikanischen Zeitschrift „Fortune“ sowie in der Londoner „Financial Times“ vom 15. 2., 1. 3. und 15. 3. 1974 veröffentlichten Nettoprofiten der sieben bedeutendsten internationalen Erdölkonzerne. Nach diesen Quellen erhöhten sie sich von 1972 auf 1973 (in Mill. Dollar):

Gesellschaft	Steigerung		
	1972	1973	v. H.
Exxon (früher Esso)	1532	2440	59,0
Texaco	889	1290	45,0
Standard Oil of California	547	844	54,5
Mobil Oil	574	843	47,0
Gulf Oil	197	800	307,0
Royal Dutch/Shell	705	1790	153,5
British Petroleum	176	760	332,0

Ausgerechnet der Konzern, der im vergangenen Jahr die gewaltigste Erhöhung seiner Nettoprofiten zu verzeichnen hatte, klagt jetzt darüber, daß er mit Verlust arbeiten würde! Aber nicht nur er allein macht sich mit derartigen Angaben unglaublich. Alle „sieben Schwestern“ des internationalen Erdölkartells haben gerade 1973, als sie angeblich durch die Preisheraufsetzungen der erdölzeugenden Länder so unmäßig geschröpft wurden, Profite erzielt, wie nie zuvor. Auch dafür gibt es in den angeführten Quellen eindeutige Beweise. Danach betrugen die addierten Nettoprofiten der sieben internationalen Konzerne (in Mrd. Dollar):

1965 = 3,7	1968 = 4,8	1971 = 4,2
1966 = 4,0	1969 = 4,6	1972 = 4,6
1967 = 4,3	1970 = 4,8	1973 = 8,7

Nichtsdestoweniger sind aber seit dem Herbst 1973 die Rohölpreise erheblich erhöht worden. Haben sich demnach „Ölscheichs“ und Konzerne gemeinsam auf Kosten der Verbraucher gesundgestoßen? Da Tatsachen noch im-

mer die besten Argumente sind, sollen nur zwei gegen diese weitverbreitete und ganz bewußt in der bürgerlichen Presse immer wieder publizierte Falschansicht ins Feld geführt werden:

1. Jahrelang haben die der Organisation erdöllexportierender Länder (OPEC) angehörenden Staaten das Ziel ihrer Preispolitik — die Wiederherstellung der Kaufkraft von 1959 — nicht erreichen können. Bis zum Herbst 1973 lag der Erdölpreis — gemessen an der Kaufkraft des Dollars — immer unter dem Stand des Jahres 1958/59. Nach Angaben von OPEC-Generalsekretär Khene (vgl. Frankfurter Allgemeine vom 13. 11. 1973) erhöhten sich die Erdölpreise für die Produzentenländer zwischen 1960 und dem 16. 10. 1973 nur um 25 Prozent, während sich im gleichen Zeitraum die Preise für Getreide und Stahlprodukte verdreifachten. Daraus konnte Khene durchaus zu Recht schlußfolgern, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in einigen Verbraucherländern zu Lasten der erdölproduzierenden Ländern vollzogen habe.

2. Der Anteil der Rohölpreise an dem Preis, den der Verbraucher für die Mineralölprodukte bezahlen muß, ist denkbar gering. Nach Angaben von OPEC-Generalsekretär Khene betrug der Anteil der Förderländer nach der Preiserhöhung von Mitte Oktober 1973 ganze 7,84 Prozent. Daß diese Angabe mit den Realitäten voll übereinstimmt, hat die „Wirtschaftswoche“ am 26. 10. 1973 in einer Berechnung für die BRD bestätigt. Darin wurde festgestellt: „Selbst beim teuersten Öl... macht der Anteil des Förderlandes beim Benzin kaum acht Pfennig pro Liter aus. Der deutsche Fiskus beispielsweise kassiert dagegen fast 60 Pfennig.“ Im Durchschnitt erhalten also die Förderländer nur ein Siebentel bis ein Achtel dessen, was der Staat in Ländern erhebt, die mit der Förderung nicht das geringste zu tun haben.

Angesichts derartigen Zahlen über die Höhe der Konzernprofite und der Steuern in kapitalistischen Industrieländern dürfte die Frage eigentlich eindeutig beantwortet sein, wer hier das große Geschäft macht. Und ebenso eindeutig dürfte auch klar sein, daß es keinerlei Notwendigkeit gibt, das Nachziehen der Rohölpreise, also deren Orientierung an den Preisen für Importprodukte der erdöllexportierenden Länder, an die Verbraucher weiterzugeben. Wenn die Konzerne dies dennoch tun und dann auch noch die Erdölländer für inflationistische Tendenzen verantwortlich machen, dann ist dies nichts anderes, als der Versuch, vom Streben nach Monopolprofit als der wirklichen Ursache für die Preiserhöhungen auf dem Treibstoffmarkt abzulenken. Der Autofahrer soll an der Erkenntnis gehindert werden, daß er nicht den „Tiger im Tank“ hat, sondern den Preis- und Steuerwucher von Monopolen und Staat. Dr. Tu.

Multis vor der eigenen Tür oder: Mitbestimmung wäre besser

In einigen Gewerkschaftszeitungen („Welt der Arbeit“, „einheit“ und „Textil-Bekleidung“) kann man gelegentlich bissige Bemerkungen lesen, mit denen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sozialistischer Länder mit kapitalistischen Ländern kommentiert werden. Pikiert zeigt man sich besonders, wenn diese Beziehungen bekannte kapitalistische Konzerne – „Multis“ – und deren Repräsentanten mit einschließen.

Die „Welt der Arbeit“ (22. März) erieferte sich kürzlich über die Tatsache, daß DDR-Ministerpräsident Sindermann ein Gespräch mit westlichen Konzerndirektoren führte. Ein Lieblingsthema des Generalsekretärs der Internationalen Föderation der Chemie- und Fabrikarbeitergewerkschaften, Levinson, ist die angebliche Verwerflichkeit der wirtschaftlichen Kooperation sozialistischer Länder mit multinationalen Konzernen, die im Westen die Arbeitsplätze gefährde. Der Vorsitzende der DGB-Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Buschmann, möchte am liebsten die Textilimporte aus sozialistischen Ländern, die nur etwa 3 Prozent am westdeutschen Umsatz ausmachen, stoppen. Insbesondere wenn von der notwendigen Machtbändigung der „Multis“ im eigenen Lande und vor der eigenen Haustür die Rede ist, kommen manche Gewerkschaftsfunktionäre eilig auf die schreckliche Kooperation von „Multis“ und sozialistischen Unternehmen zu sprechen.

Man fragt sich, was das soll und ob Methode darin liegt. Die „Kooperation“ besteht in der Regel darin, daß westliche Unternehmen in sozialistischen Ländern bestimmte Industrieanlagen errichten helfen, wie Autofabriken, Reifenfabriken, Stahlwerke, Chemieanlagen usw. Miteigentümer werden sie dadurch nicht. Die Bezahlung erfolgt dann häufig aus der laufenden Produktion der errichteten Anlagen oder in anderen Gütern. Die Kritiker sagen, das gefährde Arbeitsplätze bei uns.

Was wollen diese Kritiker eigentlich? Sollen Wirtschaftsbeziehungen nur eine Einbahnstraße sein, in der allein die Bundesrepublik liefert und alle anderen lediglich zu verbrauchen und auf Gegenlieferungen zu verzichten haben?

Warum übersehen sie, daß die Lieferung von Fabriken und Ausrüstungen in sozialistische Länder zunächst einmal bei uns selbst Arbeitsplätze sichert oder neu schafft? Wo wären denn beispielsweise der westdeutsche Schiffbau oder die Röhrenindustrie ohne die jahrelangen Aufträge aus der UdSSR inzwischen geblieben? Wie sollte auch je die Handelsbilanz im Osthandel aus-

geglichen werden, wenn nicht Exporte mit Importen bezahlt würden?

Man muß nicht noch mehr Beispiel nennen, um zu merken, wie dümmlich und emotional die Attacken gegen einen bestimmten Bereich der West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen sind. Dienlich ist so etwas allein den „Multis“, die wegen ihrer Preispolitik und sonstigen Praktiken zunehmend in die Schußlinie der Kritik geraten und gewerkschaftliche Gegenmacht und Kontrolle fürchten. Ihnen kann ein Ersatz-Buschmann, möglichst mit antikommunistischem Anstrich, nur recht sein.

Auf diesen Leim sollten Gewerkschafter nicht kriechen. Weder Arbeitsplätze noch die internationale Solidarität der Arbeiter sind durch Wirtschaftsbeziehungen mit sozialistischen Ländern gefährdet – im Gegenteil! Arbeitsplätze

**Besser informiert
durch
NACHRICHTEN**

gefährdet das kapitalistische System selbst, gefährden z. B. die Kapitalisten, die aus Profitgründen die Produktion in sogenannte Billiglohn-Länder wie Hongkong, Singapur usw. verlagern.

Sollte es jedoch einige wenige Funktionäre in den Gewerkschaften geben, die es permanent stört, daß sozialistische Politiker und Wirtschaftsfunktionäre mit Repräsentanten des Kapitals verhandeln, so können diese ja in Zukunft ein bißchen nachdrücklicher für Mitbestimmung und demokratisch kontrolliertes staatliches Eigentum an Produktionsmitteln kämpfen. In den sozialistischen Ländern hat man gewiß nichts dagegen, in diesen Fragen andere Gesprächspartner, womöglich Gewerkschafter, zu bekommen.

G. S.

Stahlarbeiter-Konferenz

Unter der Losung „Grundgesetz verwirklichen, Stahlkonzerne enteignen“ veranstaltete die DKP am 7. April ihre zweite Stahlarbeiterkonferenz. Unter den 224 Teilnehmern befanden sich auch zahlreiche sozialdemokratische und parteilose Betriebsräte und Vertrauensleute.

In seinem einleitenden Referat beschäftigte sich Otto Meyerling, Betriebsrat im Hoesch-Konzern und Mitglied des Parteivorstandes der DKP, u. a. mit der Situation in der Eisen- und Stahlindustrie und entwickelte Vorschläge der DKP, wie der verschärften Ausbeutung und dem Angriff auf die sozialen Rechte entgegengetreten werden kann (Auszüge aus dem Referat siehe Seite 21).

Meyerling teilte mit, daß durch die „Elefantenhochzeit“ der Stahlgiganten Thyssen und Rhein Stahl etwa 11 000 Arbeitsplätze in Gefahr sind. Er legte eine Reihe von Forderungen für die Sicherung der Arbeitsplätze dar, die in einer einstimmig angenommenen Entschließung ihren Niederschlag fanden. U. a. wird verlangt: Sofortige Zurücknahme aller bereits ausgesprochenen Kündigungen, vollständige Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse der Rationalisierungskommission, Ausweitung der Mitbestimmung, Verstaatlichung der Stahlkonzerne.

Mehr als 20 Diskussionsredner untermauerten die im Referat dargelegte Analyse und die aufgestellten Forderungen. Beispielsweise berichtete der Betriebsratsvorsitzende der Rhein Stahl-Gießerei Meiderich, Heinz Lukrawka, Mitherausgeber der NACHRICHTEN, daß in seinem Betrieb heute 1200 Beschäftigte wesentlich mehr leisten, als 1400 vor wenigen Jahren. Innerhalb von 10 Jahren habe sich in der BRD die Anzahl der Gießereien halbiert.

Das Schlußwort hielt das DKP-Präsidiumsmitglied Ludwig Müller. Er unterstrich die wertvollen Anregungen, die auf der Konferenz gemacht wurden und setzte sich mit den Angriffen des BDA-Präsidenten Schleyer auf die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften auseinander. Es zeige sich eine „Offensive der Dreifaltigkeit“ von Großkapital, Bundesbank und aller im Bundestag vertretenen Parteien auf die Reallohn- und gegen längst überfällige Reformen, wie nach besserer Berufsbildung und paritätischer Mitbestimmung. Die Arbeiter würden nur das erreichen, was sie sich selbst durch ihr einheitliches Handeln erkämpften.

W. P.

Kompromiß über Mitbestimmung wird verstärkt abgelehnt

Während die führenden SPD- und FDP-Politiker weiterhin an ihrem „Mitbestimmungs“-Kompromiß festhalten, wächst in den Gewerkschaften der Wille, diesen Koalitionsentwurf als untauglich abzulehnen. Bekannte Gewerkschaftsfunktionäre sprechen sogar davon – falls die entscheidenden Mängel des Bonner Entwurfs nicht abgestellt werden –, daß es besser sei, gegenwärtig lieber keine Mitbestimmungsregelung zu haben als eine Mitbestimmungsfarce. Ebenso wird jedoch betont, daß es jetzt an der Zeit sei, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren, um eine Regelung der Mitbestimmung durchzusetzen, die den Forderungen des DGB entspricht und den Namen Mitbestimmung verdient.

So schrieb der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Heinz Vietheer, im April-Heft des „ausblick“: „Auch wir akzeptieren, daß die Demokratie ohne Kompromisse nicht leben kann, aber diese müssen vertretbar sein. Der derzeitige Gesetzentwurf zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist nicht vertretbar. Deshalb müssen entscheidende Verbesserungen durchgesetzt werden, sonst ist es besser, jetzt lieber auf ein solches Gesetz zu verzichten.“

Ähnlich äußerte sich Dr. Bernd Otto, Bundesvorstandssekretär und Leiter der Abteilung Vorsitzender beim DGB, in „druck und papier“ (1. 4. 74), dem Organ der gleichnamigen Gewerkschaft: „Der vorliegende Gesetzentwurf kann nicht befriedigen. Er ist keine geeignete Grundlage für eine echte Reform, denn er bringt keine nachhaltige Verbesserung der Arbeitnehmerposition.“ Otto unterstreicht, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen nicht kampfflos durchsetzen könnten. „Für die Arbeitnehmer beginnt jetzt die entscheidende Phase im Kampf um die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, für die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung.“

Zweifelloso gehören zu der notwendigen Druckausübung auf die verantwortlichen Politiker und Parlamentarier nicht nur Entschlüsse und Protestbriefe von gewerkschaftlichen Organen, Belegschaftsversammlungen, Betriebsräten und Vertrauensleuten – so wichtig sie sind; jetzt ist der Zeitpunkt für große gewerkschaftliche Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionsformen gekommen.

Der DGB-Bundesvorstand hat für den 7. Mai 1974, während diese Ausgabe der NACHRICHTEN gedruckt wurde, die Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute aller von einer Ausweitung der Mitbestimmung erfaßten Unternehmen zu einer Kundgebung nach Essen gerufen. Es gehe darum, erklärte der DGB, „die gewerkschaft-

lichen Vorstellungen und Forderungen für eine paritätische Mitbestimmung zu begründen und zu bekräftigen“.

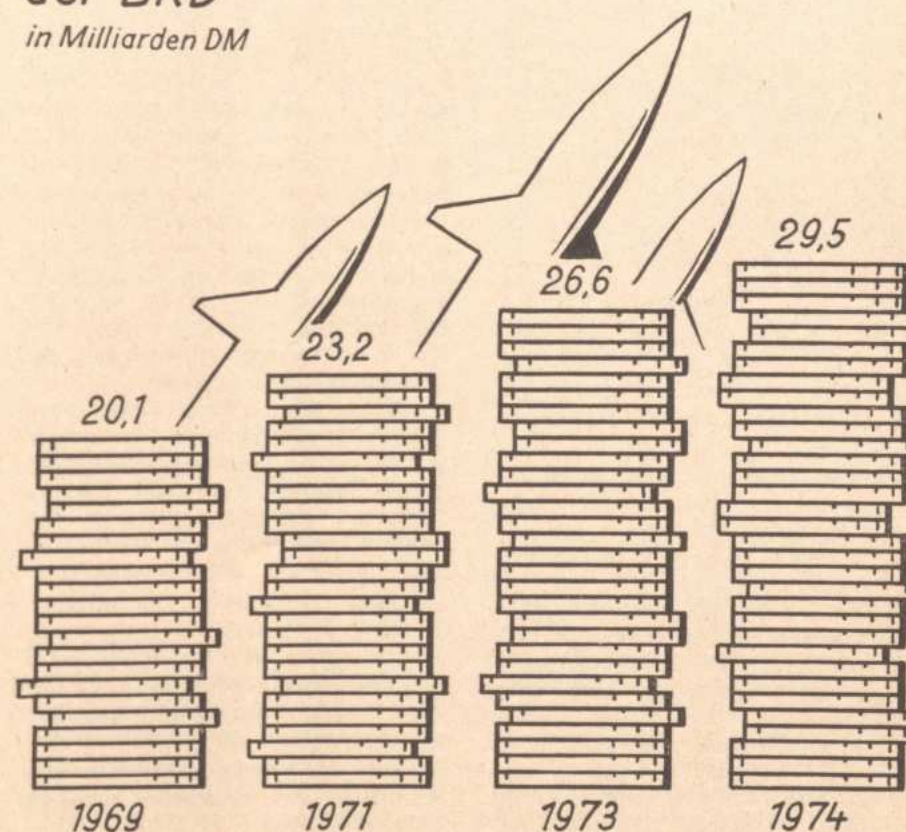
Wenn diese öffentliche Veranstaltung als Auftakt einer intensiveren Kampagne des DGB und der Gewerkschaften für die Durchsetzung seiner Forderungen gedacht ist, so wird damit der richtige, einzig wirksame Weg

beschritten: Die vorgesehene Letztentscheidung der Kapitaleigner in Fragen der Unternehmenspolitik, die Aufspaltung der Belegschaftsvertreter durch leitende Angestellte, die Placierung leitender Angestellter auf der „Arbeiterbank“ im Aufsichtsrat, die Beibehaltung des Tendenzschutzparagraphen und anderer rückschrittlicher Regelungen im Koalitionsentwurf müssen fallen! Eine wirksame Mitbestimmung der Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter muß den dominierenden Einfluß der Konzernherren und Manager in Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig zugunsten der Arbeiterklasse zurückdrängen. Nur dann erfüllt sie ihren Zweck.

Als Ende 1950/Anfang 1951 die gewerkschaftlich organisierten Stahl- und Bergarbeiter durch ihr Abstimmungsvotum für Streik die Regierung Adenauer zwangen, das Montanmitbestimmungsgesetz zu verabschieden, erbrachten sie auch den Beweis, daß die demokratische Aktion der Arbeitermassen noch am ehesten respektiert wird. Muß es jetzt wieder dazu kommen, bevor der Wille der Bevölkerungsmehrheit Gesetz wird?

Gerd Siebert

Die direkten Rüstungsausgaben der BRD in Milliarden DM



Trotz der sogenannten „Friedens- und Entspannungspolitik“ der Brandt/Scheel-Regierung steigen die Rüstungslasten unentwegt an, während gleichzeitig wichtige sozial- und gesellschaftspolitische Aufgaben unerledigt bleiben. Um nahezu 50 Prozent sind unter der SPD/FDP-Koalition seit 1969 die direkten Rüstungskosten von 20,1 auf 29,5 Milliarden DM 1974 gestiegen. Das entspricht nicht dem Inhalt der Verträge mit den sozialistischen Ländern und ignoriert die Forderungen der Gewerkschaften nach Senkung der Rüstungsausgaben.

Vetter „Lehrstellenboykott ist Klassenkampf von oben“

„Jugend forscht“ — es blieb der großbürgerlichen „Wirtschafts-Woche“ vorbehalten, mit einer Titel-Story unter dieser Schlagzeile in ihrer Nummer 17/74 den Gipfel des Zynismus zu besteigen. „Jugend forscht“ — nämlich nach Lehrplätzen, denn: „Lehrlinge sind so gefragt wie Bräute mit Buckel.“ Was für dieses Unternehmerblatt Anlaß für schadenfrohe Witze ist, davon werden Schulabgänger und Lehrlinge — nach Meinung der „Wirtschafts-Woche“ bis vor kurzem noch „gehätschelt, gemästet, umworben“ — hart getroffen. — Das sind die Fakten:

■ Am 19. Februar 1974 erklärte der Leiter der Abteilung Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Harry Meisel, vor der Presse, der Index der Angebote an Berufsbildungsstellen sei von 100 im Jahr 1960/61 auf 58,6 im Jahr 1972/73 zurückgegangen. Das starke Absinken der zur Verfügung stehenden Lehrstellen halte weiter an. Im Jahr 1971/72 hätten noch 492 000 Lehrstellen zur Verfügung gestanden, während es ein Jahr später nur noch 371 400 gewesen seien.

■ Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel meldete einen Rückgang der Ausbildungsstellen von 11 380 im Jahr 1971 auf 5254 im Februar dieses Jahres.

■ Bei der IHK Dortmund nahm die Zahl der Ausbildungsbetriebe in einem Jahr von 5160 auf 2600 ab.

■ Die IHK München rechnet für den Raum Südbayern beim Lehrstellenangebot 1974 mit minus 40 Prozent.

■ Nach einer Umfrage der IHK des Saarlandes ist bei den kaufmännischen Ausbildungsplätzen ein Rückgang von 29,8 Prozent zu erwarten, bei den gewerblichen Berufen um 32,5 Prozent.

Die Folge: Immer mehr junge Menschen sind gezwungen, mit schlechten Ausbildungsplätzen vorliebzunehmen — falls sie überhaupt einen Platz erhalten. So kündete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, bereits Jugendarbeitslosigkeit an, denn im Jahr 1974 drängen fast 800 000 Schulabgänger — der geburtenstärkste Jahrgang nach dem Kriege — ins Berufsleben. Zusätzlich verschärft wird die Lage noch durch den Numerus clausus an den Universitäten, da nun Abiturienten in die Lehrberufe drängen und durch ihre bessere Vorbildung Haupt- und Realschülern die knappen Stellen weg-schnappen.

Dies alles ist auf dem Hintergrund einer längst überfälligen Reform der beruflichen Bildung zu sehen. Die Gewerkschaften und demokratischen Ju-

gendorganisationen haben es durch massive Aktionen erreicht, daß ihre Forderungen breite Unterstützung bei der Jugend und der arbeitenden Bevölkerung finden. Unter diesem Druck sah sich die Bundesregierung gezwungen, eine Veränderung des völlig unzulänglichen Berufsbildungsgesetzes von 1969 auf die Tagesordnung zu setzen. Im November 1973 legte die Bundesregierung „Markierungspunkte“ zur Reform der beruflichen Bildung vor (siehe NACHRICHTEN 3/74), im Februar folgte ein Referentenentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz.

Wer jedoch geglaubt hatte, daß die Bundesregierung den Forderungen der Gewerkschaften und der demokratischen Jugendorganisationen Rechnung tragen wolle, sah sich schnell ernüchtert. Die wesentlichsten Forderungen waren nicht in die Vorstellungen der Regierung eingeflossen. Demokratische Bildungsinhalte und Strukturen, breite berufliche Grundbildung und darauf aufbauende Spezialisierungsmöglichkeiten für alle Lehrlinge, Überwindung des Unternehmereinflusses, wirksame Mitbestimmung für die Lehrlinge und ihre Gewerkschaften, Finanzierung der Berufsausbildung vor allem durch die Großkonzerne — diese Forderungen blieben für die SPD/FDP tabu. Lediglich an den kapitalistischen Staat sollen einige Überwachungs- und Kontrollfunktionen delegiert werden — eine „Reform“ also, die für die längerfristige Systemsicherung ohnehin unumgänglich ist.

Obwohl diese angestrebten Änderungen durchaus den Profitinteressen des Kapitals entsprechen würden, begannen die Unternehmer auf die Bundesregierung zu schießen und starteten eine Kampagne mit gezieltem, massivem Lehrstellenabbau.

Der Spitzenverband DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) drohte im September 1973, daß bei weiteren Forderungen nach besserer Berufsausbildung „die Ausbildungsmüdigkeit in den Betrieben anwachsen“. Als Minister Dohnanyi seinen Referentenentwurf

vorlegte, erklärte DIHT-Präsident Wolff von Amerongen: „Die Wirtschaft kann — sollte dieser Gesetzentwurf realisiert werden — keine Verantwortung mehr für die Ausbildung der Jugendlichen übernehmen.“ Die Unternehmer schickten das „drogisten-fachblatt“ vor, das in Nr. 6/74 einen Aufruf zu einem „Ausbildungsstreik“ veröffentlichte. Die CDU/CSU stieß ins gleiche Horn. Ihr Sprecher für Berufsbildungspolitik, Dr. Georg Gölter, erklärte: „Der Gesetzentwurf im Papierkorb — dies würde der immer mehr um sich greifenden Ausbildungsverdrossenheit entgegenwirken.“

Aufschlußreich ist das Verhalten von Bundesminister Dohnanyi. Am 5. März hatte dieser in Würth/Rhein eine Unterredung mit BDA-Präsident Schleyer. Als Schleyer zu verstehen gab, daß „die Wirtschaft künftig nicht mehr in der Lage sein wird, den Erfordernissen der Praxis entsprechend auszubilden“, war Dohnanyi sofort bereit, zurückzustecken.

Zwei Tage später, vor der Bundesbildungskonferenz der DAG in Braunschweig, deutete der Minister an, daß die Reform der beruflichen Bildung mehr Zeit brauche als ursprünglich vorgesehen.

Am 28. März verkündete Dohnanyi im SPD-Pressedienst: „Der Patient Berufsbildung ist zu krank für eine Radikalkur“, und am 4. April hieß es dann offiziell: Der großangekündigte „Reform“-Plan wird zurückgeschraubt. Statt im Mai, werde das Bundeskabinett erst im Herbst über den Gesetzentwurf entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt sollte eigentlich schon alles über die Bühne sein. Aber es soll nicht nur zeitliche Abstriche geben, sondern sogar die letzten Ansätze fortschrittlicher Veränderungen sollen unter den Tisch fallen.

Aber die Unternehmer wollen noch eine zweite Fliege mit der Klappe Ausbildungsboykott schlagen. Sie fürchten das „Unbehagen der jungen Generation“ — so die BDA in einer jüngsten Stellungnahme. Sie wollen kritische Lehrlinge einschüchtern und die Gewerkschaften lähmen, denn sie haben festgestellt: „Zwischen zwei linken Händen will kein Gesellenstück gelingen“ („Wirtschafts-Woche“). Der Chef-Ausbilder der Firma Gummi-Mayer in Landau/Pfalz, Theo Wollenschläger, sagte es unverblümt: „Die kaufmännischen Lehrlinge sind in den letzten Jahren sehr rebellisch geworden; außerdem sind sie bei uns fast alle gewerkschaftlich organisiert.“ Die Firma reduzierte ihre Lehrstellen von 30 auf sechs.

Nachdem die Unternehmer mit erpresserischen Mitteln ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben, spielen sie nun die Unschuldslämmer. So heuchelte BDI-Präsident Sohl öffentlich seine „Sorge über den starken Rückgang an Ausbildungsplätzen“ und der Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen

Jusos und Gewerkschaften: Beziehung mit Fragezeichen

Seit einiger Zeit häufen sich in der Presse der BRD Berichte und Kommentare, die größtenteils gegen die Linke innerhalb der SPD, vorwiegend Jungsozialisten, gerichtet sind. Sehr häufig beziehen sich diese Meldungen auch auf das Verhältnis zwischen Jungsozialisten und Gewerkschaften. Von (im negativen Sinne) besonderer Qualität sind dabei, neben den für die bürgerliche Presse zum obligatorischen Tagespensum gehörenden Angriffen von rechts, die Aussagen von Wilhelm Rothe, DGB-Landesvorsitzender in Bayern und Mitglied des Präsidiums der bayerischen SPD.

Erst kürzlich wieder wandte er sich mit Vehemenz gegen die „Linke“ innerhalb der SPD. Er forderte angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Bayern die Wähler auf, ihre Stimme „lieber einem CSU-Kandidaten zu geben, der die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten verspreche (!), als einem ‚selbsternannten Propheten‘ vom linken Flügel der SPD“ („FAZ“, 9. März 1974).

Dies dürfte eine — selbst für SPD-interne Auseinandersetzungen — bedeutsame Aussage sein, richtet sie sich doch gegen solche Sozialdemokraten, die Forderungen wie Überführung von

Schlüsselindustrien und Grund und Boden in Gemeineigentum, wirksamere Kontrolle wirtschaftlicher Macht und die uneingeschränkte paritätische Mitbestimmung vertreten; Forderungen, die auch von den Gewerkschaften vertreten werden. Was aber heißt das anders, als daß sich wütende Angriffe gegen die SPD-Linke, auch in der Form, wie sie von Rothe vorgetragen werden, letztlich gegen gewerkschaftliche Forderungen und damit gegen die Gewerkschaften selbst richten!

Aus solchen Vorgängen wird deutlich, daß es mit dem Verhältnis zwischen Jungsozialisten und Gewerkschaftsführungen nicht so zum besten bestellt ist, wie dies z. B. der Pressesprecher der Gewerkschaft HBV, Christian Götz, in einem im theoretischen Organ der SPD, „Die Neue Gesellschaft“ (Heft 2/74), veröffentlichten Artikel beurteilen zu können glaubt. Zweifellos stellt sich das Verhältnis Jungsozialisten — Gewerkschaften heute um einiges positiver dar, als dies noch vor Jahren der Fall war. Das mag aber zum großen Teil daran liegen, daß die Jungsozialisten gelernt haben, die Welt der Arbeiter realistischer zu betrachten und — vor allem —, daß sie die Rolle ihrer eigenen Organisation in den gewerkschaftlichen Kämpfen und Klassenausscheidungen in der BRD mit der Zeit richtig einzuschätzen verstanden haben.

Heißt es in den „Thesen zur Politischen Ökonomie und Strategie“ vom Dezember 1971 noch, die „Jungsozialisten verfolgen eine Strategie, die das Ziel hat, eine wachsende Gegenmacht der Lohnabhängigen zu organisieren, um eine Aufhebung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigner über die Produktionsmittel zu erreichen“ (These 32), so muß die Juso-Bundesvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul heute feststellen, daß die gewerkschaftliche Arbeit der Jungsozialisten, beispielsweise bei der Beteiligung an der Arbeit der Vertrauensleute, „bisher keinen nennenswerten Umfang“ angenommen hat (vgl. Gew. Monatshefte, 4/1974, S. 257).

Immerhin, so macht schon dieses eine Beispiel deutlich, sind die Jusos von einer Überschätzung ihrer eigenen Rolle, von einer faktisch neben der Arbeiterklasse her entwickelten „Mobilisierungsstrategie“, zu einer realistischeren Einschätzung ihres Einflusses und ihrer Möglichkeiten gekommen.

Und doch formulieren „Betriebs-Projektgruppen“ der Jusos auf Orts- oder Kreisebene auch heute noch „Strategien“ und „Lösungsmöglichkeiten“ für soziale „Konfliktfälle“ im Betrieb, die der Masse der Arbeiter und Angestellten einfach schon auf Grund ihrer Wortwahl unverständlich bleiben müssen. Inhaltlich lassen sie sich dabei weitgehend von solchen Marx-„Interpreten“ wie Gorz, Mandel und Korsch leiten; von Theorien also, die der fortschrittlichen Bewegung in der BRD objektiv abträglich sind.

Natürlich wäre es falsch, theoretische Ansätze und praktische Betriebsarbeit einzelner Gliederungen der Jusos als repräsentativ für die gesamte Juso-Organisation ausgeben zu wollen. Dies ist schon allein auf Grund der „antiautoritären“ Organisationsstruktur der Juso-Arbeitsgemeinschaft nicht möglich. Den einzelnen Genossen an der „Basis“ kümmert es bisweilen gar nicht, was der Juso-Bundesvorstand oder der eine oder andere Bezirk ausgearbeitet, empfohlen oder gar beschlossen hat.

So müssen auch solche wohlgemeinten Worte, wie die des Juso-Bundesvorstandsmitglieds Loke Mernitzka, die Aktivitäten der Jungsozialisten könnten „immer nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation liegen“ („Welt der Arbeit“, 24. August 1973) oder des früheren Juso-Bundesvorsitzenden Karsten Voigt, die Jusos träten „prinzipiell und ohne Vorbehalte für eine Stärkung der Gewerkschaft“ ein („Konkret“, 6. September 1973), letztlich daran gemessen werden, welche Auswirkung sie in der Praxis haben.

Denn wenn zur gleichen Zeit, beispielsweise die Hannoveraner „anti-revisionistischen“ Jusos eine Broschüre unter dem Titel „Systemkonforme Gewerkschaften?“ herausgeben, in der an den Gewerkschaften beinahe kein gutes Haar mehr gelassen wird, dann muß man sich ernsthaft fragen, welche Strategie die Jusos an der „Basis“ nun eigentlich befolgen.

Daran ändert auch nichts die enger gewordene Zusammenarbeit zwischen Juso-Bundesvorstand und Gewerkschaftsführungen. Die Juso-Arbeit wird unabhängig von allen ihren verschiedenen Theorien jedoch daran gemessen werden, wie die Juso-Kollegen in den Betrieben an der Seite der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten für fortschrittliche Forderungen der Gewerkschaften kämpfen.

Klaus Priester

Wolfgang Bartels

Fristenlösung

In der dritten Lesung des Bundestages zur Reform des § 218 haben am 26. April mit einfacher Mehrheit 247 Abgeordnete von SPD und FDP das Gesetz für die Fristenlösung beschlossen. Damit wurde die absolute Mehrheit nur um zwei Stimmen verfehlt. Die reaktionären Kräfte in der Gesellschaft, repräsentiert von der CDU/CSU, wie Teile der Kirche und der Ärzteschaft haben bis zuletzt alle Register gezogen, um durch Angst und starken „moralischen“ Druck, durch Verleumdungen und Hetze eine vernünftige Lösung zu verhindern.

Daß sich die SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten in ihrer Mehrheit diesem Druck nicht gebeugt haben, ist in erster Linie auf den jahrelangen Kampf breiter Teile der Bevölkerung für die Fristenlösung zurückzuführen. Vor allem die Gewerkschaften, aber auch Bürgerinitiativen, DKP und fortschrittliche Teile in der SPD haben nicht nur immer wieder auf die Notwendigkeit einer solchen Lösung hingewiesen, sondern in Unterschriftenaktionen, Protestveranstaltungen und Demonstrationen eine nicht mehr zu übersehende Mobilisierung gegen den § 218 und für die Fristenlösung erreicht.

Noch kurz vor der Abstimmung hatten die IG-Metall-Bezirkskonferenzen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar den Bundestag im Namen von über 300 000 Mitgliedern aufgefordert, für die Fristenlösung zu stimmen. B. D.

DGB-Untersuchung über die Lage der Frauen

Mit einer Fragebogenaktion, an der sich 2286 Arbeiterinnen und Angestellte beteiligten, hat der DGB eine Reihe von Mißständen und Problemen hinsichtlich der Lage der berufstätigen Frauen aufgedeckt. Das Mitte April veröffentlichte Umfrageergebnis wird auf der 8. Bundesfrauenkonferenz des DGB, die am 9. und 10. Mai 1974 in Karlsruhe stattfindet, zur Diskussion stehen.

Über 44 Prozent der befragten Arbeiterinnen und 25 Prozent der weiblichen Angestellten fühlen sich überfordert, wobei vier hauptsächliche Gründe in folgender Reihenfolge angegeben werden: zu schnelles Arbeitstempo, familiäre Pflichten, körperliches Unwohlsein sowie Lärm, Licht und Schmutz.

Nur 29,3 Prozent der befragten Arbeiterinnen hatten einen Beruf erlernt, während dies bei 74,9 Prozent der Angestellten der Fall war. 68 Prozent aller Befragten hatten ihre berufliche Tätig-

keit bis zu sechs Jahren unterbrochen. An der Spitze der Gründe für die Unterbrechung standen mit 76,3 Prozent familiäre Verpflichtungen wie Heirat, Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen — „alles Gründe“, so stellt der DGB dazu fest, „die in der traditionellen Vorstellung von der Rolle der Frau ihren Ursprung haben“. Nur 1 Prozent der Frauen unterbrach die Arbeit wegen beruflicher Fort- und Weiterbildung.

DDR-Gewerkschafter kommen in die BRD

Eine Delegation der IG Metall im FDGB unter Leitung ihres Vorsitzenden, Reinhard Sommer, wird vom 14. bis 22. Mai auf Einladung der IG Metall die Bundesrepublik besuchen und damit den Besuch einer Spitzendelegation der IG Metall unter Leitung von Eugen Loderer im vergangenen Herbst erwidern. Ebenfalls zu einem Gegenbesuch kommt in der Zeit vom 14. bis 25. Mai eine Delegation des Jugendausschusses des FDGB unter Leitung des Präsidiumsmitgliedes Helmut Thiele in die Bundesrepublik.

Autokonzerne: Kurzarbeit für Zehntausende

In der bundesdeutschen Automobilindustrie grassiert Kurzarbeit. In dem Maße, wie die Ölkonzerne ihre Profitinteressen durchsetzen, das Autofahren immer teurer wird und eine unsoziale staatliche Verkehrspolitik dominiert, werden die Beschäftigten der Automobilindustrie gezwungen, die Folgen zu tragen. Diese sind Kurzarbeit, Einkommensverlust und direkte Gefährdung der Arbeitsplätze.

Nachdem alle Automobilkonzerne in der BRD seit Dezember schon verschiedentlich Kurzarbeit verordnet hatten, sind im April abermals rund 70 000 Autoarbeiter davon betroffen. Das Volkswagenwerk hat für die Zeit vom 22. April bis 3. Mai Kurzarbeit verordnet, was für 45 000 Arbeiter Zwangsurlaub bedeutet. Audi/NSU läßt vom 24. April bis 3. Mai und Porsche vom 8. bis 11. April bzw. 2. bis 3. Mai kurzarbeiten. 20 000 Opel-Arbeiter wurden vom 7. bis 13. und vom 22. bis 27. April auf Kurzarbeit gesetzt.

Die Neuzulassung von Personenkraftwagen in der BRD ist im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 32,8 Prozent zurückgegangen. Allein 500 000 Volkswagen stehen zur Zeit unverkauft auf dem Werksgelände bzw. bei den Händlern.

Annäherung DGB-DAG sehr schwierig

Nachdem im Dezember 1973 der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft in einem Schriftwechsel die Absicht bekundet haben, im Interesse einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung über Wege und Maßnahmen des Abbaus gewerkschaftlicher Konkurrenz zu beraten, hat sich in dieser Richtung kaum etwas getan. Die Information einiger Presseorgane, daß diese Gespräche im April beginnen sollten, wurde vom DAG-Vorsitzenden, Hermann Brandt, dementiert.

Am 20. April zerstreute auf einer Großveranstaltung zu den Sozialwahlen der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Ferdinand Eichhorn, Illusionen über eine schnelle Einigung in dieser Frage. Man müsse vor einer „Euphorie“ anlässlich bevorstehender Gespräche zwischen DGB und DAG warnen. Jedoch: „Gespräche zwischen beiden Organisationen sind in jedem Fall erforderlich.“ Aktions- und Tarifgemeinschaften, wie der DAG-Vorsitzende sie gefordert habe, würden nicht nur von der IG Chemie-Papier-Keramik abgelehnt, sondern — soweit ihm bekannt — auch von allen anderen Industriegewerkschaften des DGB. „Sie sind keine Stationen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ziel.“

Angestellte bald größte Gruppe

Mit rund 10 Millionen stellen gegenwärtig die Angestellten nach den Arbeitern die zweitgrößte Gruppe der abhängig Beschäftigten. In nicht allzu ferner Zeit werden sie die größte Gruppe sein. Dies erklärte am 26. April 1974 auf der 4. zentralen Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Günter Stephan.

Aufgrund der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung der Produktion sowie der Differenzierung und Spezialisierung in allen Arbeitsbereichen habe sich die Zahl der Angestellten sprunghaft entwickelt. Ihre abhängige Lage im Produktionsprozeß sei die gleiche wie beim Arbeiter. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften, die Selbsteinschätzung der Angestellten mit ihrer tatsächlichen Arbeitnehmerfunktion in Einklang zu bringen. Bei der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit habe sich das Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ als die zweckmäßigste und modernste Organisationsform erwiesen, die auch die optimale Basis für eine künftige „einheitliche Arbeitnehmerstellung“ sei.

Reden zum 1. Mai: Fortschritt nur gegen Kapitalinteressen

Wie alljährlich, standen auch am 1. Mai 1974 die Forderungen der Arbeiterklasse im Mittelpunkt der Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen in den Städten der Bundesrepublik. Zentrales Thema war die noch immer verweigerte Mitbestimmung. Es gab Kritik der gewerkschaftlichen Mai-Redner an dem Gesetzentwurf der Bundesregierung. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze, Preistreiberei und Machtmißbrauch der multinationalen Konzerne wurden angesprochen und attackiert. Im allgemeinen jedoch hielten sich die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften dort mit Kritik zurück, wo offensichtlich falsche Politik und Überbetonung der Kapitalinteressen durch die Bundesregierung sowie deren Zurückweichen vor den Angriffen der reaktionären CDU/CSU Ursachen der Mißstände sind. Bundeskanzler Brandt nutzte auf der zentralen DGB-Kundgebung in Hamburg die Gelegenheit zur Rechtfertigung der Regierungspolitik und machte vage Versprechungen. Deutliche Worte wurden dagegen häufig dort gesprochen, wo örtliche und bezirkliche Gewerkschaftsfunktionäre auftraten, wie z. B., stellvertretend für viele, die Auszüge aus den Reden Karl-Heinz Wolfs und Manfred Balders zeigen. In München, auf einer Veranstaltung am Vorabend des 1. Mai, setzte der DKP-Vorsitzende, Herbert Mies, klare Akzente.

Um unseren Lesern einen Überblick über die Aussagen zum 1. Mai zu geben, veröffentlichen wir nachstehend Auszüge aus Reden von: Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender, Hamburg; Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, Mannheim; Eugen Loderer, IG-Metall-Vorsitzender, München; Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, Dortmund; Manfred Balder, 2. Vorsitzender des Landesbezirks Hessen der IG Druck und Papier, Marburg; Heinz Vietheer, Vorsitzender der Gewerkschaft HBV, Essen; Karl-Heinz Wolf, Landesbezirks-Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV in Hessen, Frankfurt; Willy Brandt, Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD, Hamburg; Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, München. (Die Auszüge wurden den Redemanuskripten entnommen, die uns freundlicherweise z. T. vorab zur Verfügung gestellt wurden.) G. S.

Heinz-Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den 1. Mai 1974 unter die Parole gestellt: „25 Jahre DGB — Menschlichkeit und sozialer Fortschritt“. Diese Parole ist Rückblick und Ausblick zugleich. Der DGB ist der gleiche Jahrgang wie die Bundesrepublik. Von Anfang an haben wir entscheidende Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in unserem Lande geleistet. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben aber nicht ihre ganze Kraft in den Aufbau unserer Republik gesteckt, um weitere 25 Jahre überlebten Herrschaftsstrukturen unterworfen zu bleiben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften haben sich gerade in den schwierigen Stunden unseres jungen Staates zur Demokratie bekannt. Aber weite Kreise der Unternehmerschaft scheinen immer noch nicht begriffen zu haben, was Demokratie sinngemäß und wortwörtlich heißt: Nämlich Herrschaft des Volkes und nicht Herrschaft des Kapitals! ...

25 Jahre DGB — das war ein stetes Ringen um Menschlichkeit und sozialen Fortschritt. Zweifellos haben wir große Erfolge für die arbeitenden Menschen erzielt, ob es um den Lebens-

standard ging, um mehr freie Zeit, um größere soziale Sicherheit oder um mehr Rechte am Arbeitsplatz und im Betrieb. Aber nichts wurde uns freiwillig gegeben. Immer mußte darum gekämpft werden. Und immer wieder sind alle Fortschritte bedroht, wenn wir nicht wachsam bleiben. Wenn die Reaktionen in diesem Lande tatsächlich den Zeitpunkt für gekommen halten sollten, das Rad der Entwicklung rückwärtsdrehen, dann kann ich ihnen auch am 1. Mai 1974 nur versichern: Die Gewerkschaften werden nicht tatenlos zusehen! Sie stehen neben ihren politischen Freunden in den Parlamenten der Länder und im Bundestag.

Seit einem Vierteljahrhundert hat sich der DGB für die volle Ausgestaltung der Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat eingesetzt. Diese Aufgabe wird auch künftig im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Die beinhaltet vor allem die Vermenschlichung der Arbeitsplätze, eine neue Qualität unserer Lebensbedingungen, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen unserer Wirtschaft und gleiche Bildungschancen für alle.

Willy Brandt hat den blauen Himmel über der Ruhr gefordert, und vieles ist besser geworden. Aber die Untersuchungen der Gesundheitsämter im Ruhrgebiet haben gerade in diesen Tagen bestätigt, wie sehr vor allem die Kinder der arbeitenden Bevölkerung immer noch durch die verbliebene Luftverschmutzung gefährdet sind. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen berichtete jetzt in Bonn, daß sich die Qualität des Wassers weiter verschlechtert hat. Und was die Bedingungen am Arbeitsplatz anbetrifft, so fühlen sich insbesondere die berufstätigen Frauen überfordert. Eine Untersuchung des DGB führte jetzt zu dem Ergebnis, daß mehr als die Hälfte der Frauen eine Überlastung am Arbeitsplatz, ein zu hohes Arbeitstempo und Lärm und Schmutz beklagen. Das alles zeigt, wie weit wir noch von einer humanen Arbeits- und Lebenswelt entfernt sind, wie immer noch der Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens steht. Gerade deshalb brauchen wir die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen so dringend, damit endlich ihre Interessen bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

Ein typisches Beispiel für den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht erleben wir gegenwärtig bei der Berufsbildung. Auch hier weigern sich viele Unternehmer hartnäckig, auf überholte Herrschaftsrechte zu verzichten. Sie versuchen, die dringend notwendige Verbesserung der Ausbildungsbedingungen zu sabotieren. Ganze Berufsgruppen drohen mit dem Boykott der Lehrlingsausbildung, und bei dieser Drohung bleibt es nicht. Nach der letzten Übersicht der Arbeitsämter werden in diesem Jahr nur noch rund 300 000 Lehrstellen angeboten gegenüber noch fast 650 000 in den Jahren 1969 und 1970 ...

25 Jahre DGB — das ist die Bewährung einer in den Zeiten furchtbarer Verfolgung entstandenen Idee: Die Einheitsgewerkschaft! Das ist das stetig wachsende Vertrauen der Arbeitnehmer zur Gewerkschaftsbewegung. Nie war der Zustrom so stark wie im vergangenen Jahr. Wir sind endlich aus dem Elfenbeinturm der 6 Millionen ausgebrochen. Mit mehr als 7 Millionen Mitgliedern ist der DGB einer der größten Gewerkschaftsbünde der westlichen Welt. Die Kraft dieser Organisation wollen wir mobilisieren gegen die von den Unternehmern finanzierte Verleumdungskampagne, gleich ob sie Gewerkschafter, Sozialdemokraten oder die Kollegen der CDU-Sozialausschüsse betrifft, die Herr Strauß so gern feuern möchte.

Gerd Muhr, stellv. DGB-Vorsitzender:

Die Formen, in denen dieser Tag gefeiert wird, und die Formen, in denen die Kämpfe und Auseinandersetzungen geführt werden, haben sich gewandelt. Am Sinn dieses Tages und an seiner Aufgabe aber hat sich wenig geändert. Der grundsätzliche Gegensatz im Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeit-

nehmern, von Besitzern und Nichtbesitzern der Produktionsmittel ist nicht überwunden, und nach wie vor müssen die Arbeitnehmer für eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kämpfen, für Lebens- und Arbeitsbedingungen, bei denen das Gebot der Menschlichkeit vor dem Streben nach privatem Profit rangiert.

Fast vergessen sind heute die Trümmer, vor denen wir noch vor 25 Jahren gestanden haben. Nach einem Vierteljahrhundert harter Arbeit zählen wir zur Spitzengruppe der wichtigsten Industriestaaten der Welt. Auf diesen Aufstieg, auf die 900 Milliarden DM Sozialprodukt im vergangenen Jahr, ist die deutsche Wirtschaft mit Recht stolz.

Diese Wirtschaft, das sind aber nicht allein die Unternehmer, die Bankiers, die Generaldirektoren oder die Verbandssyndici. Diese Wirtschaft — das sind wir alle. Das sind zu allererst die Arbeitnehmer, die nach dem Kriege um den Preis wertlosen Geldes die Fabriken aufzubauen begannen und die den Grundstein für eine Entwicklung legten, die als Wirtschaftswunder in die Geschichte eingehen sollte...

Im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzung steht jetzt die Einführung der Mitbestimmung auf der Unternehmens-ebene. Die Bundesregierung hat ihren Gesetzentwurf verabschiedet, der auf harte Kritik von allen Seiten gestoßen ist, und zwar der Arbeitgeber, der politischen Opposition und der Gewerkschaften. Deshalb haben wir uns auch vor allem davor zu hüten, daß wir mit falschen Kampfgefährten in einen Topf gesteckt werden. Was die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat erklärt haben, bedeutet ein totales Nein und ein starres Beharren auf überlebten Herrschaftsrechten der Unternehmer.

Dabei müssen alle Argumente erhalten bis hin zur drohenden Warnung vor dem Gewerkschaftsstaat. Unsere Mitbestimmungsforderung und der Gesetzentwurf der Bundesregierung würden Marktwirtschaft und das Grundgesetz der Bundesrepublik über den Haufen werfen. Die CDU/CSU stellte dagegen den Staat aller Bürger über den Gewerkschaftsstaat der Funktionäre. Solche Aussagen sind tatsächlich aber nur ein Beweis für die viel zu lange bei uns praktizierte Gleichstellung von Grundgesetz und Unternehmervorherrschaft. Es ist endlich an der Zeit, daß mit dieser einseitigen Verfassungspraxis aufgeräumt wird.

Unser Grundgesetz fordert den sozialen Rechtsstaat und nicht das Vorrecht des Kapitals vor dem Menschen. Der soziale Rechtsstaat ist kein Selbstbedienungsladen für Unternehmer, genausowenig wie unser Grundgesetz ein Unternehmerstatut ist. Wenn man uns unterstellt, wir wollten mit der Mitbestimmung die Macht in diesem Staate, dann gibt man ja selbst zu, daß Herrschaft in den Unternehmen etwas mit Macht im Staate zu tun hat. Und gerade deswegen kann eine einseitige Machtkonzentration auch nicht demokratisch legitimiert sein. Mitbestimmung, das ist Demokratie, weil Mitbestimmung einseitige Herrschaftsrechte und Machansprüche beseitigt.

Dabei haben wir deutlich gesagt und sagen es auch heute wieder, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung diesen Anspruch der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften noch nicht erfüllt. Machtteilung im Unternehmen ist ohne Parität nicht möglich und Parität im Aufsichtsrat heißt, daß beide Seiten tatsächlich gleichstark vertreten sind. Für die Arbeitnehmer ist es nämlich gleichgültig, ob sie mit 5, mit 3 oder nur mit einer Stimme überstimmt werden können.

Eugen Loderer, IG-Metall-Vorsitzender:

Es war hier in München, wo die Gewerkschaften in ihr Grundgesetzprogramm von 1949 die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft aufnahmen. Damit war eine Absage erteilt an die faschistische Zwangswirtschaft und an das Führerprinzip im Wirtschaftsleben, aber auch an das Diktat blinder Marktgesetze, hinter dem sich unternehmerische Herrschaft heute wie ehedem tarnt. Bürger, nicht mehr Untertanen, wollen wir

Arbeitnehmer in diesem Staate zukünftig sein. Wir wollen mitberaten und mitverantworten, alle wichtigen Entscheidungen in der Gemeinschaft — vor allem aber in den Angelegenheiten der Wirtschaft unseres Volkes — so hat es Hans Böckler formuliert.

Wenn wir heute nach 25 Jahren eine Bilanz ziehen, so können wir einerseits auf eine stolze Reihe sozialpolitischer Erfolge und tarifpolitischer Errungenschaften hinweisen. Andererseits ist aber die prinzipielle Vorherrschaft der Unternehmer ungebrochen. Demokratisierung der Wirtschaft ist nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen. Das zu ändern — so lautet das Gebot der Stunde.

An diesem 1. Mai feiern die Gewerkschaften ihr 25jähriges Jubiläum. Gleichzeitig wird auch unser Grundgesetz 25 Jahre alt. Neben der Stärkung individueller Grundrechte, die während der faschistischen Herrschaft mit Füßen getreten wurden, verankerten die Väter des Grundgesetzes den Sozialstaatsauftrag in der Verfassung. Wir halten an der Auffassung fest, daß damit nicht irgendein sozial verbrämter Kapitalismus gemeint war. Wir halten die Auffassung für richtig, daß hinter dem Buchstaben des Gesetzes der Geist des demokratischen Sozialismus weht.

Wir Gewerkschafter können mit Stolz darauf hinweisen, daß wir durch unsere Arbeit diesen Verfassungsauftrag erkämpft haben. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Dafür sind die großen sozialpolitischen Erfolge von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, über die Arbeitszeitverkürzung bis hin zu den jüngsten Streikerfolgen der IG Metall unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeit“ der schlagende Beweis. Zu einem sozialen Rechtsstaat gehört aber auch notwendigerweise eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft. Dieser Teil des Verfassungsauftrages ist noch auszufüllen.

Es stellt die Fakten geradezu auf den Kopf, wenn Unternehmer und ihre Gehilfen in konservativen Parteien und Teilen der Wissenschaft vom Verfassungsrang der sozialen Marktwirtschaft heuchlerisch predigen, nur um die Gewerkschaften als Verfassungsgegner zu verleumden und somit politisch kaltzustellen. Demgegenüber ist es für uns bitter notwendig, das politische Bewußtsein wieder zu öffnen für ein Verfassungsverständnis, dem das Grundgesetz nicht als Barriere, sondern als Motor einer umfassenden Reformpolitik gilt. Gerade wir Gewerkschafter müssen immer wieder deutlich machen, daß das Eigentum zwar geschützt ist, aber nicht im Sinne hemmungslosen privatkapitalistischen Gebrauchs. Überall dort, wo die soziale Verpflichtung des Eigentums von den Unternehmern kaltschnäuzig ignoriert wird, müssen neue Formen gesellschaftlicher Kontrolle gefunden werden. Sie reichen von einer verschärften Wettbewerbspolitik über Investitionslenkung und volkswirtschaftlicher Rahmenplanung bis hin zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und gemeinwirtschaftlicher Neuordnung...

Unsere Lösungen lauten:

„Gegen Verschwendungsproduktion in der Rüstungswirtschaft — dafür mehr Schulen, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Altenheime“.

„gegen den Ausbildungsboykott der Unternehmen — für allgemeine Chancengleichheit und Gerechtigkeit durch eine umfassende Bildungsreform“.

„gegen Einkommensprivilegien der Subventionshäile und Steuerschwinder — für eine grundlegende Steuerreform mit Entlastung der unteren Einkommen“.

„gegen die Geheimniskrämerei hinter verschlossenen Türen der Vorstandsetagen — für gläserne Taschen und demokratische Kontrolle der Unternehmen“.

„gegen die Polemik vom Gewerkschaftsstaat — für die Solidarität aller abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen“.

„gegen Reallohnkürzung durch unternehmerische Preistreiberei und Steuerprogression — für eine aktive gewerkschaftliche Tarifpolitik“.

„gegen Unternehmerwillkür und Alleinherrschaft des Kapitals — für Menschlichkeit am Arbeitsplatz und eine gemeinwirtschaftliche Neuordnung der Wirtschaft“.

Heinz Vietheer, HBV-Vorsitzender:

Wir wollen für den Arbeitnehmer die Sicherung der vollen Gleichberechtigung. Wir wollen einen Staat, der jedem Bürger gleiche Startchancen garantiert. Wir wollen ein Gemeinwesen, das über ausreichende und moderne Bildungseinrichtungen verfügt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die freie und volle Entfaltung der Persönlichkeit nicht behindert wird. Wir wollen einen Rechtsstaat, der jedem einen Arbeitsplatz garantiert und die Vollbeschäftigung sichert. Wir wollen ein Arbeitsleben, in dem die Menschenwürde dem möglichen Gewinnstreben nicht untergeordnet ist. Wir wollen einen Sozialstaat, der ausreichend Schutz bietet vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und dem Alter nach jahrzehntelanger Arbeit.

Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der die Prinzipien von Freiheit und Demokratie genauso Platz haben wie in der Politik. Wir wollen eine Regierung, die jeden Wildwuchs in der Wirtschaft vermeidet und so viel Einfluß nimmt, wie es das Schutzbedürfnis von Millionen abhängiger Erwerbstätiger erfordert. Wir wollen eine politische Vertretung, die der Jugend als Beispiel und Vorbild dient und für die das Gemeinwohl Vorrang hat vor Selbstsucht und Machtstreben. Wir fordern eine Justiz, vor der der kleine Mann eine gleich faire und gerechte Beurteilung erfährt wie der mit großem Einkommen und hohem Ansehen.

Wir fordern somit eine Gesellschaftsordnung, in der die Demokratie fortentwickelt wird, alle Lebensbereiche stärker demokratisiert werden, die Vermögensverteilung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit erfolgt und letztlich der Staatsbürger das echte Gefühl hat, auch wirklich ein Teil des Ganzen zu sein. Voraussetzung für unser Programm ist allerdings, daß sich die Völker dieser Erde stärker dem Frieden verpflichtet fühlen. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit Gewaltandrohung, Gewaltanwendung und Krieg. Mit aller Eindringlichkeit fordern wir deshalb von den Mächtigen dieser Erde und besonders von den Vereinten Nationen den Frieden auf dieser Welt.

Die Menschenrechte werden immer noch mit Füßen getreten. Deshalb verurteilen wir gerade auch an diesem 1. Mai die Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen in vielen Teilen unserer Welt. Insbesondere richtet sich unser Protest gegen die Ereignisse in Chile. Die deutschen Gewerkschaften verdammen den Militärputsch und verurteilen die menschenunwürdigen Maßnahmen der Junta. Darüber hinaus fordern wir die Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit in Chile. Wir verlangen, daß Schluß gemacht wird mit Verfolgungen, Verhaftungen und Hinrichtungen und erwarten, daß sich die ganze Welt auflehnt gegen dieses Unrechtssystem.

Der Ausweg aus den vielen Sackgassen der internationalen Politik ist nicht in einem Wettüben zu suchen. Entspannung und Aussöhnung sind die einzigen Mittel, die Probleme dieser Welt zu lösen.

Leonhard Mahlein, Vorsitzender IG DruPa:

Wir werden genau so konsequent die Spielregeln der Marktwirtschaft ausnützen, wie uns das von den Unternehmern, insbesondere von den multinationalen Konzernen, vorexerziert wird. Die Krokodilstränen der Preistreiber lassen uns kalt. Die salbungsvollen Mahnungen von Bundesbank und Bundeswirtschaftsminister scheinen uns wenig geeignet, mehr Preisstabilität herbeizuführen. Wenn die Spielregeln der Marktwirtschaft nicht ausreichen, um das Auspendeln von Preisen und Löhnen herzustellen, wenn schrankenlose Bereicherung und rückwärtsgerichteter Einsatz wirtschaftlicher Macht unsere Ordnung kennzeichnen, wenn der Markt in der Marktwirtschaft immer

mehr zur Farce wird, dann müssen unserer Marktwirtschaft Korsettstangen eingezogen werden. Dann muß die Regierung handeln und darf sich nicht auf das Herunterleihen marktwirtschaftlicher Gebetsmühlen beschränken.

Konkret fordern wir Gewerkschafter an diesem 1. Mai:

— Die Manipulationen der Großkonzerne sind strenger öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen.

— Beabsichtigte Preiserhöhungen sind einer staatlichen Vorprüfung unter Offenlegung aller wirtschaftlichen Faktoren zu unterziehen.

— Die Waffen des Kartellrechts sind zu schärfen und konsequent anzuwenden.

— Der Wildwuchs auf dem europäischen Agrarmarkt ist zurückzuschneiden. Die Preispolitik der Gemeinschaft darf nicht nur auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, sie muß endlich einmal auf die der Verbraucher zugeschnitten werden.

— Zügige Verabschiedung der Lohnsteuerreform, damit die Arbeitnehmer nicht weiter auf zweifache Weise geschädigt werden: erstens durch den Preiswucher, zweitens durch die Steuerprogression...

Am 1. Mai eines jeden Jahres hat sich die Arbeiterbewegung, haben sich die Gewerkschaften, immer auch der Vorkämpfer für eine humane, freiheitliche und gerechte Gesellschaftsordnung erinnert. Schmerzlich wird uns bewußt, daß weit mehr Arbeitnehmer in Unfreiheit und Versklavung, Not und Elend gehalten werden als es Gewerkschafter gibt, die selbstbewußt und ohne Sorge vor staatlichen Schikanen die Forderungen ihrer Kollegen vertreten können. Die Staaten, in denen der Kampf um Freiheit und soziale Gerechtigkeit mit barbarischen Strafkolonien der Obrigkeit geahndet wird, sind in den letzten zwei Jahrzehnten zahlreicher geworden.

Die Furcht vor dem mündigen Bürger, der sich gegen Ausbeutung in jeder Form wehrt, ist bei den Oberschichten gewachsen und hat zu üblen Reaktionen der von ihnen beherrschten Staatsgewalt geführt. Wir erinnern uns an diesem 1. Mai der eingekerkerten Gewerkschafter in Spanien, in Portugal und in den Kolonialgebieten. Wir erinnern uns des Schicksals der Freiheitskämpfer in Chile und einer Vielzahl lateinamerikanischer Staaten, und wir betrachten die Opfer der Diktatur in Griechenland und an jedem anderen Ort der Welt als unsere Brüder. Eigene, leidvolle Erfahrung hat uns gezeigt, daß diese Menschen letztlich mehr für die Menschheit leisten als jeder noch so geniale Erfinder, jeder noch so häufig mit Ehrendoktorhüten dekorierte Staatsmann...

Unsere Solidarität — laßt mich das ganz deutlich sagen — gilt nicht nur dem Landsmann an der Werkbank, sie gilt auch dem Arbeitskollegen, der unsere Sprache nur unvollkommen spricht und dem man schon bei der Festlegung der Monatsmiete das Fell über die Ohren zu ziehen trachtet. Der Trennungsstrich darf nicht zwischen den Rassen, Religionen und Weltanschauungen gezogen werden, aus Erfahrung ziehen wir ihn zwischen Besitzenden und Besitzlosen, Unterwerfenden und Unterworfenen und schauen dabei nicht nach Hautfarbe, Gesangs- oder Parteibuch.

Manfred Balder, IG DruPa, 2. Vors. in Hessen:

Endgültig und dauerhaft kann eine bessere Lebensqualität und das Recht auf Arbeit, kann soziale Sicherheit nur im Kampf um die Einschränkung und Überwindung der Macht des Kapitals verwirklicht werden. In diesem Sinne müssen die Gewerkschaften mehr als bisher die politischen und gesellschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten deutlich machen. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Lohnabhängigen eine politische Verantwortung, die sie niemandem treuhänderisch übertragen können. In diesem Sinne brauchen die Gewerkschaften Verbündete für eine Politik, die sich ausschließlich an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert.

Das ist nicht eine Frage von übersteigerten Erwartungen der arbeitenden Menschen. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, und das ist die Frage, ob weiterhin die Grenze für Reformen in diesem Lande der Profit der Unternehmer sein soll. Wie ist es denn um die Glaubwürdigkeit von Politikern bestellt, die zweistellige Lohnabschlüsse aus der Fassung bringen, aber ein elfstelliger Rüstungsetat unberührt läßt? Wie ist es denn um die Glaubwürdigkeit von Politikern bestellt, die die Verminderung der privaten Nachfrage, wie der Lohnverzicht der Arbeiter und Angestellten vornehm umschrieben wird, für eine akzeptable konjunkturelle Möglichkeit halten?

Wir wissen aus bitterer Erfahrung, daß Lohnverzicht keineswegs Preisstabilität garantieren, daß Lohnverzicht niemals die Arbeitsplätze sicherer gemacht haben. Die Sicherheit der Arbeitsplätze hängt ausschließlich von der Gewinnerwartung der Unternehmer und nicht von der Höhe der Löhne ab. Ohne Profit dreht sich in der kapitalistischen Wirtschaft kein Rad und raucht kein Schornstein.

Das ist die Ursache für die krisenhafte Unterbrechung der wirtschaftlichen Entwicklung, für Lohnminderung, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Weil dem so ist, werden wir auch künftig um jeden Fortschritt kämpfen müssen. Dazu brauchen wir starke, kämpferische Gewerkschaften. Unseren eigenen Problemen soll deshalb hier das letzte Wort gelten...

Gewiß sind die realen Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Politik oft größer als ihre gegenwärtigen Inhalte. Aber wir dürfen auch nicht eine Politik betreiben, die uns isoliert, noch dürfen wir hinter der Entwicklung herlaufen. Kleinbürgerliche Ungeduld und Überspanntheit, prinzipielle Kompromißlosigkeit und revolutionäre Romantik lösen nicht unsere praktischen Probleme.

Es ist Mode geworden, sich nach links abzugrenzen. In einer Einheitsgewerkschaft kann dies kein vorrangiges Problem sein. In einer Zeit, in der die Gewerkschaften in zunehmendem Maße dem Druck der reaktionären Kräfte ausgesetzt sind, darf nicht die ängstliche Abgrenzung, sondern muß die kraftvolle Aktionseinheit die Hauptorientierung sein. Deshalb verwahren wir uns gegen das Kesseltreiben auf fortschrittliche Kräfte, die für die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Großbanken, für Aktionseinheit und gegen verfassungswidrige Berufsverbote eintreten. Den Weg nach rechts, auch wenn man das „Mitte“ nennt, können die Gewerkschaften nicht mitgehen. Sie müssen systemkritisch sein, sie müssen selbständige, unabhängige Organisationen bleiben gegenüber den Unternehmern, den Parteien und der Regierung. Wir müssen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft gegen jeden Angriff verteidigen, damit wir auch künftig gemeinsam unsere Interessen einheitlich und geschlossen vertreten können.

Karl-Heinz Wolf, ÖTV-Vors. in Hessen:

Ich möchte heute und hier zu einigen Bezugspunkten etwas sagen, die die Arbeitnehmer dieses Landes und dieser Stadt besonders bewegen. Da ist zum ersten die Forderung an Regierung und Parlament, gesellschaftspolitischen Anliegen der Gewerkschaften nicht mit Scheinlösungen zu begegnen. Da ist zum zweiten die unerträgliche wirtschaftliche Belastung, der die Arbeitnehmer fortlaufend ausgesetzt sind.

Gerade zu diesem Komplex gehört ein Vorgang, gegen den hier in Frankfurt DGB und Einzelgewerkschaften in geschlossener Front stehen müssen, nämlich die unglaublichen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr bei Einführung des Frankfurter Verkehrsverbundes. Da sind schließlich die ersten Anzeichen einer Gefährdung der Tarifautonomie, und da ist schließlich der Abwehrkampf, den wir Arbeitnehmer solidarisch und geschlossen führen müssen, damit Reaktion

und Rückschritt in diesem Lande nicht vollends die Macht ergreifen können, Reaktion und Rückschritt, die nach unserem Verständnis besonders in zwei Namen — Franz Josef Strauß und Alfred Dregger — symbolisiert werden...

Nach 25 Jahren steht dieser Staat vor einer historischen Chance, die nicht verpaßt und die von dieser sozial-liberalen Koalition nicht verspielt werden darf. Paritätische Mitbestimmung, auch das ist ein Stück Menschlichkeit und sozialer Fortschritt.

Täglich erleben wir, wie die Großunternehmen und Konzerne wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und politische Macht ausüben. Durch paritätische Mitbestimmung muß diese einseitige unkontrollierte Machtausübung beschnitten werden. Ich persönlich möchte allerdings auch hinzufügen, es wäre fahrlässig, zu glauben, daß die paritätische Mitbestimmung ein Allheilmittel gegen die politische Macht der Unternehmer sein könnte. Wir sollten über dieser Forderung als Nahziel nicht die des DGB-Grundsatzprogramms vergessen, die derzeit von vielen als Utopie abgetan wird, die durch weitere permanente Bewußtseinsbildung aber eine Massenbasis erhalten muß. Ich spreche davon und ich bin der Überzeugung, daß die politische Macht der Konzerne, die unkontrollierte Herrschaft über Arbeitnehmer letztlich nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — der Grundstoffindustrien und der Banken — wirklich beseitigt werden kann...

An dieser Stelle, so meine ich, ist am heutigen Tag eine deutliche Warnung angebracht. Im Zusammenhang mit vielerlei Aufrufen zur politischen Geschlossenheit scheint es einige Politiker zu geben, die dies als Auftakt zur Hexenjagd zu begreifen scheinen. Einer davon hat, so ist im „Spiegel“ zu lesen, die Meinung geäußert, daß z. B. die Forderung nach der Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten abartig und eine Spielart des diktatorischen Sozialismus sei. Wer das tut und für richtig hält, der soll sich gefälligst darüber klar sein, daß er nicht nur in sehr dümmlicher Form Jusos verteuert, sondern, daß er auch die gesamte Gewerkschaftsbewegung in diese Verteufelung einbezieht; denn gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung durch diese apostrophierten Wirtschafts- und Sozialräte, das ist eine tragende gewerkschaftliche Forderung. Wer diese als abartig bezeichnet, soll gefälligst aufhören zu behaupten, daß er eine Politik für Arbeitnehmerinteressen betreiben wolle...

Man hat mir gesagt, ich solle heute hier auch deshalb sprechen, weil die ÖTV bisher als einzige Organisation im Tarifkampf dieses Jahres einen Arbeitskampf geführt habe. Wenn dem so ist, dann darf ich auch sagen, daß dies ein Arbeitskampf war, der nicht nur gegen öffentliche Arbeitgeber und gegen die gemachte öffentliche Meinung, sondern auch gegen fast die gesamte politische Prominenz dieses Landes geführt werden mußte, der von dieser politischen Prominenz zu einem „Sozusagen“-Konflikt mit dem Staat hochstilisiert wurde und den man hier und dort sogar versuchte zu kriminalisieren. Ein völlig normaler Vorgang — nämlich der berechnete Streik von Arbeitnehmern — wurde in nicht wenigen Fällen zur gezielten Stimmungsmache gegen eben diese Arbeitnehmer benutzt...

Dieser Arbeitskampf wurde nicht nur um mehr Lohn geführt. Es ging nicht zuletzt um die Erhaltung der Tarifautonomie. Und insofern war dies auch ein Abwehrkampf, den die Mitglieder der ÖTV zugleich auch für die Kollegen anderer Bereiche geführt haben. Die massive politische Beeinflussung, das böse Wort von der angeblichen Staatskrise, das „nicht mehr als 10 Prozent“ — die betroffenen Arbeitnehmer werden noch lange Zeit brauchen, um — wenn überhaupt — dies zu vergessen. Wenn jetzt noch Überlegungen angestellt werden, wie man Gewerkschaften, die gestreikt haben, zähmen kann, dann ist das nicht mehr und nicht weniger der Versuch, für drei Millionen Arbeitnehmer die Tarifautonomie aufzuheben und damit Arbeitnehmerrechte zu beschneiden. Dagegen müssen wir alle solidarische Front machen; denn was hier heute gegebenfalls die Kollegen des öffentlichen Dienstleistungsreiches trifft, das kann morgen sehr schnell alle Gewerkschaften, alle Arbeitnehmer, treffen.

Willy Brandt, Vorsitzender der SPD:

Es gibt wirtschaftliche Sorgen, und ich will sie nicht aus der Welt reden. Aber es kann auch nicht meine Aufgabe sein, falschen Stimmungen nachzugehen. Nicht mit Angst, sondern mit Vernunft soll dieses Land regiert werden. Wie sieht es wirklich aus?

Die Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig die größte Handelsnation der Welt. Unsere Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt. Die Preissteigerungen liegen bei uns niedriger als in allen vergleichbaren Ländern. Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist bei uns größer als in anderen Ländern. Unsere Stabilitätspolitik hat nur bedingte Erfolge erzielen können. Und zwar aus Gründen, die Sie alle kennen, auch wenn sie oft verzerrt dargestellt werden. Aber diese Politik ist jedenfalls nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer geführt worden.

Wir sind nun einmal von der Außenwelt besonders abhängig — auch von der weltweiten Inflation. Die Importe — auf die wir angewiesen sind — haben sich im vergangenen Jahr um 35 Prozent verteuert. Allein die Mehrkosten für dieselbe Menge Öl, die wir 1973 verbrauchten, betragen in diesem Jahr an die 20 Milliarden Mark. Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur bringen Härten. Sie sind nicht immer rasch genug auszugleichen. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, den betroffenen Branchen und Regionen konkrete Entlastung zu bringen. Manchmal erwartet man von uns, daß wir alle Register auf einmal ziehen. Wir haben jedoch darauf zu achten, daß nicht das Ganze Schaden leidet...

Es tut mir leid, daß die Steuerreform — zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen — bis zur Jahreswende auf sich warten lassen muß; wir werden sie dann immerhin ein ganzes Jahr vorgezogen haben. Auf dem Gebiet der Vermögenspolitik hoffen wir, einen grundsätzlich neuen Schritt tun zu können.

Was die Mitbestimmung angeht, so muß zunächst einmal folgendes gesagt werden: Die von mir geführte Bundesregierung ist die erste, die diese Frage mit dem Willen zur Lösung auf den Weg gebracht hat. Unser Gesetzentwurf hat auf gewerkschaftlicher Seite mehr Tadel als Lob geerntet. Nun, die Kritiker aus dem Gewerkschaftslager sollten folgendes bedenken:

1. Die sozialliberale Koalition ist nach gründlicher Prüfung bis an die Grenzen des politischen Möglichen gegangen. Dennoch: alle sachliche Kritik wird, wie bisher, sorgfältig bedacht werden — natürlich auch im Stadium der parlamentarischen Beratung.
2. Die von uns vorgeschlagene Lösung ist auf die Zukunft ausgerichtet. Sie macht keine Türen zu, sondern eröffnet neue Chancen. Diese Chancen verantwortungsbewußt zu ergreifen — darin liegt wohl die eigentliche Aufgabe...

Wir sind im letzten Winter sicher und ohne große Störungen der Versorgung durch die Energiekrise gekommen. Unser Staat wird, wenn sich seine Bürger nicht verrückt machen lassen, genauso sicher über die möglichen Rohstoffkrisen weltweiten Umfangs hinwegkommen. Wir werden auch damit fertig. Das verlangt viel Anstrengung und Umsicht. Allerdings gilt es, den Sand fortzublasen, den unsachliche Polemiker unseren Bürgern in die Augen streuen. Wir werden, wie alle Industrienationen, gegen eine Verknappung der Rohstoffe Vorsorge treffen müssen.

Wir werden uns, zumal im europäischen Rahmen, auch stärker damit auseinanderzusetzen haben, wie ökonomischem Mißbrauch multinationaler Zusammenschlüsse begegnet werden kann, ohne den Fortschritt zu bremsen, den großräumige Organisationen darstellen können. Wir werden uns darauf einzurichten haben, daß die jährlichen Wachstumsraten der Produktion begrenzter sein werden — um so wichtiger wird dann die Frage des möglichst gerechten Anteils am Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Man kann — bei allem Bemühen um Gerechtigkeit — nicht mehr verteilen, als da ist.

Herbert Mies, Vorsitzender der DKP:

An diesem 1. Mai treten die Gebrechen des kapitalistischen Systems mit aller Deutlichkeit zutage. Trabende Inflation, Preis- und Mietwucher, rücksichtsloser Profitterror der Großkonzerne und Krisen in allen Bereichen der Wirtschaft, Politik, der Gesellschaft, der Moral. Und was die arbeitenden Menschen in unserem Lande bewegt, das bewegt die Arbeiter an der Seine wie in Turin, in London wie in den Schächten Asturiens. Überall in den kapitalistischen Ländern Europas wächst für die arbeitenden Menschen die Unsicherheit, greift die Existenzangst um sich. Die Regierungen beschwören die Einheit Westeuropas, und die Gegensätze zwischen ihnen wachsen. Sie beugen sich dem entwürdigenden Diktat aus Washington. Sie kennen kein Mittel, um der Inflation entgegenzuwirken. Nur in einer Frage sind sie sich einig: Im Abwälzen der Folgen der kapitalistischen Krisenerscheinungen auf die arbeitenden Menschen...

Schuld an den Preistreibern und an der ganzen krisenhaften Entwicklung in unserem Land sind die Gesetze des Kapitalismus, sind die großen Konzerne. Wer wie sie die Preise diktiert, Riesengewinne scheffelt, das arbeitende Volk und unsere Nation ausplündert, wer, wie die Öl- und Benzin-konzerne, erneut das Benzin verteuert — der verschaukelt nicht nur die einfachen Bürger unseres Landes, der begeht ein Verbrechen, ein Verbrechen am Volk. An den Arbeitern und Angestellten...

Die Interessen größerer Preisstabilität, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die nationalen Interessen erfordern: Die großen Erdölkonzerne müssen jetzt bei demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden. Die Macht des Großkapitals muß eingeschränkt werden. Das arbeitende Volk muß bestimmenden Einfluß im Betrieb, in der Wirtschaft und im Staat erringen. Dafür kämpft die DKP. Und wir wissen uns dabei in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Jawohl, wir Kommunisten verstehen uns als Systemveränderer. Und wenn in den anderen Parteien — so auch in der SPD — Systemveränderer keinen Platz haben, dann sagen wir ihnen: Kommt zu uns! Kommt zur DKP!

Für gesellschaftliche Veränderungen sind nicht die Bundestagsparteien. Nicht die CDU. Nicht die FDP. Und auch nicht die rechte Führung der SPD. Im Gegenteil. Sie alle verteidigen die sogenannte freie und soziale Marktwirtschaft. Aber diese großkapitalistische Marktwirtschaft ist nur frei für die Wirtschaftsmächtigen, frei für ihre Bereicherung, frei für ihren Herr-im-Hause-Standpunkt. Die Freiheit des Kapitals ist stets die Unfreiheit der Arbeit. Auf eine solche „freie und soziale Marktwirtschaft“ pfeifen wir. Einer solchen von Ungerechtigkeit, von Krisen, von Ausbeutung gekennzeichneten großkapitalistischen Wirtschaftsordnung setzen wir die Alternative einer demokratischen, einer sozialistischen, von der Allmacht des Großkapitals befreiten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entgegen...

Notwendig ist jetzt eine massive Stärkung der Massenkauflkraft. Notwendig sind Lohnerhöhungen. Notwendig ist eine Steuerentlastung der Arbeiter und Angestellten. Erforderlich sind Rentenerhöhungen, höhere Stipendien und Ausbildungssätze. Erforderlich ist der gesetzliche Preisstopp. Das Verbot jeglicher Kapitalflucht. Erforderlich ist die Ausweitung des Handels mit den sozialistischen Staaten. Unumgänglich ist der Ausbau des Bildungswesens, der Gesundheitsfürsorge, des Nahverkehrs, die Sanierung der Städte und Gemeinden. Unumgänglich und möglich ist die sofortige Kürzung der Rüstung um zunächst 15 Prozent, ist die Streichung der Subventionen für das Großkapital. Notwendig ist das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

Für die Durchsetzung dieser Notwendigkeiten und Erfordernisse sind wir bereit, mit allen politischen Kräften unseres Landes zusammenzuarbeiten und in Aktionseinheit mit Sozialdemokraten zu handeln.

Kluncker und Seibert besuchten die DDR

Ende März 1974 weilten die Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV und der Gewerkschaft der Eisenbahner, Heinz Kluncker und Philipp Seibert, mit Delegationen ihrer Hauptvorstände auf Einladung der jeweiligen Gewerkschaften des FDGB in der DDR. Mit ihren Gesprächspartnern gemeinsam unterzeichneten die Delegationen je eine „vereinbarte Mitteilung“ über ihren Aufenthalt in der DDR, die wir im Wortlaut veröffentlichen. In der Gewerkschaftspresse der BRD wurden diese Dokumente entweder gar nicht oder nur teilweise bekanntgemacht. So fehlt zum Beispiel im „Deutschen Eisenbahner“ Nr. 7/74 die Begrüßung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz.

Erklärung über den ÖTV-Besuch: Meinungsaustausch wird fortgesetzt

Auf Einladung der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft im FDGB weilte in der Zeit vom 27. 3. bis 1. 4. 1974 eine Delegation des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im DGB, der der Vorsitzende, Heinz Kluncker, und weitere Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes angehörten, zu einem Informations- und Studienbesuch in der Hauptstadt der DDR, in Berlin.

Die Delegation der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hatte Gelegenheit, die gewerkschaftlichen Rechte der Werktätigen und die Tätigkeit der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft in der DDR kennenzulernen. Sie besuchte in Berlin den VEB Straßenreinigung und Müllabfuhr, machte sich mit den sozialen und kulturellen Einrichtungen dieses Betriebes vertraut und informierte sich über die Lehrlingsausbildung sowie die Erwachsenenqualifizierung. Darüber hinaus gab es Begegnungen mit Werktätigen in der Betriebspoliklinik des VEB EAW Trepow und des Omnibusbahnhofs Berlin-Weißensee sowie in der LPG „1. Mai“, Wartenberg.

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke, empfing den Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV zu einem Gespräch. Weiterhin hatte die Delegation der Gewerkschaft ÖTV die Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit der Vorsitzenden der Gewerkschaft Gesundheitswesen, Kollegin Dr. Gerboth, und mit dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Transport und Nachrichtenwesen, Kollegen Iffländer, und weiteren leitenden Funktionären dieser Gewerkschaft.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft im FDGB, Heinz Bartsch, informierte die Gäste über die Tätigkeit der Gewerkschaften beim sozialistischen Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht in der DDR. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im DGB, Heinz Kluncker, gab Informationen über die Arbeit seiner Organisation in der Bundesrepublik.

Die Gespräche fanden in einer offenen und sachlichen Atmosphäre statt. Beide Seiten sprachen sich im Interesse der Arbeiterbewegung für normale, gleichberechtigte Beziehungen, wie sie international üblich sind, zwischen ihren Organisationen aus. Ausgehend von den Interessen der arbeitenden Menschen an Frieden und Sicherheit und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen halten beide Organisationen die Normalisierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften, die in unterschiedlichen sozialen Systemen die Interessen der Arbeiter vertreten, für möglich und notwendig.

Im Meinungsaustausch zu internationalen Fragen heben sie die große Rolle, die das europäische Vertragswerk für Ent-

spannung und Zusammenarbeit spielt, hervor. Der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD und die im vergangenen Jahr erfolgte Aufnahme der DDR und der BRD in die Vereinten Nationen haben zur Festigung des Friedens in Europa beigetragen.

Beide Seiten verurteilen den Putsch der Militärjunta gegen die verfassungsmäßig gewählte Regierung der Volkseinheit Chiles und die Ermordung des Präsidenten Salvador Allende. Sie fordern die sofortige Einstellung der blutigen Repressalien, die Freilassung der eingekerkerten chilenischen Patrioten und die Aufhebung des Verbots der Tätigkeit des einheitlichen Gewerkschaftszentrums der Werktätigen Chiles.

In den Gesprächen wurde Übereinstimmung über die nächsten Schritte zur weiteren Normalisierung der Beziehungen erzielt. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft im FDGB nahm die Einladung zur Fortsetzung des Informationsaustausches in der Bundesrepublik an. Es wurde vereinbart, Jugenddelegationen der Jugendausschüsse beider Seiten zum Studium der Bildungsarbeit, insbesondere der Berufsausbildung, auszutauschen. Die Termine dazu werden noch gegenseitig vereinbart. Desweiteren wurde Übereinstimmung erzielt, ständig Informationsmaterial zwischen dem Zentralvorstand und dem Hauptvorstand auszutauschen.

gez. Heinz Kluncker gez. Heinz Bartsch

Seibert und Iffländer: Europäische Gewerkschaftskonferenz:

Auf Einladung des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen im FDGB weilte in der Zeit vom 21. bis 23. März 1974 eine Delegation des Hauptvorstandes der Gewerkschaft der Eisenbahner der BRD im DGB, unter Leitung ihres Vorsitzenden, Kollegen Philipp Seibert, in der DDR. Die Delegation hatte Gelegenheit, sich über die Rolle und Aufgaben der IG Transport- und Nachrichtenwesen im FDGB der DDR zu informieren. Sie besuchte den Bahnhof Dresden-Friedrichstadt, die Hochschule für Verkehrswesen und besichtigte soziale und kulturelle Einrichtungen sowie einige Sehenswürdigkeiten des geistig-kulturellen Lebens der Stadt Dresden und der Hauptstadt der DDR, Berlin.

Der amtierende Vorsitzende des ZV der IG Transport- und Nachrichtenwesen, Kollege Karl Kalauch, informierte die Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner der BRD im DGB über die Tätigkeit der Industriegewerkschaft in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, speziell im Bereich der Deutschen Reichsbahn. An die Information schloß sich ein gegenseitig interessierender Meinungsaustausch an. Die Gespräche fanden in einer offenen und sachlichen Atmosphäre statt.

Die Vertreter beider Gewerkschaften ließen sich davon leiten, normale Beziehungen zwischen den beiden Organisationen herzustellen, wie sie zwischen Gewerkschaften international üblich und im Interesse der Arbeiterbewegung nützlich sind. Beide Seiten kamen überein, sich über gegenseitig interessierende Probleme der Gewerkschaftsarbeit zu informieren und gewerkschaftliche Publikationen auszutauschen.

Eine vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner der BRD, Seibert, ausgesprochene Einladung zu einem Gegenbesuch in die BRD wurde für das Jahr 1975 vom Vorsitzenden des ZV der IG Transport- und Nachrichtenwesen, Kollegen Karl Iffländer, angenommen. Eine Delegation des Jugendausschusses der Gewerkschaft der Eisenbahner der BRD im DGB wurde zu einem Besuch in die DDR eingeladen. Der Termin wird zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart.

Im Meinungsaustausch zu internationalen Fragen sprachen sich die Vertreter beider Gewerkschaftsorganisationen dafür aus, weiterhin ihren gewerkschaftlichen Beitrag zur Festigung des Friedens, der Sicherheit und der Entspannung in Europa zu leisten. Sie begrüßen das für Oktober 1974 in der BRD vorgesehene internationale Seminar der Eisenbahnergewerkschaften und unterstützen die Vorbereitung und Durchführung

einer europäischen Gewerkschaftskonferenz noch im Jahre 1974, wie es im Genfer Treffen europäischer Gewerkschaftsführer vorgeschlagen wurde.

Die Ergebnisse des Meinungsaustausches der Vertreter des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen mit den Vertretern der Gewerkschaft der Eisenbahner der BRD im DGB haben gezeigt, daß die Gespräche nützlich waren und normale Beziehungen zwischen beiden Gewerkschaftsorganisationen möglich sind.

gez. Ph. Seibert, Vorsitzender gez. K. Iffländer, Vorsitzender

Stahlkonferenz der DKP: Konzerne verstaatlichen

Otto Meyerling, Betriebsrat im Hoesch-Konzern, beschäftigte sich auf der 2. Stahlarbeiterkonferenz der DKP am 7. April 1974 in Dortmund mit der wirtschaftlichen Lage, den Konzentrationsvorgängen und den Forderungen der Lohnabhängigen in diesem Industriezweig. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Referat (vgl. auch S. 10):

Die Roheisen- und Rohstahlproduktion in der BRD läßt sich wie folgt charakterisieren: Die Eisen- und Stahlindustrie in der BRD erhöhte 1973 ihre Roheisenproduktion im Vergleich zum Vorjahr um 15,1 Prozent und die Rohstahlerzeugung um 13,3 Prozent. Die Roheisenproduktion lag 1973 mit 36,8 Millionen Tonnen um 4,8 Millionen Tonnen höher als im Jahre 1972. Die Rohstahlerzeugung stieg um 5,8 Millionen Tonnen auf den Rekordstand von 49,5 Millionen Tonnen. Innerhalb der europäischen Gemeinschaft steht die BRD als Stahlproduzent an erster Stelle. In der Welttrangliste nimmt sie weiterhin nach der Sowjetunion, den USA und Japan den vierten Platz ein.

Im Jahre 1970 wurden 45,04 Millionen Tonnen Stahl mit 228 954 Beschäftigten bei 343,8 Millionen verfahrenen Stunden erzielt. 1973 wurden 49,5 Millionen Tonnen Stahl mit nur 217 383 Beschäftigten bei 305,6 Millionen verfahrenen Stunden erzielt. Das heißt, gegenüber 1970 mit einer um 11 571 Personen reduzierten Belegschaft und 38,2 Millionen weniger Stunden, wurden 4,40 Millionen Tonnen Stahl mehr produziert. Somit stieg die Pro-Kopf-Leistung in diesem Zeitraum um 31,0 Tonnen oder 15,7 Prozent! Die Pro-Kopf-Leistung je verfahrenen Stunde aber stieg um 23 Prozent! Der äußerst hohe Produktivitätszuwachs und der Ausbeutungsgrad in der Stahlindustrie wird noch deutlicher, wenn man den Produktivitätszuwachs in der Industrie allgemein, der im letzten Jahr um 7 Prozent ausgewiesen wurde, gegenüberstellt.

Heute ist für jeden Stahlarbeiter und seine Familie deutlich und spürbar, daß die im Dezember 1973 erfolgte 11prozentige Lohnerhöhung unter Berücksichtigung der progressiven Steigerung aller Abzüge nicht ausreicht, um die weitere inflationäre Preisentwicklung aufzufangen. Wenn wir außerdem berücksichtigen, daß im Durchschnitt aller Stahlkonzerne im vergangenen Jahr die gesteigerte Leistung pro verfahrenen Stunde um 13,3 Prozent voll in die Unternehmerprofite eingeht, so war und ist die von vielen Arbeitern geäußerte Kritik zu diesem Lohnabschluß berechtigt.

Gegenwärtig ist auch in der BRD eine rasche Entwicklung von Konzernen zu internationalen Supermonopolen festzustellen. Zu den international strukturierten Industrie-Imperien gehört die wesentlich in der Eisen- und Stahlindustrie, der Stahlrohr-Produktion sowie im Bereich des Maschinenbaus und der Rüstungswirtschaft tätige Gruppierung Thyssen-Rhein Stahl-Mannesmann und der durch enge Kooperationsbeziehungen mit Thyssen verbundene Krupp-Konzern. Dazu gehört auch der 1972 durch die Fusion zwischen Hoesch und Hoogovens/Holland entstandene Stahlkonzern ESTEL. Während 1960 diese sechs Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie rund 56 Prozent des Umsatzes des gesamten Zweiges beherrschten, entfiel Anfang der 70er Jahre ein solcher Anteil auf nur drei Konzerne.

Die Konzentration und die ausschließliche der Profitwirtschaft dienende Strukturpolitik wie Rationalisierung, Stilllegungen und Betriebsverlagerungen, stellen für die betroffenen Belegschaften, ihre Familien und die Kommunen eine erhebliche Belastung dar. Zu den durch die Konzerne Klöckner, Mannesmann und Rhein Stahl verursachten Entlassungen und Arbeitsverlagerungen kommen neuerdings erhebliche Belastungen durch die Fusion Thyssen-Rhein Stahl auf uns zu. Etwa 11 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die DKP fordert für den Bereich Thyssen-Rhein Stahl:

- Die sofortige Zurücknahme aller bisher ausgesprochenen Kündigungen;
- vollständige Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse der Rationalisierungskommissionen;
- die Ausweitung der Mitbestimmung durch die Belegschaften und Gewerkschaften bei Investitionen, der Preis- und Gewinngestaltung, bei Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen;
- die Verstaatlichung der Stahlkonzerne entsprechend Artikel 26 und 27 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen und der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes. Die Konzerne sind einer öffentlichen demokratischen Kontrolle durch die Belegschaften und Gewerkschaften zu unterwerfen.

Zum Thema „Sozialpläne bei Betriebsstillegungen“ sagte O. Meyerling:

Sozialpläne, die nur – und oft auch auf Kosten der Steuerzahler – die Vernichtungspolitik der Konzerne stützen sollen, müssen zu echten Plänen der Absicherung der Arbeitsplätze werden. Als Kern sollten Sozialpläne vor allem die Absicherung der Arbeitsplätze durch rechtzeitige Investitionen und die Schaffung neuer Produktionsbereiche zum Inhalt haben. Wir sagen aus Erfahrung: Der beste Sozialplan ist der Erhalt der Arbeitsplätze!

Der Referent nahm auch zur Mitbestimmung Stellung:

Die Erfahrungen bei der Fusion zwischen Thyssen und Rhein Stahl, zwischen Mannesmann und DEMAG, berühren die Mitbestimmung. Die Tätigkeit der Rationalisierungskommissionen im Thyssen-Rhein Stahl-Bereich und die Entscheidung der beiden Vorstände zeigen, daß es nicht nur um die Anzahl von Aufsichtsratsmandaten geht, sondern vor allem um die Frage, worüber mitbestimmt werden kann. Wir meinen, es muß um eine Mitbestimmung gehen, die auf allen Ebenen die am Profit orientierten Entscheidungsbefugnisse des Großkapitals beschneidet und immer mehr einschränkt. Es geht um die Aufhebung der Schweigepflicht und Einführung der Rechenschaftspflicht und Abberufbarkeit der Arbeitnehmervertreter.

Es geht um eine Mitbestimmung, die die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen verbessert. Es geht nicht zuletzt auch darum, daß der Kampf für eine demokratische Mitbestimmung eng verbunden wird mit dem Ringen um antimonopolistische Reformen.

Die Verfassung bindet uns nicht an eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, die mit verschärfter Ausbeutung, zunehmender Inflation den alle Werte schaffenden Arbeitern und Angehörigen das Leben schwer macht, sondern gebietet, einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu schaffen. Wenn Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden muß, dann ist es verfassungsgemäß, wenn der Machtkonzentration des Großkapitals und seinem Machtmißbrauch ein Ende gesetzt wird.

In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung von NRW fordert die DKP, die wirtschaftliche und damit politische Machtkonzentration zu beenden, marktbeherrschende Unternehmen zu verstaatlichen und einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung der Arbeiter und Gewerkschaften zu unterstellen. Dazu gehören vor allem auch die Stahlgiganten Thyssen-Rhein Stahl, Mannesmann, Hoesch und Krupp.

Wir fordern Parität ohne Wenn und Aber

Inmitten der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst trat der Kampf um die paritätische Mitbestimmung in die entscheidende Phase, ordneten Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihre Kräfte für die Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag. Eines jedoch steht von vorneherein fest: Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf der Koalitionsparteien SPD und FDP ist nicht mehr allzuviel Staat zu machen...

Wer heute Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze hat, beansprucht zugleich die Herrschaft über arbeitende Menschen. Eigentum an Produktionsmitteln legitimiert jedoch nicht zur Herrschaft über Menschen. Herrschaft im Unternehmen wird erst legitim, wenn Arbeitnehmer und Anteilseigner auf gleichberechtigter Grundlage und in freier Entscheidung Ziele stecken, die von den Betroffenen getragen werden.

Der Bürger verlangt heute nach Mitbestimmung in der Politik, im gesellschaftlichen Leben, in den Kirchen, in Schulen, Betrieb und Unternehmen dürfen kein Naturschutzpark für Anteilseigner bleiben, deren Beauftragte nach freiem Ermessen über Arbeitnehmer verfügen. Unternehmenszweck und Unternehmensziele müssen mitbestimmt werden. Ungeachtet dessen versuchen die Unternehmer, durch Druck auf Parteien und Parlament, die paritätische Mitbestimmung abzuwehren oder zu verfälschen. Die Gewerkschaften lassen sich jedoch in ihrem Kampf für Demokratie in der Wirtschaft nicht beirren. Auch in Zukunft werden sie für die Durchsetzung ihrer Forderung nach paritätischer Mitbestimmung kämpfen.

Vor der Bundestagswahl 1972 haben die Gewerkschaften die Parteien gefragt: „Wie haltet ihr es mit der Mitbestimmung?“ Damals erklärten alle ihre Bereitschaft, den Arbeitnehmern mehr Mitbestimmung zu sichern. Heute erinnern wir die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien an ihre Zusage. Wir verlangen die Einlösung des Versprechens. Wir fordern die Parität ohne Wenn und Aber, ohne Hintertüren.

„ÖTV-Magazin“, Nr. 4, April 1974, Seite 4/5 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Gegen faule Kompromisse

In der Demokratie entscheidet die Mehrheit. Kommt sie nicht zustande — wie zum Beispiel nach den letzten Bundestagswahlen —, sucht der größere nach einem Partner und bildet eine Koalition. Wenn der kleinere Partner den großen erpreßt oder — freundlicher ausgedrückt — mit ständig neuen Forderungen unter Druck setzt, dann entscheidet letztlich eigentlich nicht mehr die Mehrheit, sondern eine Minderheit. Das erleben wir zur Zeit in Bonn im Zusammenhang mit der Diskussion um die Mitbestimmung...

STIMMEN AUS DER GEWERKSCHAFTSPRESSE

Unsere Haltung ist klar und läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Wir können und wollen nicht mit einem Gesetz leben, das den Anspruch auf gleichberechtigte Mitbestimmung nicht erfüllt. Das müssen Bundesregierung, Koalition und Parlament wissen. Auch wir akzeptieren, daß die Demokratie ohne Kompromisse nicht leben kann, aber diese müssen vertretbar sein. Der derzeitige Gesetzesentwurf zur Mitbestimmung ist nicht vertretbar. Deshalb müssen entscheidende Verbesserungen durchgesetzt werden, sonst ist es besser, jetzt lieber auf ein solches Gesetz zu verzichten.

Heinz Vietheer in „ausblick“, Nr. 4, April 1974, Seite 2 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Gewerkschaftsarbeit der DKP

Von den nicht im Bundestag vertretenen Parteien ist die DKP für die Gewerkschaften von größerer Bedeutung als andere Gruppierungen. Die DKP verfügt nämlich in vielen Betrieben — wenn auch stets in der Minderheit — über engagierte Vertreter, die zum Teil als Vertrauensleute und Betriebsräte tätig sind, doch auch in Ortsverwaltungen, auf Vertreterversammlungen und als Delegierte auf Gewerkschaftstagen mitarbeiten.

Die DKP ist im politischen Bereich bekanntlich ohne großen Einfluß, konzentriert sich auf die Interessenvertretung in den Betrieben und unterstützt viele gewerkschaftliche Forderungen, wie etwa die zur Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung, wobei sie abweichende Zielvorstellungen nicht immer offenlegt. Die DKP versucht, dieses Aktionsfeld im Betrieb zu halten, indem sie sich im allgemeinen an die Beschlüsse der Gewerkschaften hält...

Bei vielen betrieblichen Kollegen werden die DKP-orientierten Betriebsräte und Vertrauensleute deshalb geschätzt, weil sie sich meist sehr engagiert für die Belange der Beschäftigten einsetzen. Dabei konzentrieren sie sich oft sehr geschickt auf konkrete Mißstände, deren Abstellung von vielen Kollegen ohnehin gefordert wird, aber noch nicht durchgeführt werden konnte. Allerdings liegt dann die Durchführung der geforderten Maßnahmen beim gesamten Betriebsrat und nicht nur bei einzelnen seiner Mitglieder.

Man kann davon ausgehen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Beschäf-

tigten vor allem diesen Einsatz von DKP-Mitgliedern für die konkreten Probleme anerkennen. Das bedeutet nicht, daß die Beschäftigten gleichfalls die Motivation und den ideologischen Hintergrund für diesen Einsatz uneingeschränkt akzeptieren würden. Dies läßt sich durch ein Beispiel illustrieren: Ein DKP-Mitglied, das als langjähriger Betriebsratsvorsitzender bei den Beschäftigten eines größeren Unternehmens unangefochten und anerkannt war, erhielt bei seiner Kandidatur für den Bundestag nur eine Minderheit von Stimmen.

Gerhard Leminsky in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, April 1974, Seite 256 — Diskussionsorgan des DGB.

Ölkonzerne verschieben ihre Gewinne in die USA

Daß die Ölkonzerne uns geschröpft haben und weiterhin schröpfen, ist bekannt. Teilweise wurden sogar Zahlen über das Ausmaß vorgelegt. Unbekannt war bis heute jedoch die Schröpftechnik der Konzernherren. Das Kartellamt brachte es kürzlich an den Tag. Noch schmoren die Fahndungsergebnisse zwar in einem Geheimbericht beim Bundeswirtschaftsminister. Soviel aber drang bereits an die Öffentlichkeit:

Die ausländischen Muttergesellschaften der Konzerne hielten ihre Töchter in der Bundesrepublik mit Öllieferungen knapper als sonst. Die frei gewordenen Mengen wurden mit überhöhten Preisen und Gewinnen an sogenannte freie, nicht konzerngebundene Händler verkauft. Von da ging's weiter mit Gewinn und Aufpreis zum Verbraucher. Ergebnis: Die Ölbesse kassieren doppelt (bei Händlern und Töchtern), die Preise klettern dreifach (bei Mutter, Händler und Tochter).

Und nicht einmal Steuern erhält der deutsche Fiskus aus diesen prallen Kassen. Die Supergewinne sahen nämlich die Supermütter im Ausland ab. Beispiele:

Die Exxon (Muttergesellschaft der ESSO AG in Hamburg) kassierte im vergangenen Jahr rund 59 Prozent mehr Gewinn als 1972 (2,44 Milliarden Dollar gegenüber 1,53 Milliarden). Dieser Reibach entstand ganz überwiegend auf Märkten außerhalb der USA (also auch in der Bundesrepublik). Die deutsche ESSO AG aber arbeitet schon seit Jahren mit einem Gewinn pro Umsatz, der vom Pleitegeier stammen könnte. Bei über 28 Milliarden DM Umsatz wies die ESSO von 1968 bis 1972 zusammen ganze 60 Millionen DM Gewinne aus. Das sind 0,2 Prozent des Umsatzes. Bei der Muttergesellschaft Exxon waren es 8 Prozent des Umsatzes.

Hier wird geschoben und manipuliert. Hier muß das Außensteuergesetz angewendet werden. Das erlaubt, solche Geschäftemacher zu taxieren, sie auf ihren echten Gewinn hochzurechnen und entsprechend zu besteuern.

„Die Quelle“, Nr. 4, April 1974, Seite 148 — Funktionszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gewerkschaftsbarometer 1973: Politisierung der Arbeiterschaft

Alljährlich führt das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) im Auftrage des DGB eine repräsentative Umfrage über die Gewerkschaften und ihre Arbeit durch. Die Ergebnisse von 2000 im September und Oktober vergangenen Jahres befragten Einwohnern über 18 Jahre aus allen Schichten der Bevölkerung wurden jetzt als „Gewerkschaftsbarometer 1973“ veröffentlicht. Generell zeigt die Befragung einen gewissen Politisierungsprozeß der Arbeiter und Angestellten. So wird beispielsweise die CDU von einem großen Teil der Arbeiterschaft als eine „unternehmerfreundliche Partei mit gewerkschaftsfeindlicher Tendenz“ eingeschätzt.

Obwohl man Umfragen dieser Art nicht überschätzen sollte und sie auch kein Ersatz für die politische Aktivität der Gewerkschaften sein dürfen, geben sie jedoch interessante Rückschlüsse für die gewerkschaftliche Aufgabenstellung.

Von Bedeutung ist, daß eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (68 Prozent) die Gewerkschaften für „notwendig“ oder „sehr notwendig“ hält. Bei den Arbeitern und Angestellten liegt dieser Prozentsatz mit 78 Prozent noch wesentlich höher.

Beachtlich ist auch, daß 65 Prozent der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten die Gewerkschaften ebenfalls für notwendig oder sehr notwendig betrachten. Allerdings sollte man diesen Zustand nicht, wie Christian Götz in „Welt der Arbeit“ vom 22. März 1974 es tut, als „paradox“ bewerten, sondern daraus vielmehr die Aufgabenstellung ableiten, die noch nicht organisierten Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Bedenklich ist, daß bei der Befragung eine Mehrheit der Bevölkerung und auch der Lohn- und Gehaltsabhängigen, die Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor“ oder als „integrierte öffentliche Einrichtung“ bewertete. Bei dieser Antwort widerspiegelt sich die vom Großkapital gelenkte Meinungsmanipulation.

Hier ist Christian Götz beizupflichten, wenn er verlangt, den Inhalt der gewerkschaftlichen Politik so zu ändern, daß die breite Arbeiterschaft erkennt: Die vorrangige Aufgabe der Gewerkschaften ist es, „ein auf Solidarität angewiesener politischer Kampfverband“ zu sein.

Trotz der massiven Meinungsmanipulation durch das Großkapital werden bei den Arbeitern die Zusammenhänge doch besser erkannt, wo es um die materielle Lebenslage geht. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß 66 Prozent der Gesamtbevölkerung sich für

eine Preiskontrolle ausgesprochen haben, während nur 28 Prozent dagegen waren. Für die Lohnrunde 1974 forderte nach dieser Befragung eine Mehrheit der Gewerkschafter, „unnachgiebiger“ zu sein. Neben der Realloohnerhöhung verlangten die Arbeiter und Angestellten, übertarifliche Zulagen abzusichern (84 Prozent), vorgezogene Tarifverhandlungen einzuleiten und kürzere Laufzeiten der Verträge abzuschließen.

Bei der Umfrage wurde eine Prioritätenliste entsprechend der im DGB-Aktionsprogramm enthaltenen Forderungen und Ziele vorgelegt. Hierbei gab es zum Teil sehr überraschende Befragungsergebnisse. An erster Stelle steht bei der berufstätigen Bevölkerung der Umweltschutz (95 Prozent plädierten für wichtig bzw. sehr wichtig); an zweiter Stelle folgt ein gesicherter Arbeitsplatz und besserer Kündigungsschutz (94 Prozent); an dritter Stelle Herabsetzung des Rentenalters (89 Prozent). Bessere Berufsbildung und gleiche Bildungschancen folgen an vierter, besseres Miet- und Bodenrecht an fünfter, Abbau der Arbeitsbelastung an sechster Stelle, und erst an siebenter Position stehen höhere Löhne und Gehälter. Die zentrale Forderung nach Mitbestimmung erscheint, nach der Vermögensbildung, sogar erst an neunter und letzter Stelle.

Das widerspricht zu einem beachtlichen Teil den Umfrageergebnissen über die Tarifpolitik und liegt möglicherweise auch daran, in welcher Form die Fragen gestellt wurden. Beispielsweise kann man die Mitbestimmung nicht isoliert von den anderen Forderungen betrachten; so kann man eine bessere Berufsbildung ohne Mitbestimmung nicht durchsetzen.

Von großer Bedeutung sind die Antworten hinsichtlich der politischen Aktivität der Gewerkschaften. Knapp die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten und 51 Prozent der gewerkschaftlich organisierten bejahten die Frage, ob die Gewerkschaften mehr Druck als

bisher ausüben sollen, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Von denen, die diesen Standpunkt vertraten, waren 52 Prozent der Arbeiter und Angestellten und 66 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder „auf jeden Fall bereit, sich an Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks zu beteiligen“.

Aus diesen politischen Erkenntnissen zog der schon zitierte HBV-Sekretär Christian Götz („Welt der Arbeit“ vom 5. April 1974) eine Reihe von Schlußfolgerungen, die nur zu unterstützen sind. Götz schrieb u. a.: „Die Gewerkschaften sollten sich auch neben oder im Gegensatz zu den „Volksparteien“ dazu veranlaßt sehen, sich eindeutiger als bisher als legitimierte, autonome politische Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu verstehen und so zu handeln.“ Die gewachsene Einsicht in politische Zusammenhänge sollte „aufgegriffen und systematisch vorangetrieben werden“. Aus der größeren Bereitschaft, sich an gewerkschaftlichen Aktionen zu beteiligen, wird geschlußfolgert: „Wenn die Gewerkschaften den Politisierungsprozeß verstärken und diese Bereitschaft gezielt aufgreifen, besteht durchaus die Chance, Druck zur Realisierung gesellschaftlicher Reformen auszuüben.“

W.P.

IG-Metall hat mehr gewählte Vertrauensleute

Die Zahl der gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Bereich der IG Metall ist bei den Vertrauensleutewahlen 1973 um 17,6 Prozent auf 121 595 gegenüber der Wahl von 1970 angestiegen. Dies berichtete in der April-Ausgabe des „Gewerkschafters“, dem Funktionsorgan der IG Metall, das für die Vertrauensleutearbeit zuständige Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Lutz Dieckerhoff.

Das Endergebnis der Wahlen nennt die Zahl von 6087 Betrieben, in denen Vertrauensleutkörper der IG Metall gebildet wurden, das sind 604 Betriebe bzw. 11 Prozent mehr als 1970. In diesen Betrieben sind 3,5 Millionen Arbeiter und Angestellte tätig, von denen 51,3 Prozent Mitglied der IG Metall sind. Bei den Vertrauensleutewahlen 1973 sei die früher noch häufig praktizierte Berufung von Vertrauensleuten zurückgegangen, schreibt Dieckerhoff.

Wurden 1970 noch 27,4 Prozent der Vertrauensleute berufen, so waren es 1973 nur noch 10,4 Prozent. Von den Vertrauensleuten der IG Metall sind 82 Prozent Arbeiter und 18 Prozent Angestellte. Die Zahl der ausländischen Vertrauensleute stieg um 130 Prozent.

Angriff auf Einheitsgewerkschaft: Fristers Attacke auf DKP

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, schrieb in der April-Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Erziehung und Wissenschaft“ einen längeren Artikel unter dem Titel „Von der Grenze der Toleranz – Über die Notwendigkeit sich mit den Kommunisten in der GEW auseinanderzusetzen“. Erstmals hat sich ein Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft so ausführlich mit der Arbeit von DKP-Mitgliedern in der Gewerkschaft auseinandergesetzt. Aus der Anlage des Artikels geht hervor, daß er in seiner Wirkung nicht nur auf die GEW beschränkt sein soll.

Frister stützt sich auf ein vom GEW-Vorstand verabschiedetes Papier, über das die „Welt der Arbeit“ vom 5. April 1974 schrieb: „Der GEW-Vorstand stapelt tief, wenn er sein Strategiepapier als ‚Anmerkungen‘ verkauft. Er hat eine weit sichtbare Rauchbombe mit Sprengsatz gezündet.“

Unter dem Vorwand der Abgrenzung von kommunistischen Gruppen soll in der GEW ein neuer politischer Stil kreiert werden, soll die inhaltliche Auseinandersetzung über eine aktive Gewerkschaftspolitik offensichtlich unterbunden werden. Gegenüber dem Papier des Hauptvorstandes versucht Frister, den Abgrenzungsbeschuß auf Gewerkschaftsmitglieder auszudehnen, die der DKP angehören, d. h. auf Mitglieder, die auf dem Boden des DGB-Grundsatzprogramms, des DGB-Aktionsprogramms und gewerkschaftlicher Beschlüsse stehen.

Er gesteht ein, daß GEW-Mitglieder, die der DKP angehören, die Verfassung respektieren und ihre Arbeit auf dem Boden des Grundgesetzes durchführen. Er muß zugeben, daß sich die der DKP angehörenden GEW-Mitglieder im Interesse der GEW bewähren. Dann aber schreibt er: „Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei ihrer Respektierung des Grundgesetzes und ihrer Anerkennung gewerkschaftlicher Disziplin um zweckgerichtete Anpassungsvorgänge handelt, für die die Geschichte der kommunistischen Bewegungen eine Fülle von Beispielen liefert.“

Wenn es eine solche Fülle von Beispielen geben würde, erwartet der Leser, daß Frister wenigstens eines anführen würde. Aber nichts von alledem. Dabei wäre es für die GEW-Mitglieder sicherlich interessant gewesen von Frister zu erfahren, wie z. B. die Kommunisten Chiles die Verfassung nicht nur respektierten, sondern gegen die Faschisten verteidigten oder wie sie sich in den Gewerkschaften Italiens, Luxemburgs oder Schwedens bewähren, wie sie zu dem gemeinsamen Regierungsprogramm der Linksparteien in

Gewerkschaft steht, und kann es auch gar nicht, daß die Feindschaft zur Sowjetunion oder zur DDR Bedingung für die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft sei.

Dem aufmerksamen Leser fällt auf, daß Frister sich in seinem längeren Artikel nicht ein einziges Mal auf das DGB-Grundsatzprogramm bezieht. Als Grundlage seiner Attacken nimmt er die DGB-Satzung. Er beruft sich hierbei auf die Formulierung: „Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD.“ Dies sei die gemeinsame Grundauffassung.

Jedoch wird Frister nicht abstreiten können, daß dieser abstrakten Formulierung jeder Konzernherr, jeder Topmanager und jeder Funktionär der Unternehmerverbände zustimmen kann. Es ist in den Gewerkschaften weitgehend unbestritten, daß in diesem Lande zwischen dem Verfassungsauftrag und der Verfassungswirklichkeit eine tiefe Kluft besteht. Wie aber die Gesellschaft gestaltet werden soll, ist nicht in der DGB-Satzung, sondern im DGB-Grundsatzprogramm enthalten.

Durch seinen Trick, DGB-Satzung gegen DGB-Grundsatzprogramm ausspie-

DGB hat über 7 Millionen Mitglieder

Um 181 975 ist im vergangenen Jahr nach einer jetzt vom DGB veröffentlichten Statistik die Zahl der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften gestiegen. Danach hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund am 31. Dezember 1974 genau 7 167 523 Mitglieder, das ist der höchste Stand seit seiner Gründung. Der Zugang setzt sich zusammen aus 98 074 Arbeitern, 65 349 Angestellten und 18 552 Beamten; 64 496 sind Frauen und 104 088 Jugendliche. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen Gewerkschaften geht aus nachstehender Übersicht („Die Ouelle“, Nr. 4/74) hervor.

Gewerkschaften	1972	1973	Abnahme	Zunahme
IG Bau – Steine – Erden	520 879	522 157		1 278
IG Bergbau und Energie	380 831	377 589	3 242	
IG Chemie – Papier – Keramik	626 771	645 178		18 407
IG Druck und Papier	153 407	160 062		6 655
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	434 889	444 229		9 340
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	125 745	132 430		6 685
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	41 844	40 009	1 835	
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	191 071	210 038		18 967
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	130 805	134 817		4 012
Gewerkschaft Kunst	35 344	35 618		274
Gewerkschaft Leder	59 155	58 860	295	
IG Metall	2 354 975	2 460 697		105 722
Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten	249 668	251 879		2 211
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	997 771	997 771	–	–
Deutsche Postgewerkschaft	390 788	400 624		9 836
Gewerkschaft Textil – Bekleidung	291 605	295 565		3 960
Gesamt:	6 985 548	7 167 523	5 372	187 347
			Zugang:	181 975
				= 2,5 v.H.

len zu wollen, will er nun in der GEW Mitglieder zweierlei Rechts schaffen, Mitglieder, die Bundestagsparteien angehören und Mitglieder der DKP. Die Mitglieder der Bundestagsparteien, der DGB und seine Gewerkschaften wollten ihre politischen Ziele „innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung“ erreichen, schreibt Frister. Es ist jedoch eine Unterstellung, dem DGB zu unterstellen, daß er seine Ziele nur im Rahmen des Kapitalismus verwirklichen wolle, insbesondere bei Fortbestehen des uneingeschränkten Privateigentums an den Produktionsmitteln. In der Präambel der DGB-Grundsatzprogramms ist unzweideutig formuliert, daß mit der Mitbestimmung die demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden soll. Die grundlegenden gewerkschaftlichen Ziele sind im Rahmen der bestehenden und wiederhergestellten Besitz- und Machtverhältnisse nicht zu verwirklichen.

Fristers Auslegung des Grundgesetzes, daß die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln identisch sei, ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt unhaltbar. Der DGB fordert, in völliger Übereinstimmung mit Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, die Überführung der Schlüsselindustrien sowie der markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Wenn ein Gewerkschafter nicht mehr für die grundlegende Änderung der Gesellschaft, d. h. für den Sozialismus eintreten darf, dann werden morgen Rüdiger Offergeld und die Jungsozialisten auch durch Funktionäre wie Frister „abgegrenzt“ werden.

Den DKP-Mitgliedern unterstellt Frister, daß sie durch die Gewerkschaftsarbeit „die Unfähigkeit des bestehenden Systems unter Beweis zu stellen“ versuchen. Nun, wenn das System tatsächlich fähig wäre, den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen Rechnung zu tragen, dann könnte selbst die größte Beredsamkeit eines Kommunisten nicht das Gegenteil beweisen.

Frister behauptet, daß die Kommunisten versuchten, in den Gewerkschaften populäre Forderungen zu stellen, „die aber zumindest kurzfristig nicht durchsetzbar sind.“ Wenn die Gewerkschaften solche Forderungen übernehmen würden, meint Frister weiter, dann wäre die Erfolgslosigkeit unausbleiblich; Resignation breitete sich aus und Austritte folgten.

Auch hier bringt Frister, man erwartet es schon gar nicht mehr, nicht einen Beweis. Wie sehen denn solche Forderungen aus, von denen er spricht? Selbstverständlich muß die Gewerkschaft, vor allem in der Tarifpolitik solche Forderungen aufstellen, die bei voller Mobilisierung der Mitgliedschaft realisierbar sind, wenngleich oft der Zeitpunkt der Verwirklichung nicht im-

mer voraussehbar ist. So dauerte es Jahrzehnte bis der Achtstundentag durchgesetzt wurde.

Würde die Gewerkschaftsbewegung, vor allem aber im gesellschaftspolitischen Bereich, darauf verzichten, Forderungen aufzustellen, die kurzfristig nicht durchsetzbar sind, so würde sie sich selbst aufgeben. Dabei darf sie nicht außer acht lassen, sich über die nächsten Schritte Gedanken zu machen, die an die Realisierung solcher Forderungen heranzuführen. Frister hätte nachweisen müssen, daß dort, wo DKP-Mitglieder als Betriebsräte und Personalräte oder in anderen gewerkschaftlichen Funktionen wirken, der Organisationsgrad rückläufig sei. Aber dazu ist er nicht in der Lage, denn in der Regel ist es gerade umgekehrt.

Es klingt wie ein Witz, wenn Frister vorgibt, daß seine Kommunistenhatz, dieser Versuch der Übertragung des staatlichen Berufsverbots auf die Gewerkschaft, dazu beitragen würde, die GEW zu der großen Mehrheitsorganisation der Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler zu machen. Das ist jedoch Fristers großer Irrtum. Sein Kommunistenschreck wird Wasser auf die Mühlen der konservativen und reaktionären Organisationen im Bereich der Erziehung und Wissenschaft sein und wird zu deren Stärkung führen. Er ist ein Hindernis, daß die GEW zu der gewerkschaftlichen Kampforganisation wird, die in der Lage ist, die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten in diesem Bereich zu artikulieren und durchzusetzen.

Fristers Artikel ist in seinen Konsequenzen der schwerste Angriff auf die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften und die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft seit vielen Jahren. Seine Feststellung, daß es sich bei seinem Artikel keineswegs um eine „Aufforderung zur Hexenjagd“ und nicht um eine „pauschale Diffamierung eines Teiles unserer Kolleginnen und Kollegen“ handele, kann niemanden, der seinen Artikel gelesen hat, überzeugen.

Die Unternehmerverbände sind zu einem umfassenden Angriff auf die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen angetreten, sie wollen die Real-löhne einfrieren und senken. Die steuerliche Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten bricht alle Rekorde. In Hessen sollen große Teile der Lehrer gehaltlich zurückgestuft werden, bläst die CDU zum Sturm auf die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre und Deutsch. Probleme über Probleme.

Die von Frister in der GEW provozierte Auseinandersetzung kann dazu beitragen, daß diese Gewerkschaft von den Problemen abgelenkt wird, die ihren Mitgliedern auf den Nägeln brennen. Das wäre der schlechteste Dienst, den ein Gewerkschafter seiner Organisation leisten kann. Heinz Schäfer

PERSONALIEN

Gerd Muhr, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vollendete am 11. April 1974 sein 50. Lebensjahr. Muhr wurde 1969 vom 8. ordentlichen DGB-Bundeskongreß in München zum stellvertretenden Vorsitzenden des DGB gewählt. Seit 1949 ist Muhr, der Mechaniker gelernt hatte, in der Gewerkschaftsbewegung hauptamtlich tätig. Ab 1963 war er geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der IG Metall.

Eugen Stotz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, verantwortlich für die Presseorgane der Gewerkschaft, stellte in einer HV-Sitzung im April den Antrag, die Monatszeitschrift für Journalisten, „die feder“, einzustellen. Stotz, der im allgemeinen rechte Positionen vertritt, liegt seit vielen Monaten mit der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier in Fehde, da ihm deren Kurs zu „links“ erscheint. Jedoch, nicht dies sagte er in der Begründung seines vom Hauptvorstand schließlich abgelehnten Antrags, sondern, die dju sei nunmehr so nahtlos in die IG Druck und Papier integriert, daß für sie kein Organ mehr notwendig sei.

Günter Tolusch, bisher 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Köln der IG Metall, ist vom Vorstand der IGM nach im März erfolgter Beurlaubung jetzt fristlos aus seiner Funktion entlassen worden. Ebenso wurden sein Stellvertreter Heinz Wientgen und der Kassierer Erich Wengenroth fristlos entlassen. Außerdem will der Vorstand gegen sie ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens einleiten, das auch auf die ehrenamtlichen Revisoren Benno Feckler, Arnold Morlo und Friedrich Keck erstreckt werden soll. Der Vorstand begründet seine Maßnahmen mit einer angeblich nicht sachgemäßen Verwendung von rund 300 000 DM, wobei er ausdrücklich feststellt, daß in keiner Weise von persönlicher Bereicherung die Rede sein kann.

„Mit aller Entschiedenheit“ hat seinerseits Tolusch in einer Presseerklärung die Vorwürfe zurückgewiesen und auf die satzungsmäßige Zuständigkeit des Kassierers in Finanzfragen verwiesen. Der Vorstand der IG Metall habe seine schriftliche Rechtfertigung nicht abgewartet, sagte Tolusch, und kündigte gerichtliche Schritte an, um die „unhaltbaren Verdächtigungen“ klären zu lassen. Er sieht in der fristlosen Entlassung die Absicht des Vorstandes, ihn als entschiedenen Vertreter der betriebsnahen Bildungs- und Tarifpolitik und damit die „Verwaltungsstelle Köln als Motor dieser gewerkschaftlichen Richtung“ auf dem Gewerkschaftstag im September 1974 auszuschalten.

Satzungsentwurf der IG Metall mit einigen Fragwürdigkeiten

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden beschloß 1971, eine Kommission zur Überarbeitung der Satzung zu bilden. Diese Kommission hat nun ihren Vorschlag vorgelegt. Der Kommission gehörten die Mitglieder der Satzungskommentierungs-Kommission an, alle ohne Ausnahme hauptamtlich, und die in den Bezirken gewählten Mitglieder — wiederum alle, bis auf einen, 1. und 2. Bevollmächtigte der IG Metall.

Aus der Satzung entfernt werden sollen einige Relikte der Vergangenheit, die der Periode des kalten Krieges geschuldet waren. So soll die Formulierung gestrichen werden, daß die IG Metall „eine das ganze Deutschland umfassende Industriegewerkschaft Metall“ erstrebt. Dasselbe trifft zu auf die Zusammenarbeit mit „den internationalen freien Gewerkschaften“, wobei hierunter die Gewerkschaften verstanden werden, die dem IBFG angehören. Diese Formulierung stand im Widerspruch zu den aufgenommenen Kontakten mit den dem WGB angehörenden Gewerkschaften sozialistischer Länder.

Neu aufgenommen werden soll nach den Vorschlägen der Kommission in § 2 — „Aufgaben und Ziele der IG Metall“ — die Formulierung: „Sicherung der rechtlichen Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit, insbesondere durch Verbot der Aussperrung.“ Hier flossen die Ergebnisse der Münchener Konferenz „Streik und Aussperrung“ ein. An dieser Stelle soll auch eingeordnet werden die Forderung „Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und der Maßnahmen der Arbeitssicherheit zum stärkeren Schutz der Arbeitnehmer.“

Große Diskussion wird sicherlich in der IG Metall die vorgeschlagene Streichung der „Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit“ auslösen. Sie soll ersatzlos erfolgen, denn die eingesparten Mittel sollen weder dazu benutzt werden, die Streikunterstützung noch andere Unterstützungsarten zu verbessern. Es ist aber vom gewerkschaftspolitischen Standpunkt außerordentlich fragwürdig, freiwerdende Mittel allein zur Finanzierung des immer aufwendigeren Gewerkschaftsapparates einzusetzen, anstatt die Verantwortlichkeit nach unten zu delegieren.

Es fällt auf, daß wesentliche Forderungen, die schon seit Jahren in der IG Metall diskutiert werden, wenn es nach den Vorstellungen der Kommission zur Überarbeitung der Satzung gehen würde, nicht in die Satzung aufgenommen werden sollen. Es handelt sich hier vor allem um Forderungen, die auf eine

stärkere Demokratisierung der IG Metall hinauslaufen und eine stärkere Berücksichtigung der Mitgliedschaft bei der Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Politik beinhalten, insbesondere die satzungsmäßige Verankerung der Rechte der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und die Wahl der Bezirksleiter durch die Bezirkskonferenzen.

Nach den Vorstellungen der Kommission soll der Organisationsaufbau und die Organisationsstruktur nach wie vor mit den Verwaltungsstellen und den Ortsverwaltungen beginnen. Sie sollen damit weiterhin die Grundorganisationen der IG Metall sein, ausgestattet mit satzungsmäßigen Rechten und Pflichten, obwohl die durchschnittliche Größe der Verwaltungsstellen, auch infolge von Zusammenlegungen, in den letzten Jahren nicht unbedeutend wuchs. Es gibt Verwaltungsstellen, wie z. B. Stuttgart, die 100 000 Mitglieder haben. Hinsichtlich der Arbeit der Vertrauensleute sind in der Satzung nur geringfügige Korrekturen vorgesehen, die aber am Wesen der Sache nichts ändern.

Heißt es in der noch gültigen Satzung in § 14 zu den Aufgaben der Ortsverwaltung: „Bildung von Vertrauenskörpern in den Betrieben nach den Richtlinien des Vorstandes“, so soll es künftig lauten: „Die Ortsverwaltung hat zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben, zur Beratung der Mitgliedschaft und im Hinblick auf die Verwirklichung der Aufgaben und Ziele der IG Metall nach den Richtlinien des Vorstandes Vertrauenskörper zu bilden und ein entsprechendes Tätigwerden der Vertrauensleute sicherzustellen.“

Wie schon auf der Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder 1973 in Travemünde sichtbar wurde, denkt der Vorstand der IG Metall nicht daran, die Vertrauenskörper zu unterstützen gewerkschaftlichen Satzungsorganen werden zu lassen.

Unverändert soll der § 16 bleiben. In ihm heißt es: „Die Bezirksleiter sind in den Bezirken die Beauftragten des Vorstandes nach dessen Weisung sie ihre

Tätigkeit ausüben.“ Diese Regelung hat absolutistische Züge, zumindest sind sie Ausdruck einer Überzentralisierung, der Steuerung einer großen Organisation von einer Zentrale aus, ohne den Mitgliedern auf allen Ebenen der Organisation die Möglichkeit einzuräumen, ihre Funktionäre selbst zu wählen.

Auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag hatten 18 Verwaltungsstellen in Anträgen gefordert, den Bezirksleiter durch die Bezirkskonferenz wählen zu lassen. Zwei Verwaltungsstellen forderten die Wahl der Bezirksleiter durch den Gewerkschaftstag, und eine Verwaltungsstelle sah ein Vorschlagsrecht des Vorstandes für die Bezirksleiter vor sowie ein Bestätigungsrecht der Bezirkskonferenz.

Von alledem ist in dem Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Satzung nichts zu finden. Auch die Vorschläge, bei Streikurabstimmung die Marke von 75 Prozent herabzusetzen, wurden nicht berücksichtigt.

Es kann geschlußfolgert werden, daß der von weiten Kreisen der Mitgliedschaft geforderte Prozeß zur weiteren Entwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht eingeleitet werden soll. Die Machtfülle des Vorstandes soll weiterhin unangetastet bleiben. In die Satzung sollen des weiteren, vor allem im Hinblick auf Eintritt, Ausschluß und Übertritt, einige Bestimmungen aufgenommen werden, die sehr unbestimmt formuliert und nach verschiedenen Seiten auslegbar sind. Sie bergen die Gefahr in sich, daß sie zu Zuchtruten gegenüber dem Vorstand ungeliebten Mitgliedern werden können.

So sollen in die Gewerkschaft nicht aufgenommen werden dürfen — nicht nur wie bisher — Personen, die Mitglied einer gegnerischen Organisation sind, sondern „Personen, die Vereinigungen angehören oder unterstützen, deren Handlungen und Aktionen gewerkschaftsfeindlich sind“. Mit dieser Formulierung kann der Willkür Tür und Tor geöffnet werden.

Auch beim Übertritt von Mitgliedern aus einer anderen DGB-Gewerkschaft, der wie bisher vom Vorstand zu bestätigen ist, soll dieser jetzt abgelehnt werden können, „wenn dies im Interesse der IG Metall notwendig erscheint“.

Bisher sah die Satzung vor, daß ein Ausschluß von Mitgliedern ohne Untersuchungsverfahren erfolgen kann, wenn die Betreffenden einer gegnerischen Organisation angehören und „aus dieser trotz schriftlicher Aufforderung durch den Vorstand oder die Ortsverwaltung ihrer Verwaltungsstelle nicht austreten“. Diese Aufforderung soll jetzt entfallen und der Ausschluß schon möglich sein, „wenn sie einer gegnerischen Organisation angehören

IGM-Bezirkskonferenzen: Macht der Konzerne brechen

In Vorbereitung des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall (September 1974) fanden in allen Bezirken in der Zeit vom 4. April bis zum 15. Mai die Bezirkskonferenzen unter dem Motto „Gegen Unternehmerwillkür — für mehr Demokratie“ statt. Auf den Konferenzen artikulierten viele Gewerkschafter ihre Enttäuschung und Unzufriedenheit hinsichtlich der tarif-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklung. Alle Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall traten als Referenten auf.

Es fiel auf, daß die Vorstandsmitglieder nach einem einheitlichen, offenbar vorher festgelegten Konzept sprachen: Gegen die Kritik an Art und Durchführung und Ergebnis der letzten Lohnrunde wurde der angebliche Erfolg betont. Zwar wurden berechtigterweise Unternehmerverbände und Konzerne wegen ihrer rigorosen Preispolitik, ihres wirtschaftlichen Zweckpessimismus, der inszenierten „Ölkrise“ und wegen ihrer Gegnerschaft zur Mitbestimmung sowie zu jeglichen Ansätzen einer Reformpolitik nachhaltig angegriffen; jedoch die klägliche Rolle der SPD/FDP-Regierung in all diesen Fragen fand bestenfalls Erwähnung in dezenten Ermahnungen. FDP-Minister wurden auch schon mal hart angeknufft.

Auf der Konferenz des Bezirks Hamburg — am 26. April in Bremerhaven — ging der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer auch auf „Veränderungen der politischen Landschaft“ ein, die ihm von tiefergehender Verunsicherung der Wähler der sozial-liberalen Koalition geprägt „zu sein scheint“. Loderer sieht

offensichtlich die zutreffenden Gründe dafür in der Tatsache, daß die Handlungen und Unterlassungen der Bundesregierung nur allzu oft mit den Interessen der Monopole übereinstimmen, wie sich das überdeutlich in Fragen der Preispolitik und der Mitbestimmung zeigt.

Eugen Loderer formulierte solche Erkenntnis anders und kleidete sie in die Form einer Ermahnung: Die Bundesregierung müsse klar herausstellen, daß es Gruppen und Schichten gebe, die mächtiger sind als die demokratisch gewählten Verantwortlichen in der Politik. Sie müsse von der Unternehmermacht reden und gegen sie angehen, wenn sie nicht eine Suppe auslöffeln solle, die andere eingebrockt haben. Dem umfassenden Machtanspruch des Kapitals, sagte Loderer, müßten die Interessen der arbeitenden Menschen Grenzen setzen. Das Gebot der Stunde heiße: „Kampf der Unternehmerrmacht, Kampf für die Demokratisierung aller Lebensbereiche!“

Doch Willy Brandt ist kein Allende und kein Mitterand — er ist nur Willy Brandt, der Jusos schon aus der Partei feuern will, wenn sie von Monopolmacht und Verstaatlichung reden. Darum werden die Gewerkschaften sich in diesem notwendigen Kampf, wie Loderer ihn beschrieb, ihre Verbündeten unter den einfachen Mitgliedern der SPD und in der DKP suchen müssen.

Einen wichtigen Aspekt erwähnte der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, auf der Bezirkskonferenz des Bezirks Hagen. Die Bundesregierung dürfe sich nicht darauf beschränken, „das Inflationsproblem mit wohlgesetzten Worten herunterzuspielen“. An der Preisfront müsse man nötigerweise „Tabus der Marktwirtschaft“ durchbrechen, sagte Mayr. Preiskontrollen seien gewiß kein Allheilmittel, aber sie seien ein „Instrument der Notwehr gegen unternehmerische Raffgier“. Er regte an, durch Verpflichtung der Unternehmer zur Offenlegung der Preiskalkulation jenen Begründungszwang herzustellen, der

heute weitgehend fehle. Mayr und andere Vorstandsredner auf den Bezirkskonferenzen versäumten nicht den Hinweis auf noch stärkere Preissteigerungen in anderen Ländern — die zur Zeit beliebteste Form, Ohnmacht und Inkonsequenz der Regierung gegenüber den Konzernen zu entschuldigen.

Loderer, Mayr, Benz und andere Vorstandsmitglieder verlangten als Maßnahmen gegen die Macht der multinationalen Konzerne die Einführung „neuer und verbesserter Kontroll- und Lenkungsformen auf staatlicher und supranationaler Ebene“; so Benz in Dinslaken auf der Bezirkskonferenz der IGM Essen. Niemand von den Vorstandsrednern forderte — entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm und in Übereinstimmung mit den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes — die Überführung der marktbeherrschenden Konzerne in Gemeineigentum. Diese Forderung wurde dagegen von zahlreichen Diskussionsrednern vertreten.

Die Bezirkskonferenzen forderten übereinstimmend die Verabschiedung eines Mitbestimmungsgesetzes, das echte Parität vorsieht. „Wenn der Innenminister die Parität in der Mitbestimmung als möglicherweise verfassungswidrig apostrophiert, dann ist für uns die Reizschwelle überschritten“, sagte Karl-Heinz Janzen auf der Bezirkskonferenz des IGM-Bezirks Köln in Stolberg. Diese Auslegung des Grundgesetzes und des Eigentumsbegriffs durch Genscher bedeute eine mehr als bewußte Verfälschung der Verfassung. Die Konferenz beschloß Anträge zur Tarifpolitik und forderte die Bundesregierung auf, sich für die Freilassung politischer Häftlinge in Chile einzusetzen.

Auf der Konferenz des Bezirks Münster beschlossen die Delegierten fünf Anträge; so soll der Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute verbessert werden, und die SPD wurde aufgefordert, ihr Versprechen zur Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung endlich einzulösen. Einstimmig verlangten auch die Delegierten des Bezirks Frankfurt in Hanau von den Regierungsparteien die Verwirklichung einer Mitbestimmung auf der Basis echter Parität.

Auf der Bezirkskonferenz des IGM-Bezirks München am 27. April in Rosenheim kritisierte Hans Preiss mit Schärfe die Äußerung des bayerischen DGB-Landesbezirksvorsitzenden Rothe, der empfohlen hatte, lieber einen CSU-Kandidaten als einen linken Sozialdemokraten oder Kommunisten zu wählen. Wer glaube, in einzelnen Kandidaten der CSU Freunde der Gewerkschaften entdeckt zu haben, sagte Preiss — ohne Rothe zu nennen —, der habe vergessen, daß die CSU keine Pluralität von Personen sei, sondern „die Speerspitze unserer unversöhnlichsten Gegner und der feste Stützpunkt aller arbeitfeindlichen Kräfte“.

GS/HP

NGG-Jugend fordert: Konzerne in Gemeineigentum

In Vorbereitung des 7. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) kamen am 29. und 30. März in Nürnberg 81 Delegierte zur 7. Bundesjugendkonferenz der NGG zusammen. Im Namen von fast 30 000 jugendlichen Mitgliedern forderte die Konferenz u. a. den Austritt der Gewerkschaften aus der konzertierten Aktion, die Aufhebung des Berufsverbotes und die Vergesellschaftung der marktbeherrschenden Konzerne. Sie entwickelte zahlreiche jugendspezifische Forderungen.

Im Geschäftsbericht wurde mitgeteilt, daß sich die Zahl der jugendlichen Mitglieder unter 25 Jahren von 25 171 im Jahre 1970 auf 28 863 im Jahre 1973 erhöht habe. Im gleichen Zeitraum verbesserte sich der Anteil der jugendlichen Mitglieder an der Gesamtorganisation von 10,5 auf 11,5 Prozent.

Besondere Aktivität entwickelte die NGG-Jugend bei der Bewegung für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz und im Kampf gegen die Mißstände in der beruflichen Bildung. Wie die Diskussion zeigte, werden selbst die unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe nicht eingehalten. Hier herrschen geradezu mittelalterliche Zustände.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung kritisierte die Bundesjugendkonferenz (BJK) den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz, „der in wesentlichen Punkten hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurückbleibt“. Insbesondere bemängelte die Konferenz, daß die Ruhepausen nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden und an Berufsschulungen keine generellen Freistellungen von der Arbeit erfolgen sollen, für das Gaststättengewerbe und für Bäckereien bezüglich der Nachtruhe Ausnahmegenehmigungen vorgesehen seien und die Urlaubsregelung nicht den Erfordernissen entspreche. Die Konferenz appellierte an die Bundestagsabgeordneten, dafür zu sorgen, daß die bemängelten Bestimmungen nicht Gesetz werden.

Die Vorstellungen der Bundesregierung für ein neues Berufsbildungsgesetz wurden ebenfalls kritisiert. In einer Entschließung setzten sich die Delegierten für „eine zentrale Demonstration“ ein, um die Forderungen der Gewerkschaftsjugend in der Öffentlichkeit klar herauszustellen und die massiven Unternehmerangriffe zurückzuweisen.

Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich in der Frage der Lehrlingsver-

gütungen. Während der stärkste Landesverband Nordrhein-Westfalen Lehrlingslöhne in prozentualen Verhältnis zum Facharbeiterlohn forderte, strebten die übrigen Landesverbände und damit die Mehrheit eine gleiche Ausbildungsvergütung für alle Lehrjahre in Form eines Stipendiums an. Die Diskussion zu dieser Problematik war zum Teil emotional derart aufgeladen, daß sachgerechte Argumente gar nicht mehr zur Kenntnis genommen wurden. Durch eine Synthese beider Anträge wäre es sicher möglich gewesen, zu einer einmütigen Entscheidung zu kommen, die mithilfe für die Auszubildenden höhere Löhne durchzusetzen.

Insgesamt verabschiedete die Konferenz 39 Anträge und Entschließungen sowie 13 Initiativanträge.

Der Mitbestimmungsentwurf der Bundesregierung wurde als „nicht annehmbar“ zurückgewiesen, weil er „keine echte Mitbestimmung bringt“. Angesichts der von den Ölkonzernen „manipulierten Krise“ forderte die Bundesjugendkonferenz die „sofortige Vergesellschaftung aller marktbeherrschenden Konzerne, wie auch das DGB-Grundsatzprogramm verlangt“. Die Konzerne hätten wieder bewiesen, daß „eine privatkapitalistische Ordnung

DPG-Frauenkonferenz solidarisch mit Chilenen

Unter dem Motto „Erst der Mensch – dann die Sache“ veranstaltete die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) vom 28. bis 30. April in Ludwigshafen ihre 4. Bundeskonferenz. Die 105 Delegierten erwiesen sich als selbstbewußte Interessenvertreter der rund 175 000 bei der Bundespost beschäftigten Frauen und Mädchen. In der Zeit vom Januar 1971 bis zum September 1973 konnten rund 18 600 neue Mitglieder gewonnen

sich gegen die arbeitenden Menschen richten“.

Die Konferenz verlangte vom DGB, „seine Mitarbeit in der konzertierten Aktion einzustellen“ und forderte „alle Gewerkschaften zum Kampf für die Aufhebung des Berufsverboteerlasses auf“. „Die grundgesetzwidrigen Berufsverbote... dienen den Kräften, denen daran gelegen ist, die jetzige Verteilung von Macht und Herrschaft unverändert beizubehalten“, heißt es in dem einmütig angenommenen Beschluß.

Ein weiterer Beschluß verlangte die Aufnahme von Beziehungen zu den größten Gewerkschaften Frankreichs und Italiens (CGT, CGIL) sowie auch den Austausch von Delegationen mit der entsprechenden Gewerkschaft des FDGB in der DDR. Letztere Forderung erwies sich um so notwendiger, als offensichtlich der Vorsitzende der NGG, Stadelmayer, nach wie vor von antikomunistischen Vorbehalten ausgeht. Auf eine entsprechende Frage von NACHRICHTEN hatte Stadelmayer behauptet, der FDGB würde eine Politik betreiben, die eine Beziehungsaufnahme verhindere.

Aufs schärfste verurteilte die BJK den faschistischen Putsch in Chile. Sie forderte die Bundesregierung auf, jegliche Unterstützung der Militärjunta einzustellen und auch die Wirtschaftshilfe zu stoppen. Die verlangte Solidarität wurde gleich an Ort und Stelle praktiziert, indem die Delegierten 517 DM für die unterdrückten chilenischen Gewerkschaften spendeten.

Die Konferenz endete mit der Wahl von Heinz Floigl als Vertreter der NGG-Jugend für den Hauptvorstand dieser Gewerkschaft. Mehrere Delegierte sprachen gegenüber NACHRICHTEN die Erwartung aus, daß von der BJK Impulse auf den bevorstehenden Gewerkschaftstag der NGG im Oktober dieses Jahres in Wolfsburg ausgehen.

Werner Petschick

er sich auch über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Mitbestimmung.

In der Diskussion zum Geschäftsbericht wandten sich mehrere Delegierte gegen die Vertreterin des Bundespostministeriums, Leithäuser, die in ihrer Begrüßungsrede versucht hatte, die katastrophalen Zustände in der beruflichen Bildung zu beschönigen. Die Delegierte Heidi Reppel aus Frankfurt/Main wies nach, daß die völlig unzureichende Ausbildung den Frauen keine Mobilität vermittele und sie in ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der Bundespost geraten würden.

Bei der Beratung der 172 Anträge, Entschließungen und Initiativanträge stimmten die Delegierten mehrfach anders als die Antragskommission vorgeschlagen hatte. Einmütig erklärte sich die Konferenz in einer Entschließung solidarisch mit den verfolgten chilenischen Gewerkschaftern und forderte die Bundesregierung auf, „die diplomatischen Beziehungen zur Militärjunta in Chile abbrechen und dem Land so lange keine Entwicklungshilfe mehr zu gewähren, bis dort die Demokratie wieder hergestellt ist“.

Zu den Höhepunkten der Konferenz gehörte das Auftreten der Delegierten bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der im Bundestag vertretenen politischen Parteien: Eilers (SPD), Funke (FDP), Laurin (CDU). Gegenüber den Äußerlichkeiten der Podiumssprecherinnen, insbesondere der Vertreterin der CDU (sagt man: „Frau Staatssekretär oder Staatssekretärin“) legten die Delegierten den Finger auf die Wunde. Unter starkem Beifall der Delegierten erklärte das ehrenamtliche Hauptvorstandsmitglied Christine Saurer, in der kapitalistischen Gesellschaft werde nicht nur die Frau, sondern Frauen und Männer im Produktionsprozeß fremdbestimmt. Es sei darum notwendig, durch gemeinsamen Kampf die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern.

W. P.

Finnlands Gewerkschaftsbund SAK wird Mitglied des EGB

Interview mit Kari Tapiola, Leiter des Internationalen Büros

Anläßlich einer Sitzung des Internationalen Büros für die Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands, die im April in Leningrad stattfand, gab der Leiter des Internationalen Büros des Finnischen Gewerkschaftsbundes SAK, Kari Tapiola, dem Mitherausgeber der NACHRICHTEN, Heinz Seeger, ein Interview.

NACHRICHTEN: Kollege Tapiola, können Sie uns für unsere Leser in Kürze sagen, was unter SAK zu verstehen ist?

Kari Tapiola: SAK ist der Bund von 29 finnischen Gewerkschaften mit 850 000 Mitgliedern, das sind etwa 75 bis 80 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in Finnland. SAK ist Mitglied des IBFG. Politisch setzen sich die Mitglieder zusammen aus zwei Dritteln Sozialdemokraten und einem Drittel Kommunisten. Entsprechend sind in der zentralen Leitung die Sozialdemokraten mit 14 und die Kommunisten mit 8 Mitgliedern vertreten.

NACHRICHTEN: Bei der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) hat SAK es abgelehnt, Mitglied zu werden. Jetzt aber haben die finnischen Gewerkschaften ihr Aufnahmege-such abgegeben. Welche Gründe waren dafür maßgebend?

Kari Tapiola: Dafür gibt es drei Gründe. Erstens war es für uns nicht klar, wie sich der EGB gewerkschaftspolitisch profilieren würde, insbesondere was sein Verhalten zu den beiden großen internationalen Gewerkschaftsbünden, dem IBFG und dem Weltgewerkschaftsbund, betrifft. Zweitens hat uns die Neigung einiger maßgebender nationa-

ler Gewerkschaftsbünde – so der DGB – die Mitgliedschaft zum EGB auf die EWG-Länder zu beschränken, gestört. Und drittens hatten wir keine Gewißheit, daß der EGB sich ernsthaft für eine europäische Gewerkschaftseinheit unter Einbeziehung der dem Weltgewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften in Frankreich und Italien, einsetzen würde. Im ganzen gesehen war aber unsere Einstellung zum EGB keineswegs negativ.

Nach Genf sehen wir nun klarer. Der EGB hat die Forderung nach einer europäischen Gewerkschaftskonferenz, an der alle Gewerkschaften teilnehmen sollen, unterstützt. Es war darum für uns logisch, nun unseren Beitritt zu erklären, der in Kopenhagen vollzogen werden soll. Schon jetzt aber arbeiten wir im Exekutivkomitee des EGB mit.

NACHRICHTEN: Können Sie uns kurz den Standpunkt der SAK zur europäischen Gewerkschaftskonferenz darlegen?

Kari Tapiola: SAK steht absolut positiv zur europäischen Gewerkschaftskonferenz. Seit Jahren haben wir diese Konferenz gefordert. Wir sind der Meinung, daß sie spätestens bis Ende dieses Jahres stattfinden sollte, und zwar unter den Bedingungen, wie sie in dem Communiqué in Genf festgestellt wurden.

Allerdings halten wir es nicht für sehr glücklich, die europäische Gewerkschaftskonferenz im Rahmen der ILO abzuhalten. Die ILO hat bestimmte Aufgaben, die nicht immer mit denen der Gewerkschaften identisch sind. ILO vertritt nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Interessen der Unternehmer und der Regierungsvertreter. Von dieser Seite könnten sich negative Einflüsse über den Verwaltungsapparat für die Konferenz ergeben. In Genf scheint uns also die Atmosphäre für die Konferenz nicht günstig. Ohne darauf zu drängen, hat der Vorsitzende der SAK für unsere Organisation die Bereitschaft erklärt, die Konferenz in Helsinki auszurichten. Natürlich ist auch für die SAK das wichtigste, daß die Konferenz stattfindet – wo das geschieht, ist eine sekundäre Frage.

CGT für echte Gewerkschaftseinheit

In der sozialistischen belgischen Zeitung „La Vallonie“ wurde am 16. April 1974 ein Interview mit dem Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes CGT, René Duhamel, veröffentlicht, in dem dieser erklärte, daß die Gründungsbedingungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zwar nicht ganz dem entsprechen, was sich der CGT als Weg zur Gewerkschaftseinheit in Europa gewünscht hätte. Dennoch könne der EGB eine Chance für die Einheit der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung sein. Duhamel erinnert daran, daß der CGT dem EGB an-

geboten hatte, die Bedingungen für einen Anschluß gemeinsam zu prüfen.

Zu dem Beitritt von Organisationen zum EGB, die dem Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) angehören, meinte Duhamel, das sei ein Schritt zur Öffnung des EGB, der vom CGT gut verstanden werde. Der CGT verstehe aber weniger gut, daß ein Unterschied gemacht werde zwischen den Gewerkschaftsbünden, die dem WVA angeschlossen sind und denen, die zum Weltgewerkschaftsbund (WGB) gehören.

Tagung in Leningrad: Vorbereitung der Rostocker Arbeiterkonferenz

In Leningrad fand im April die letzte Sitzung des Internationalen Büros des ständigen Ausschusses der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands vor der für den 11. und 12. Juli nach Rostock einberufenen 17. Arbeiterkonferenz statt. Nach einem Referat über die politische und organisatorische Situation vor der 17. Arbeiterkonferenz durch den Vorsitzenden, Rudi Speckin, und den Berichten der Vertreter der Länderkomitees über die Vorbereitungen in den einzelnen Ländern, wurden die für die Durchführung der Konferenz notwendigen organisatorischen Beschlüsse gefaßt.

Das Internationale Büro verabschiedete außerdem ein Kommuniqué, in dem u. a. die Erwartung auf einen positiven Abschluß der gegenwärtigen Phase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ausgesprochen und die baldige Einberufung der europäischen Gewerkschaftskonferenz gefordert wird.

Die Teilnehmer der Tagung hatten dann Gelegenheit, der freundlichen Einladung ihrer sowjetischen Gewerkschaftskollegen folgend, sich über Tätigkeit und Aufgaben der Gewerkschaften im Gebiet Leningrads zu informieren und von der Stadt selbst einen, leider nur flüchtigen Eindruck, zu gewinnen. Groß-Leningrad, die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion, hat 7,4 Millionen Einwohner und ist aufgebaut auf 42 Inseln, die mit zahlreichen Brücken verbunden sind. Geplant und auf dem Reißbrett entworfen, imponieren nicht zuletzt die breiten gradlaufenden Straßen und die weiten Plätze. Was fest haften blieb, war der Besuch des Smolny mit dem Arbeitszimmer und den beiden schlichten Wohnräumen Lenins, von wo er die Oktober-Revolution geleitet hat, sowie der erschütternde Eindruck der riesigen Gedenkstätte mit den Massengräbern von 500 000 der mehr als einer Million während der faschistischen Belagerung Leningrads gefallenen Soldaten und Opfer der zivilen Bevölkerung.

Ein Besuch des Leningrader Gewerkschaftsrates brachte interessante Aufschlüsse über Tätigkeiten und Aufgaben der Gewerkschaften und ihre Bedeutung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Daß die überragende Rolle der Gewerkschaften in der Sowjetunion anerkannt wird, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß noch durch ein Dekret Lenins ein großer imposanter Palast, der früher der Zarenfamilie gehörte, den Gewerkschaften als Gewerkschaftshaus übergeben wurde. Er heißt heute „Palast der Arbeit“.

Im Bereich des Leningrader Gebietsrates gibt es 3,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, die in 15 500 Grundorganisationen organisiert sind. Das entspricht einem Organisationsver-

hältnis von 98 Prozent. Fast eine Million nebenamtlich tätiger Funktionäre vertreten aktiv die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder.

Als Aufgabe haben sich die Gewerkschaften die ständige Verbesserung der sozialen Verhältnisse, die Förderung der kulturellen Entwicklung und der Erziehung, die Vertretung der Mitglieder gegenüber den Gesetzen und die Pflege internationaler gewerkschaftlicher Beziehungen gestellt. Ein vornehmliches Ziel ist dabei die Steigerung der Produktion und ihre rationelle Verteilung, nach dem Prinzip, alle sollen nach Können und Leistung verdienen. Der Unterschied zwischen dem Einkommen eines Arbeiters und eines Direktors steht im Verhältnis von 1:2.

Durchschnittlich wächst der Lohn pro Jahr um 4 bis 5 Prozent bei stabilen Preisen. Neben den steigenden Löhnen wachsen auch die sogenannten gesellschaftlichen Fonds der Betriebe, aus denen Prämien und materielle Unterstützung für die Arbeiter fließen und Unterstützungen für öffentliche kulturelle Aufgaben ausgeschüttet werden.

Interessant ist der Verbleib der Gewerkschaftsbeiträge: Vom Gesamtaufkommen werden 75 Prozent für Erholung und kulturelle Aufgaben ausgegeben; 12 Prozent stehen für materielle Hilfe der Gewerkschaftsmitglieder bereit, und der Rest des Beitragsaufkommens bleibt für Verwaltung, Beratung der Mitglieder und Schulung der Funktionäre. Beispielsweise wurden von den Gewerkschaften in Leningrad bisher 180 Kulturhäuser und Arbeiterklubs gebaut und über 1000 Bibliotheken eingerichtet. Darüber hinaus unterstützen die Gewerkschaften in Leningrad rund 200 000 Laienkünstler.

Die Teilnehmer des Internationalen Büros erhielten einen Eindruck von den Leistungen der Laienkünstler auf einer großen Veranstaltung, wie sie jährlich abgehalten werden, um die Betriebe zu ehren, die sich durch besondere Leistungen ausgezeichnet haben. Hier wurde von den Laienspielgruppen ein dreistündiges Nonstop-Programm auf-

geführt, mit hervorragenden Leistungen, das von Rezitationen über Musik- und Tanzgruppen bis zu vollendeten Ballettaufführungen ging. Von besonderem Effekt war, daß auf dem Hintergrund der riesigen Bühne ein Film ablief, der die auf der Bühne agierenden Laienkünstler bei ihrer Tätigkeit im Betrieb zeigte. Die Veranstaltung war ein hervorragendes Beispiel sozialistischer Kulturarbeit.

Was die Erholung betrifft, so stehen den Leningrader Gewerkschaftern 40 Sanatorien und 20 000 Ferienhäuser, verstreut über die ganze Sowjetunion, zur Verfügung. Jeder fünfte Arbeiter kann hier pro Jahr Heilung und Erholung finden. Mit besonderem Stolz wiesen die Leningrader Gewerkschafter darauf hin, daß sie seit Jahren zu 15 Ländern in der Welt internationale Beziehungen unterhalten. 1973 haben 273 ausländische Delegationen die Stadt an der Newa besucht. H. S.

Kräftige Lohnsteigerung in Japan durchgesetzt

Auf die inflationäre Teuerung in Japan, die mit über 25 Prozent die stärkste in den kapitalistischen Industriestaaten ist, haben die japanischen Gewerkschaften hart reagiert. Mit Massenstreiks, vor allem im Verkehrswesen, bei Post und Müllabfuhr, woran sich über sechs Millionen Arbeiter beteiligten, setzten sie im April Lohn- und Gehaltserhöhungen von fast 30 Prozent durch. Diese Einkommenserhöhungen gelten für die Beschäftigten aller Wirtschaftszweige. Damit ist die diesjährige Frühjahrskampagne der japanischen Gewerkschaften im wesentlichen abgeschlossen.

Der Streik im April war der größte Lohnstreik, den Japan je erlebte. Die beiden größten Gewerkschaftsbünde „Sohyo“ und „Domei“, aber auch die zahlreichen Einzelgewerkschaften, die keinem zentralen Bund angehören, haben in der Frühjahrskampagne eng zusammengearbeitet. Das war die Voraussetzung für den bemerkenswerten Erfolg. Dabei gelang es ihnen auch, der Regierung ein wesentliches Zugeständnis abzutrotzen, wonach sich diese bereit erklärte, in einem gemischten Ausschuß über das Streikrecht der Angestellten im staatlichen Dienst zu verhandeln. Offiziell ist den staatlichen Angestellten das Streikrecht verwehrt. Es wird jedoch trotzdem regelmäßig von Teilen der Angestellten gestreikt. Die Gewerkschaften fordern die formelle Aufhebung des Streikverbots. Die Regierung erklärte sich nun bereit, diese Frage in Verhandlungen binnen Jahresfrist zu lösen. M.

Kommunalwahlen in der DDR: Arbeiter sind Kandidaten

Von unserem DDR-Korrespondenten Claus Friedrich

Am 19. Mai 1974 sind in der DDR Kommunalwahlen. Die Kandidaten werden von ihren Parteien bzw. Organisationen für die gemeinsame Liste der Nationalen Front der DDR vorgeschlagen. Die Einheitsliste ist bekanntlich ein Reizwort für jene Leute, die ihre antikommunistischen Zwangsvorstellungen zum Maß aller Dinge machen und die Kriterien formaler bürgerlicher Demokratie auf ein sozialistisches Staatswesen anwenden. Diese Art des Herangehens ist von der Methode her dem Versuch vergleichbar, die Eskimos zu kritisieren, weil sie nach Meinung des außenstehenden Kritikers nicht in Badehosen, sondern in Pelzen herumlaufen.

Die sich aus der realen Gleichheit ergebende Interessenharmonie im Wesentlichen ermöglicht die Kooperation aller gesellschaftlichen Kräfte auf dem Boden eines einheitlichen Kandidatenvorschlags. Er ist Ausdruck der Führungsrolle der Arbeiterklasse. Er ist ebenso mit der Demokratie in Übereinstimmung, wie die in BRD-Betrieben bei Betriebsrätewahlen vorkommenden einheitlichen Gewerkschaftslisten (als Ausdruck bewußtgewordener einheitlicher Interessen der Arbeiterklasse) und insofern etwas durchaus Normales, wenn man die Interessen der Arbeiterklasse zum Maßstab nimmt.

Kriterium realer Demokratie ist nicht die Zahl getrennter Listen, nach denen gewählt wird; entscheidend ist aus der Sicht der Arbeiterklasse, welche Einflüsse dem Staatsbürger auf die Gestaltung seines Lebens in der Gemeinschaft tatsächlich gegeben sind. Das beginnt bei den Kommunalwahlen in der DDR damit, daß die Kandidaten ein weites Feld der Prüfung zu durchlaufen haben. Von der Unterstützung, die der Kandidat bei dieser Prozedur erhält, hängt es ab, ob er am Wahltag tatsächlich auf der Kandidatenliste erscheint.

Was die aus den Betrieben kommenden Kandidaten betrifft, so erwächst ihnen bei diesen Kommunalwahlen die besondere Aufgabe, die Beziehungen zwischen Betrieb und Territorium, also zu den Organen der örtlichen Staatsmacht, vom Standpunkt der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu entwickeln. Ein wichtiges Instrument sind dabei die sogenannten Kommunalverträge. Im Grunde geht es dabei darum, die Möglichkeiten der Gemeinde oder der Stadt sinnvoll mit denen der Betriebe zu kombinieren.

Wählen wir als Beispiel dafür die DDR-Bergarbeiterstadt Senftenberg. Das Bündnis, das der Rat der Stadt und das dortige Braunkohlenkombinat schlos-

sen, ermöglicht z. B. die rationelle Lösung der Aufgaben, die mit der Schaffung umweltfreundlicher Bedingungen zusammenhängen. Schwere Geräte des Bergbaubetriebes, die die Stadt aus finanziellen Gründen weder anschaffen noch rationell ausnutzen könnte, werden für die Verbesserung

DDR gründet Informations- und Bildungszentrum

Mit Sitz in Berlin/DDR und Geschäftsstellen in den Bezirken wurde in der DDR das „International Informations- und Bildungszentrum e. V.“ gegründet. Entsprechend einer Presseinformation hat diese neue Einrichtung „die Aufgabe, Besuchern der Deutschen Demokratischen Republik, besonders Werktätigen aus kapitalistischen Ländern, Informationen über die Grundlagen der Gesellschafts- und Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Politik zu vermitteln“. Die Anschrift in der DDR-Hauptstadt lautet: 102 Berlin, Poststraße 4-5.

„International“ gestaltet bzw. vermittelt für den genannten Besucherkreis

- kurz- und längerfristige Studien- und Informationsreisen, den Besuch von Sehenswürdigkeiten sowie Mahn- und Gedenkstätten des Kampfes der Arbeiterklasse in der DDR;

- Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen sowie Werktätigen aus Betrieben und Institutionen;

- Besuche von Bildungs-, Kultur- und Erholungseinrichtungen;

- schriftliches Informationsmaterial, Literatur, Bildausstellungen und Diatombildschauen.

der städtischen Verkehrswege genutzt. Bergbau-Bagger und Planiergeräte arbeiten im trockengelegten Schloßteich bei der Erneuerung des Grundes. Arbeiter des Braunkohlenkombinates unterstützen das Verlegen von Kanalisationsrohren. Verbündete sorgen sich also um das Wohl der Stadt, denn Betrieb und Stadt sind der Arbeiterklasse gleichermaßen in die Hand gegeben.

Der NACHRICHTEN-Korrespondent war vor kurzem im Bodenbearbeitungsgerätekwerk in Leipzig, um zu hören, wie hier die Gewerkschaft an der Kommunalpolitik mitwirkt und die Wahlen vorbereitet. Zu erfahren war, daß der Betrieb sich um drei angrenzende Wohngebiete speziell kümmert. Der Betrieb hilft beim Um- und Ausbau weiterer Wohnungen und mobilisiert die Bürgerinitiative für die Anlage eines weiteren Parkplatzes.

Den Bürgern der Wohngebiete wurde die reichhaltige Betriebs-Bibliothek geöffnet, und gemeinsam mit der Nationalen Front aus den Wohngebieten, also unter Mitwirkung auch der nicht im Betrieb tätigen Bürger, werden die Betriebsfestspiele und ein Betriebssportfest vorbereitet. Schüler und Jugendliche aus den Wohngebieten können sich an allen wichtigen Veranstaltungen des Betriebes, etwa an der MMM, der „Messe der Meister von morgen“, und an betrieblichen Formen der Bildung und Weiterbildung beteiligen. Die Rentner der Wohngebiete können gegen einen gar nicht nennenswerten, nur symbolischen Beitrag im Betrieb ihre Mittagsmahlzeit einnehmen.

Die Kollegen des VEB Bodenbearbeitungsgerätekwerks haben elf bewährte Gewerkschafter für die Stadt- bzw. Stadtbezirksversammlung vorgeschlagen. Unter ihnen ist der Schlosser Klaus Steinhäuf, über den das Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung Lothar Schröck sagt: „Er ist ein vorbildlicher Arbeiter und aktiver gewerkschaftlicher Vertrauensmann. Seit zwölf Jahren ist er im Betrieb und für viele ein Vorbild. Mit seinen Kollegen holte er schon zweimal den Titel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘. Sein fachliches Können und sein Auftreten für die Sache des Sozialismus wird geschätzt. Regelmäßig erscheint sein Name, wenn von den Neuerern unseres Betriebes gesprochen wird.“

Und Lothar Schröck fügt hinzu: „Menschen wie Klaus Steinhäuf werden gute Kommunalpolitik für die Arbeiter machen. Mit ihnen wird es immer besser gelingen, die Beziehungen zwischen unserem Betrieb und dem Territorium enger, wirkungsvoller zu gestalten. Der Klaus kann sich seiner Wahlstimmen sicher sein, er hat durch anerkannte Leistungen vorgearbeitet. Den Nutzen haben wir alle. Das Leben wird leichter, bunter, interessanter.“

RGW beschleunigt die Entwicklung der sozialistischen Länder

Vor 25 Jahren, im Jahre 1949, wurde der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegründet. Mit dem RGW entstand ein neuer Typ sozialistischer zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Gründung des RGW stellt einen der wichtigsten Beschlüsse hinsichtlich der gemeinsamen Bemühungen um die Errichtung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Gemeinschaft dar. Der RGW hat in den Jahren seines Bestehens zu jener ständigen Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und der Demokratie beigetragen, die für den gesamten heutigen Entwicklungsstand bestimmend ist.

Nach den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus arbeiten heute neun sozialistische Länder mit 336 Millionen Menschen auf drei Kontinenten der Erde erfolgreich zusammen. In den 25 Jahren der Tätigkeit des RGW erhöhte sich die Industrieproduktion der Gemeinschaft auf mehr als das Zwölfte. Das Wachstum in den entwickelten kapitalistischen Ländern betrug im gleichen Zeitraum lediglich das Vierfache. Auf die sozialistischen Länder entfällt heute schon ein Viertel des Nationaleinkommens der Welt. Dem hohen Entwicklungstempo der Produktion in den RGW-Ländern entspricht auch das schnelle Wachstum des Volkseinkommens.

Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft verfügen über 18 Prozent des Territoriums und über 10 Prozent der Bevölkerung der Erde, erzeugen aber 33 Prozent der Weltindustrieproduktion (im Vergleich zu 18 Prozent im Jahre 1950). Die Bruttonproduktion der Landwirtschaft des RGW erhöhte sich im gleichen Zeitraum um das 2,2fache.

Bei dem planmäßig weiterentwickelten Integrationsprozeß der Länder des Rates schreitet auch ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Außenhandels fort. So hat sich der gegenseitige Warenaustausch im Rahmen der Gemeinschaft von 1971 bis 1972 um 21,6 Prozent bei einem Anwachsen des Volumens der Industrieproduktion um 15 Prozent gesteigert.

Die Zusammenarbeit im RGW half den früher weniger entwickelten Ländern kräftig voranzukommen. Die Mongolische Volksrepublik, die 1962 Mitglied wurde, und die Republik Kuba, die 1972 beitrug, nehmen erfolgreich an der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung teil, modernisieren dabei ihre Landwirtschaft und schaffen zugleich eine moderne, leistungsstarke Industrie.

Der RGW ist eine Organisation der sozialistischen Länder, deren Ziel nicht darin besteht, Superprofite herauszupumpen, sondern gegenseitig brüder-

liche Hilfe zu leisten, ebenso wie sie nicht die Unterordnung der ökonomisch schwächeren Länder unter fremde Interessen zum Ziel hat, sondern auf Gleichberechtigung bei voller Souveränität aller Teilnehmer aufgebaut ist. Sie ist deshalb auch alles andere als eine „Nachahmung“ des sogenannten „Gemeinsamen Marktes“, wie die bürgerliche Propaganda es darzustellen versucht. Der RGW kann weder seinen Zielen noch seiner Form nach, noch seinen Satzungsprinzipien und dem Wesen nach mit der monopolistischen EWG verglichen werden.

Die Erfolge des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe schufen von Anfang an allmählich die Möglichkeit, vom einfachen Warenaustausch zur Kooperation und Spezialisierung der Produktion, von der Koordinierung des Handels zur präzisen Abstimmung der Volkswirtschaftspläne, vom Austausch der Erfahrungen, wissenschaftlich-technischen Dokumentationen und Informationen zur Bildung gemeinsamer wissenschaftlicher Koordinationszentren überzugehen. Das 1971 beschlossene „Komplexprogramm zur weiteren Vertiefung und Vervollkommnung der Integration der RGW-Mitgliederländer“ ist ein für 15 bis 20 Jahre berechnetes Programm.

Die Annahme dieses Programms bedeutet, daß die Länder des Rates auf ein neues Niveau ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit übergangen. Das Hauptziel dabei ist die Erhöhung des materiellen und kulturellen Niveaus aller Partnerländer, wobei sich die Annäherung des Lebensniveaus aller Teilnehmerstaaten vollziehen wird. Wie in der Erklärung der 25. Ratstagung festgestellt wurde, „finden im Laufe der Integration die allmähliche Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus, die Annäherung ihrer Wirtschaften und Gestaltung einer modernen, hocheffektiven Struktur der nationalen Wirtschaften statt“.

Die erfolgreiche Startperiode des RGW-Komplexprogramms macht es möglich,

die Integration noch schneller und energischer voranzutreiben, wurde von den Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft anlässlich ihres 25jährigen Bestehens unterstrichen. Zur Zeit wird außer der Koordinierung der RGW-Fünfjahrespläne für 1976 bis 1980 eine Reihe bedeutender Maßnahmen für die Gemeinschaft bis 1990 ausgearbeitet.

Die RGW-Länder leisten indessen auch den nationalen Befreiungsbewegungen, den Unabhängigkeitsbestrebungen der jungen Entwicklungsländer, Beistand und Hilfe. Ihnen wurden von der Gemeinschaft rund 11 Milliarden Rubel Kredit gewährt. Mehr als 2900 volkswirtschaftliche Objekte wurden oder werden in diesen Ländern mit Hilfe der Mitgliederstaaten des Rates errichtet. Mehr als 25 000 Studenten und Aspiranten aus über 100 Staaten werden pro Jahr an Universitäten und Hochschulen der RGW-Länder ausgebildet.

25 Jahre Existenz und Entwicklung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe weisen überzeugend nach, daß sozialistische Gemeinschaftsarbeit über Ländergrenzen hinweg dem Sozialismus insgesamt gewaltige Fortschritte und eine sich ständig vergrößernde Dynamik verschaffen.

H. K.

Zu niedrig: Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld

Seit vielen Jahren schon fordert der DGB eine Verbesserung des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes. Wie unzureichend diese Leistungen noch sind, haben in den letzten Monaten viele Arbeiter und Angestellte erfahren, die zum Teil erstmals in ihrem Leben arbeitslos waren oder kurzarbeitslos mußten.

Besonders unzureichend aber sind die Familienzuschläge, die beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe nur 12 DM je Woche, beim Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld 0,30 DM je Stunde Arbeitsausfall betragen. Seit 1967 wurden diese bescheidenen Familienzuschläge nicht aufgebessert. Hauptverantwortlich für die Stagnation der Familienzuschläge ist die CDU/CSU, die zur Zeit der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes noch führende Regierungspartei in Bonn war. Aber auch die SPD/FDP-Koalition hat mit ihrer „sozialen Reformpolitik“ die Familienzuschläge für Arbeitslose und Kurzarbeiter bisher nicht erhöht. In ihrer durch nichts zu überbietenden Demagogie hat sich die CDU/CSU auch diese Unterlassung der SPD/FDP-Koalition zunutze gemacht und einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Familienzuschläge im Arbeitsförderungsgesetz vorgelegt.

Noch viele Forderungen für bessere Gesundheitssicherung

Seit Januar dieses Jahres sind einige Verbesserungen im Leistungsrecht der sozialen Krankenversicherung in Kraft. Zugleich wurde die unsoziale Prämie für nicht in Anspruch genommene Krankenscheine abgeschafft. Nach den neuen Bestimmungen wird Krankenhauspflege jetzt von den Krankenkassen unbegrenzt gewährt. Für Versicherte, die selbst oder einer ihrer Angehörigen länger dauernde Krankenhausbehandlung benötigen, fällt diese Verbesserung stark ins Gewicht.

Bisher wurden von der Krankenkasse die Krankenhauskosten längstens für 78 Wochen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren übernommen. Dann mußte man selbst zahlen oder das Sozialamt mit allen damit verbundenen Folgen in Anspruch nehmen. Ist vor dem 1. Januar dieses Jahres eine Aussteuerung bei der Übernahme der Krankenhauskosten durch die Krankenkasse erfolgt und dauerte die Krankenhausbehandlung in diesem Jahre noch an, so hat die Krankenkasse auf Grund der neuen Bestimmungen die Kosten ab 1. Januar wieder zu übernehmen.

Als neue Leistungen hat die Krankenkasse ab 1. Januar den Versicherten Haushaltshilfe zu gewähren, wenn wegen Krankenhausbehandlung oder Kurarufenthalt der Haushalt nicht weitergeführt werden kann, und Krankengeld, wenn durch die bei Erkrankung eines Kindes notwendige Pflege Verdienst ausfällt. Voraussetzung für die Haushaltshilfe ist, daß in dem Haushalt des Versicherten ein Kind unter acht Jahren oder ein behindertes, auf Hilfe angewiesenes Kind lebt und eine andere, im Haushalt lebende Person den Haushalt nicht weiterführen kann.

Als Haushaltshilfe wird eine Ersatzkraft gestellt, oder es werden die Kosten einer selbstbeschafften Ersatzkraft in angemessener Höhe erstattet. Vorerst verfügen die Krankenkassen aber nicht über „Ersatzkräfte“. Auch Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes gibt es nur dann, wenn das Kind nicht älter als acht Jahre ist und eine andere im Haushalt lebende Person seine Beaufsichtigung und Pflege nicht übernehmen kann. Das Krankengeld wird in jedem Jahr für jedes Kind für längstens fünf Tage gezahlt.

So begrüßenswert die jüngsten Verbesserungen im Leistungsrecht der Krankenversicherung sind, so handelt es sich dabei, gemessen an den Erfordernissen eines modernen Gesundheitswesens, doch nur um einen recht begrenzten Schritt. Die Gewerkschaften haben dafür, so in den Beschlüssen des 9. DGB-Kongresses, im Aktions-

programm 1972, in den „Prüfsteinen“ zur Bundestagswahl 1972, vor allem aber in dem Gesundheitspolitischen Programm des DGB, eine Vielzahl von Vorstellungen und Forderungen entwickelt.

Im Vordergrund steht beim DGB der umfassende Ausbau der vorbeugenden Gesundheitsvorsorge, der Früherkennung und der Rehabilitation. Früherkennungsuntersuchungen sollen als nächster Schritt auf Herz-, Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen ausgedehnt werden. Das jetzt im Rahmen der sozialen Krankenversicherung für die Krankenbehandlung gültige Kriterium, daß sie „ausreichend“, „zweckmäßig“ oder „notwendig“ sein soll, muß durch die Verpflichtung ersetzt werden, die Therapie bis zum bestmöglichen Behandlungserfolg zu führen.

Durch Förderung gemeinschaftlicher Arztpraxen und die Entwicklung medizinisch-technischer Zentren ist die ärztliche Versorgung der Bevölkerung unter Anwendung der modernen Diagnosemethoden und medizinischen Technik zu verbessern. Zu diesem Zweck sind auch die Krankenhäuser mit ihren umfassenden medizinisch-technischen Apparaturen in die ambulante Behandlung mit einzubeziehen. Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in den Land- und Stadtrandgebieten ist durch eine entsprechende Zulassungssteuerung sicherzustellen.

Notwendig ist die Modernisierung veralteter Krankenhäuser und Sanatorien, und der weitere Neubau vor allem von Spezialkliniken. Seit langem fordern die Gewerkschaften die Schaffung eines gemeinsamen und unabhängigen Sozialärztlichen Dienstes, der nicht nur für alle Zweige der Sozialversicherung notwendige Begutachtungen nach einheitlichen Kriterien durchführt, sondern dem auch eine Leitfunktion in allen Fragen der Rehabilitation zukommen soll.

Die Gewerkschaften unterstützen die beabsichtigte Einbeziehung der Studenten in die soziale Krankenver-

sicherung. Es dürfte aber auch endlich an der Zeit sein, daß alle Angestellten in die Versicherungspflicht einbezogen werden und die längst anachronistisch gewordene Versicherungspflichtgrenze für Angestellte auch in der Krankenversicherung abgeschafft wird. Die Gewerkschaften lehnen seit jeher jede über den Versicherungsbeitrag hinausgehende zusätzliche direkte Beteiligung an den Behandlungs- und Krankheitskosten ab. Die zweimal erhöhte Rezeptgebühr ist zu streichen. Zahnersatz soll in den Katalog der Sachleistungen der Krankenkassen mit aufgenommen werden, womit jede Zuzahlung der Versicherten entfallen würde. Ebenso fordern die Gewerkschaften die volle Übernahme der Kosten für kieferorthopädische Behandlungen.

Erweiterung und Verbesserung der Leistungen der sozialen Krankenversicherung brauchen nicht zu Mehrausgaben der Krankenkassen und Mehrbelastungen für die Versicherten zu führen. Bis jetzt sind alle Verbesserungen, auch die zum 1. Januar in Kraft getretenen, auf Kosten der Versicherten verwirklicht worden. Mehr noch als diese Verbesserungen sind allerdings bei den Krankenkassen die enormen Kostensteigerungen im Bereich des Gesundheitswesens zu Buche geschlagen.

Obwohl die Beitragseinnahmen der Krankenkassen ohnehin mit jeder Anhebung des Bruttoarbeitsverdienstes der Arbeiter und Angestellten automatisch gestiegen sind und steigen, wurden zusätzlich immer wieder die Beitragsätze erhöht. Nach dem Sozialbericht 1973 hat 1950/53 der durchschnittliche Beitragssatz (Arbeitnehmeranteil) für alle Krankenkassen 3 Prozent betragen. Für 1974 wird mit einem durchschnittlichen Beitragssatz von 4,8 Prozent gerechnet und für 1977 mit einer weiteren Steigerung auf 5,1 Prozent. Bei vielen Krankenkassen haben die Arbeiter und Angestellten schon jetzt mehr als 5 Prozent ihres Bruttoverdienstes als Beitrag zu zahlen. Trotz der ständig höheren Beitragseinnahmen befinden sich die Krankenkassen immer wieder in der „Minuszone“.

Eine finanzielle Sanierung der Krankenkassen ist möglich, weitere Leistungsverbesserungen können finanziert werden. Dazu bietet sich als erstes ein Abbau der zum Teil maßlos überhöhten „Kosten“ im Gesundheitswesen an. Nicht nur an Arzneimitteln, auch an medizinisch-technischen Geräten und Apparaturen, Einrichtungen für Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien wird von den Herstellern und im Handel überdurchschnittlicher Gewinn gemacht. Auch sechs- und siebenstelligen Jahresgehälter der Krankenhaus-Chefärzte belasten die Krankenkassen und ihre Versicherten.

Eine sehr ins Gewicht fallende finanzielle Entlastung würde es für die

Zunehmende Gehörschädigungen erfordern verstärkten Schutz

Die Zahl der Opfer des Arbeitslärms ist in den vergangenen Jahren erschreckend angestiegen. Wurden 1950 den Berufsgenossenschaften erst 50 Erkrankungen angezeigt, waren es 1972 bereits 4393. Allein innerhalb der letzten vier Jahre ist ein Anstieg um 438 Prozent zu verzeichnen, wobei sich die Steigerungsraten von Jahr zu Jahr erhöhen. Tatsächlich liegt die Zahl der Arbeitslärmopfer erheblich höher, denn noch bleibt es überwiegend der Eigeninitiative der Arbeiter überlassen, sich auf Gehörschäden untersuchen zu lassen, und oftmals wird zudem die Anerkennung als Berufskrankheit verweigert.

Nach den Feststellungen der Berufsgenossenschaften sind mehr als eine dreiviertel Million Arbeiter durch Arbeitsplatzlärm gesundheitlich gefährdet. Es muß davon ausgegangen werden, daß in der BRD rund 2 Millionen Arbeiter gehörschadenverdächtig sind. Als gefährdet werden jedoch nur die Arbeiter angesehen, die mehr als 90 dB(A) zu ertragen haben. Nach Meinung sehr vieler Fachärzte müßte diese Grenze jedoch auf höchstens 85 dB(A) gesenkt werden, was zur Folge hätte, daß etwa eineinhalb Millionen Arbeiter als lärmgefährdet angesehen und durch Vorsorgeuntersuchungen erfaßt werden müßten.

Weit über die Hälfte der Erkrankten ist in der Eisen- und Stahlindustrie und im Bergbau beschäftigt. Im allgemeinen wird von den Unternehmern und ihren Verbänden argumentiert, in diesen Bereichen seien Lärmschutzmaßnahmen

nur sehr schwer zu treffen. Tatsache ist jedoch, daß es heute technisch möglich ist, den Lärm fast überall unter 90 dB(A) zu senken. Selbst in Pressen-, Montage-, Blechbearbeitungs- und Gießereibereichen und Wickeleien, in denen meistens Lärmstärken von 90 bis 110 dB(A) erreicht werden, könnte der Krach größtenteils auf Werte zwischen 75 und 105 dB(A) reduziert werden.

Zwar gibt es eine „Richtlinie über Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer gegen den Lärm am Arbeitsplatz“ des Arbeitsministeriums, doch in der Praxis werden die an sich schon sehr begrenzten rechtlichen Möglichkeiten nicht einmal ausgeschöpft. Diplom-Ingenieur W. Jeiter, Referatsleiter im Arbeitsministerium, verwies auf die vorherrschende „Rücksicht auf wirtschaftliche Aspekte“. Der Lärm wird nur dort und dann bekämpft, wenn es nicht zu teuer ist. Lärmbekämpfung ist nicht so sehr

meisten Arbeitsunfälle, die nur einer kurzen Behandlung bedürfen, muß die soziale Krankenversicherung, zu der die Arbeiter und Angestellten Beiträge zu entrichten haben, die Kosten tragen, nicht die Unfallversicherung, deren Finanzierung allein zu Lasten der Unternehmer geht.

Zu einer fortschrittlichen Reform der sozialen Krankenversicherung gehört auch die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstverwaltung für die Arbeiter und Angestellten, wie es die DGB-Gewerkschaften seit ihrer Wiedergründung nach dem zweiten Weltkrieg fordern. Die soziale Krankenversicherung ist eine Einrichtung der Arbeiter und Angestellten, die sie auch selbst, ohne Einmischung der Unternehmer, verwalten müssen. Das wird seit langem in den Ersatzkassen praktiziert, in deren Organen es keine Unternehmervertreter gibt. Arthur Böppele

Krankenkassen bedeuten, wenn ihnen alle Ausgaben für Fremdaufgaben voll ersetzt würden, wie das die Gewerkschaften immer wieder gefordert haben, und die „öffentliche Hand“ sich wieder stärker an der Finanzierung der Krankenhäuser als Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens beteiligte.

Nach dem Sozialbudget 1973 haben alle Krankenkassen im vergangenen Jahr für Mutterschaftshilfe 1523 Millionen DM ausgeben müssen. Für das Jahr 1977 wird mit einer Steigerung auf 2153 Millionen DM gerechnet. Nur ein kleiner Teil dieser Fremdkosten wird den Kassen vom Staat ersetzt.

Zu den Fremdaufgaben zählt auch die Krankenbehandlung nach einem Arbeitsunfall. Die Kosten dafür werden den Krankenkassen erst ab dem 19. Behandlungstag von den Berufsgenossenschaften erstattet. Das heißt, für die

ein technisches Problem, als vielmehr ein politisches, weil der Profit betroffen wird.

„Ein wesentliches Kriterium, ob eine Schallexplosion Lärm ist, d.h. unerwünscht ist, wird die Aussage des Menschen sein, der dem Lärm ausgesetzt ist. Man muß die Aussagen und Beschwerden der Betroffenen ernst nehmen.“ (Dr. H. Lazarus, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung). Gerade dieser Grundsatz wird aber in der Praxis völlig ignoriert. Psychische Störungen sowie Auswirkungen auf das vegetative Nervensystem treten bereits bei 30 dB(A) auf. Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch die Art des Krachs. Eine häufige Folge – Neurosen – werden indes nicht als Berufskrankheit anerkannt.

Viele Arbeiter beschwerten sich über unzumutbaren Lärm, und dieses Thema spielt auf vielen Betriebsversammlungen eine zunehmende Rolle: mit ein Grund, daß die Gewerkschaften sich intensiver mit dieser Frage beschäftigen müssen. Bislang ist es für den einzelnen Arbeiter unmöglich, sich über bestimmte Regelungen zu informieren. Auch die Gewerkschaften sind häufig überfordert, wenn sie kurzfristig eine Auskunft erteilen sollen.

Reimar Birkwald vom Vorstand der IG Metall forderte auf der kürzlichen Konferenz „Lärmbekämpfung in der Arbeitswelt“ eine „menschengerechte und menschenwürdige Arbeitsplatzgestaltung“. Die Gesundheit der Arbeiter müsse grundsätzlich Vorrang haben vor dem Profitinteresse der Unternehmer. Unter anderem forderte er die schnellstmögliche Senkung des zulässigen Lärms auf höchstens 85 und später auf 80 dB(A).

Notwendig sind regelmäßige Kontrollen lärmgefährdeter Arbeitsplätze und Vorsorgeuntersuchungen der gefährdeten Arbeiter. Die Kosten muß der Unternehmer tragen. Diese Forderungen lassen sich jedoch nur durchsetzen, wenn die Gewerkschafter ihnen mehr Aufmerksamkeit widmen.

Heinz Pahlke

Chemie-Papier-Keramik hat 650 000 Mitglieder

Einen kontinuierlichen Anstieg der Mitgliederzahlen kann seit einigen Jahren die IG Chemie-Papier-Keramik nachweisen. Im April 1974 gelang es dieser drittgrößten DGB-Gewerkschaft, die Zahl von 650 000 Mitgliedern zu überschreiten. Noch zur Jahreswende 1969/70 zählte die IG Chemie 550 000 Mitglieder. Die Gewerkschaft hat heute 114 000 weibliche Mitglieder, 101 000 sind Angestellte und knapp 85 000 Jugendliche unter 25 Jahren.

Aktuelle Plädoyers für die Vergesellschaftung

Dokumente und Materialien. Gewerkschaften und Nationalisierung in der BRD. Hrsg. Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main; Verlag Marxistische Blätter 1973, Frankfurt am Main, 144 Seiten, 6,50 DM. (Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis Band 5).

Der Band enthält insgesamt 38 Dokumente aus den Jahren 1946 bis 1972. Sie sollen „allen engagierten Gewerkschaftern einen Überblick vermitteln, welche Vorstellungen in den Gewerkschaften zur Überführung der Schlüsselindustrien sowie anderer markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum vorhanden sind“ (Seite 9).

War die Forderung nach Vergesellschaftung wichtiger Industriezweige unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg noch die vorrangige Forderung der Gewerkschaften, was sich auch in den Entschlüssen der Gewerkschaftstage und des Gründungskongresses des DGB im Jahre 1949 niederschlug, so kann man heute feststellen, daß auf Grund der weitgehend von Sozialdemokraten bestimmten Politik der Gewerkschaftsführungen diese Hauptforderung nicht mehr im Vordergrund steht. An Hand der im vorliegenden Band chronologisch geordneten Dokumente und Redebeiträge auf Gewerkschaftskongressen läßt sich gerade dies sehr leicht verfolgen.

Erklärte Hans Böckler noch auf dem Gründungskongreß des DGB (1949), die Gewerkschaften erkannten die „Verge-

dienst der Herausgeber des vorliegenden Buches, daß sie auch Diskussionsbeiträge und Reden auf Gewerkschaftstagen und -kongressen in die Dokumentation aufnehmen, die letztlich nicht in Beschlüsse und Entschlüsse einfließen konnten.

Insgesamt bietet die vom IMSF herausgegebene Materialsammlung einen guten Überblick über den Stand der Diskussion innerhalb der Gewerkschaften zur Frage der Vergesellschaftung wichtiger Industriezweige, die jeder aktive Gewerkschafter zur Kenntnis nehmen sollte. K. P.

Andere über uns

Das „ÖTV-Magazin“, Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, veröffentlichte in der April-Ausgabe 1974 eine Rezension über das im NACHRICHTEN-Verlag erschienene Taschenbuch: Paul Harig, Arbeiter – Gewerkschafter – Kommunist, 160 Seiten, 8 DM. Wir möchten diese Wertung unseren Lesern nicht vorenthalten.

„Aus der Sicht eines engagierten Kämpfers für die Interessen der Arbeiter schildert Paul Harig, langjähriger Betriebsratsvorsitzender der ‚Hasper Hütte‘ und Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Hagen, die Schwierigkeiten bei der Reorganisation der Arbeiterschaft und beim Neuaufbau einer Einheitsgewerkschaft nach dem Untergang des Nazi-Regimes. Am konkreten Beispiel der inzwischen stillgelegten ‚Hasper-Hütte‘ berichtet Harig in einer fesselnden und aus unmittelbarer Anschauung des Arbeiterführers geschriebenen Dokumentation über die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung im Hager Raum. Er darf wohl zu Recht als ein ‚Mann der ersten Stunde‘ bezeichnet werden. Denn nicht zuletzt seinem entschlossenen politischen Engagement ist es zu verdanken, daß die Arbeiter der ‚Hasper Hütte‘ sich sehr bald gewerkschaftlich organisierten und ihre

DAS AKTUELLE BUCH

sellschaftung der Schlüsselindustrien als absolute Notwendigkeit“ an (vgl. Dok. 8), so wurde es nach der Verabschiedung des DGB-Grundsatzprogramms (1963) immer stiller um diese Forderung. Von daher ist es als positiv anzusehen, daß sich in den letzten Jahren die Forderungen nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (jüngster Anlaß dafür ist die von Mineralölkonzernen inszenierte „Ölkrise“) immer mehr häufen (vgl. Dok. 37 und 38).

Diese Tendenz kommt jedoch in gewerkschaftssozialistischen Stellungnahmen und Beschlüssen von Gewerkschaftstagen oftmals zu kurz. Es ist daher ein

VERLAGSINTERNES

Seit Anfang des Jahres sind Hunderte Leser des ehemals selbständigen „Gewerkschafts-Spiegels“ Abonnenten von NACHRICHTEN geworden. Mit der Rubrik „Reden/Dokumente“ und der gewerkschaftlichen „Presseschau“ bemühen wir uns, den Bedürfnissen unserer Leser gerecht zu werden. Allerdings erlauben uns die vorhandenen bescheidenen Mittel nicht, den Umfang des gelben Einhefters ständig auszuweiten. Aufgrund der zu erwartenden Materialfülle von zahlreichen gewerkschaftlichen Konferenzen und Tagungen im Monat Mai, werden wir jedoch den Einhefter der Juni-Ausgabe auf 12 Seiten erweitern. Für Vorschläge und Hinweise für die inhaltliche und äußere Gestaltung des Einhefters – selbstverständlich auch für NACHRICHTEN und INFORMATIONEN – wären wir unseren Lesern sehr dankbar.

Die Bücher des NACHRICHTEN-Verlages erfreuen sich weiterhin einer wachsenden Nachfrage und einer größer werdenden Beachtung in den Gewerkschaften. Beispielsweise hieß es im „Eisenbahner“, der Zeitung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Nr. 8/74, unter der Rubrik „Bibliothek des Gewerkschafters“ über das von uns herausgegebene Handbuch „Löhne, Preise, Profite in der BRD“, daß in den Referaten und Diskussionsbeiträgen des Arbeiterseminars 73 eine klassenorientierte Politik vermittelt werde.

Gemeinsam mit anderen Verlagen hat sich auch der NACHRICHTEN-Verlag an der Buchwoche '74 beteiligt. Sie fand vom 8. bis 16. Mai statt und wurde von der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler veranstaltet. In dem auch von uns unterstützten Aufruf zur Buchmesse heißt es u. a.:

„Die Unternehmerpresse verlangt Lohnstopp und Streikverbot. Unsere Zeitungen, Zeitschriften und Bücher begründen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen, sie unterstützen die Aktionen der Arbeiter und Angestellten... Unsere Veröffentlichungen nennen Ursachen und Schuldige beim Namen und sie zeigen den Ausweg aus der Krise des Kapitalismus.“ jaco

Interessen selbstbewußt vertraten. Harigs maßgeblichem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß bereits 1947 eine Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Vorstand der Hütte in Kraft gesetzt wurde, die auch heute noch beispielhaft gelten kann.“

Terminkalender

- **18. und 19. Mai**
4. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Hannover
- **20. und 21. Mai**
11. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin
- **23. bis 25. Mai**
Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Kopenhagen
- **23. bis 26. Mai**
6. Bundesdelegiertenkonferenz des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt in Dortmund
- **Mai/Juni**
Jugendvertreterwahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **4. bis 8. Juni**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mainz
- **7. bis 12. Juli**
Ostseewoche in Rostock und 17. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer Norwegens und Islands
- **1. bis 5. September**
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Wolfsburg
- **8. bis 11. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft in Offenburg
- **15. bis 21. September**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover
- **27. September**
Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Essen
- **6. bis 9. Oktober**
Bundesarbeitstagung der IG Chemie-Papier-Keramik in Nürnberg
- **9. bis 11. Oktober**
Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Braunschweig
- **13. bis 19. Oktober**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg
- **20. bis 26. Oktober**
11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg
- **4. bis 8. November**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München
- **19. bis 21. November**
9. Bundesjugendkonferenz des DGB in Ludwigshafen

Bald noch höhere SV-Beiträge?

Aufgrund aktueller Berechnungen ist die Zeitschrift „Arbeit und Sozialpolitik“, die offensichtlich der Industrie nahesteht, zu der Feststellung gekommen, daß die „Beitragsschraube“ in Bewegung bleibt und die Beiträge für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung schon bald angehoben werden müßten. Die Zeitschrift rechnet damit, daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung schon zum 1. Juli von 1,7 auf 2 Prozent erhöht wird. Die flüssigen Reserven der Bundesanstalt für Arbeit seien bereits nahezu erschöpft. Auch die Finanzsituation der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) wird als „außerordentlich labil“ bezeichnet.

Das sieht nach bewußter Panikmache aus, um Arbeiter und Angestellte erneut zur Ader lassen zu können. Sollten die SV-Beiträge tatsächlich erhöht werden, so wäre das ein Skandal. Natürlich haben erhöhte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung zurückgehen lassen und vor allem bei der Arbeitslosenversicherung die Ausgaben gesteigert.

Aber in den Jahren der relativen Vollbeschäftigung sind die Beitragseinnahmen bei der Arbeitslosenversicherung wie bei den anderen Zweigen der Sozialversicherung reichlich geflossen, ohne daß viel Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld gezahlt zu werden brauchte. Wenn trotzdem die Bundesanstalt für Arbeit in dieser Zeit hohe Ausgaben hatte, so für die ihr mit dem Arbeitsförderungsgesetz aufgezwungenen versicherungsfremden Leistungen, für die sprunghaft gestiegenen Berufsförderungsmaßnahmen.

Die Reserven der Arbeitslosenversicherung, die vor einigen Jahren noch mehr als 6 Milliarden DM betragen haben, sind jedoch trotzdem längst nicht aufgebraucht. Sie sind nur, wie der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, dazu schon vor einiger Zeit erklärt hat, nicht flüssig, weil langfristig angelegt.

Noch in dem im Oktober des vergangenen Jahres von der Bundesregierung vorgelegten Renten Anpassungsbericht 1974 wird für Ende 1973 das Bar- und Anlagevermögen der BfA mit 31,1 Milliarden DM ausgewiesen. Für 1974 wurde in dem Bericht mit einem Überschuß von 5,3 Milliarden DM für die Angestelltenversicherung gerechnet. Dieses Riesenvermögen kann sich in einem halben Jahr nicht in nichts aufgelöst haben. Wenn trotzdem die Finanzsituation der BfA als „außerordentlich labil“ zu bezeichnen ist, so kann auch hierfür die Ursache nur die sein, daß ihre Gelder überwiegend langfristig angelegt wurden. Mehr als 5,5 Milliarden DM des Vermögens der

BfA sind allein in Schuldverschreibungen des Bundes angelegt. Eine groteske Situation: Da zahlen Arbeiter und Angestellte Jahrzehnte pünktlich ihre SV-Beiträge in einer Höhe, daß davon -zig Milliarden DM zurückgelegt werden können. Und dann, wenn dieses Geld für seinen Zweck eingesetzt werden muß, steht es nicht zur Verfügung. Und für diese verfehlte Anlagepolitik, die die Versicherungsgelder als günstige zusätzliche Investitionsmittel für Staat und großkapitalistische Unternehmen einsetzt, sollen dann die Arbeiter und Angestellten verstärkt zur Kasse gezwungen werden. —le

Zu guter Letzt

Auf der Stahlarbeiterkonferenz der DKP am 13. April in Duisburg schilderte Heinz Lukrawka, Betriebsratsvorsitzender der Rheinstahl-Gießerei Meiderich und Mitherausgeber der NACHRICHTEN, bildhaft, was es bedeuten würde, wenn von der SPD-Politik enttäuschte Wähler zur CDU, statt zur DKP, abwandern: „Das ist, als wenn Kollegen, die mit sozialdemokratischen Betriebsratsmitgliedern nicht zufrieden sind, künftighin den Werksdirektor in den Betriebsrat wählen würden.“

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.
Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66;
Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpreis 1,75 DM; Jahresabonnement 20,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co. GmbH., Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main